

Integrierter Aufgaben - und Finanzplan (IAFP)

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 28. März 2017, RRB Nr. 2017/562



2018 – 2021

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018 - 2021

Inhaltsverzeichnis

Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat		3
I.	Einleitung	12
1.	Was ist der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan?	12
2.	Zielhierarchie der Planungsinstrumente	12
3.	Zeitliche Koordination	12
4.	Welche Geschäfte sind in der Finanzplanung?	12
5.	Neuerungen gegenüber dem IAFP 2017 - 2020	12
6.	Planungsgrundlagen	13
7.	Massnahmenpläne 2013 und 2014	14
8.	Zukunftsrisiken	14
II.	Finanzielle Übersichten	15
1.	Gesamtschau	15
2.	Ergebnisse	16
3.	Finanzkennzahlen	24
4.	Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2017 – 2020	26
5.	Eingeschränkte Handlungsautonomie	29
III.	Verwaltungseinheiten	30
1.	Behörden und Staatskanzlei	30
2.	Bau – und Justizdepartement	33
3.	Departement für Bildung und Kultur	47
4.	Finanzdepartement	53
5.	Departement des Innern	59
6.	Volkswirtschaftsdepartement	72
7.	Gerichte	77

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018 - 2021

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 28. März 2017, RRB Nr. 2017/562

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission(en)

Sach- und Aufsichtskommissionen

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	5
1. Ausgangslage	7
1.1 Massnahmenpläne 2013 und 2014	7
1.2 Finanzplanvorgaben	7
1.3 Steuervorlage 17	8
1.4 Zukunftsrisiken	8
1.5 Gesetzliche Grundlagen	8
2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates	8
3. Rechtliches	8
4. Antrag	9
5. Beschlussesentwurf	11

Kurzfassung

Eckdaten der Planjahre 2018 - 2021

in Mio. Franken	RE2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Operativer Cash Flow (+) / Cash Loss (-)	89.4	82.3	51.8	65.5	47.9	42.9
Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-30.7	-29.2	2.4	-10.4	9.6	13.8
Ausfinanzierung 'Ruhegehaltsordnung RR'	4.0					
Abwertung Alpiq-Aktien	6.4					
Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)	-20.3	-29.2	2.4	-10.4	9.6	13.8
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	7.0	-1.9	29.6	16.9	36.9	41.1
Nettoinvestitionen	126.4	128.1	152.5	149.6	135.0	134.7
Finanzierungsfehlbetrag	37.0	45.9	100.8	84.1	87.1	91.8
Nettoverschuldung	1'448.1	1'494.0	1'594.7	1'678.9	1'766.0	1'857.8
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	5'349	5'484	5'818	6'087	6'364	6'654
Operativer Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	71%	64%	34%	44%	36%	32%

Die Zahlen im VA17 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2016 aktualisiert.

Die Rechnung 2016 zeigt, dass die Anstrengungen für die Sanierung des Finanzhaushaltes mit den Massnahmenplänen 2013 und 2014 ihre Wirkungen nicht verfehlten. Das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit ist um 64,6 Mio. Franken besser ausgefallen als geplant und weist erstmals seit Jahren wieder einen Ertragsüberschuss von 30,7 Mio. Franken aus. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit um 39,3 Mio. Franken.

Der Voranschlag 2017 zeigt nochmals eine leichte Verbesserung gegenüber den Vorjahreszahlen. Nachdem die Gesamtrechnung 2016 noch mit einem kleinen Aufwandüberschuss von 7,0 Mio. Franken abschliesst, kann erstmals seit Jahren im 2017 wieder mit einem Ertragsüberschuss von 1,9 Mio. Franken (inkl. Abschreibung des Finanzfehlbetrages PKSO von 27,3 Mio. Franken) gerechnet werden.

In den Jahren 2018 - 2021 verschlechtern sich die Zahlen jedoch aufgrund weiterhin steigender Kosten in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Umwelt (Sanierung Stadtmist-Deponien). Dabei sind die finanziellen Auswirkungen der angekündigten Steuervorlage 17 jedoch noch nicht berücksichtigt.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2018 - 2021 zur Kenntnisnahme.

1. Ausgangslage

Im Legislaturplan 2013 - 2017 (SGB 188/2013) wird die Erreichung des Gleichgewichts im Finanzhaushalt mit der höchsten Priorität versehen, der sich alle anderen Zielsetzungen unterzuordnen haben.

Wie in den Integrierten Aufgaben- und Finanzplänen (IAFP) der Vorjahre bereits aufgezeigt und mit den Rechnungsabschlüssen 2012 bis 2014 auch bestätigt, hat sich die Finanzlage des Kantons seit dem Ende des Jahres 2011 drastisch verschlechtert. Um das seit 2012 bestehende strukturelle Defizit von rund 150 Mio. Franken zu beseitigen, hat der Kantonsrat die beiden Massnahmenpläne 2013 und 2014 im November 2012 bzw. März 2014 verabschiedet. Die Verbesserungen von rund 30 Mio. Franken (Massnahmenplan 2013) und rund 110 Mio. Franken (Massnahmenplan 2014) bis ins Jahr 2018 sind im vorliegenden IAFP 2018 - 2021 enthalten.

Die Rechnungen 2015 und 2016 zeigten, dass die Anstrengungen für die Sanierung des Finanzhaushaltes mit den Massnahmenplänen 2013 und 2014 ihre Wirkungen nicht verfehlten. Im Jahr 2015 schloss die operative Rechnung aus der Verwaltungstätigkeit (ohne die Kosten der einmaligen Ausfinanzierung der Kantonalen Pensionskasse von 1'091,1 Mio. Franken) zwar noch mit einem Aufwandüberschuss von 8,6 Mio. Franken ab, dies ist aber um 86,7 Mio. Franken besser als die Rechnung 2014. In der Rechnung 2016 ist das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit sogar um 64,6 Mio. Franken besser ausgefallen als geplant und weist erstmals seit Jahren wieder einen Ertragsüberschuss von 30,7 Mio. Franken aus. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit um 39,3 Mio. Franken.

Der Voranschlag 2017 zeigt nochmals eine leichte Verbesserung gegenüber den Vorjahreszahlen. Nachdem die Gesamtrechnung 2016 noch mit einem kleinen Aufwandüberschuss von 7,0 Mio. Franken abschliesst, kann erstmals seit Jahren im 2017 wieder mit einem Ertragsüberschuss von 1,9 Mio. Franken (inkl. Abschreibung des Finanzfehlbetrages PKSO von 27,3 Mio. Franken) gerechnet werden.

In den Jahren 2018 - 2021 verschlechtern sich die Zahlen jedoch aufgrund weiterhin steigender Kosten in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Umwelt (Sanierung Stadtmist-Deponien). Dabei sind die finanziellen Auswirkungen der angekündigten Steuervorlage 17 jedoch noch nicht berücksichtigt.

1.1 Massnahmenpläne 2013 und 2014

Die vom Kantonsrat genehmigten Massnahmen des Massnahmenplans 2013 sowie die Massnahmen des Massnahmenplans 2014 sind in der Umsetzung und im IAFP 2018 - 2021 berücksichtigt.

1.2 Finanzplanvorgaben

Mit den Finanzplanvorentscheiden I zum vorliegenden IAFP vom 23. Januar 2017 (RBB Nr. 2017/121) wurden die Departemente beauftragt, für die Erfolgsrechnung Massnahmen zu entwickeln und zu realisieren, die es erlauben sollten, für das Jahr 2018 einen Ertragsüberschuss von 20 Mio. Franken zu präsentieren.

1.3 Steuervorlage 17

Nach dem Nein zur Unternehmenssteuerreform III (USR III) ist nun zunächst der Bundesrat gefordert, zusammen mit den Kantonen und den Parteien eine tragfähige Lösung zu erarbeiten. Laut Finanzminister Ueli Maurer braucht das jedoch seine Zeit und es wird kaum möglich sein, eine solche vor 2021 in Kraft zu setzen. Der Bundesrat beabsichtigt, im Sommer 2017 die Stossrichtung der neuen Vorlage zu präsentieren.

Da die neue Vorlage des Bundes sowie der Zeitplan des Bundesrates zurzeit nicht bekannt sind, wird der IAFP 2018 - 2021 ohne Auswirkungen der Steuervorlage 17 erstellt. Der IAFP enthält somit keine Steuereinsparungen bei den juristischen Personen, keine zusätzlichen Beiträge zum innerkantonalen Finanzausgleich aber auch keine höheren Bundesbeiträge bei der Direkten Bundessteuer.

1.4 Zukunftsrisiken

In den nächsten Jahren zeichnen sich weitere Risiken für den Finanzhaushalt des Kantons ab. Im vorliegenden IAFP 2018 - 2021 sind die zurzeit noch ungewissen finanziellen Auswirkungen der neuen Steuervorlage 17 nicht berücksichtigt. Diese dürften aber erheblich sein und auch den NFA-Ressourcenausgleich frühestens ab 2024 nachhaltig beeinflussen.

1.5 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan bildet § 16 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1).

2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates

Der Regierungsrat trägt die Verantwortung für die politische Planung insgesamt, der Kantonsrat nimmt davon Kenntnis und ist befugt, die Prioritäten zu verschieben oder andere Ziele zu setzen. Der Kantonsrat hat die Aufgabe, die Planung des Regierungsrates zu beaufsichtigen und zu korrigieren. Mittels Planungsbeschlüssen kann er den Regierungsrat beauftragen, eine Staatsaufgabe in einer bestimmten Richtung zu entwickeln. Der Planungsbeschluss verpflichtet den Regierungsrat, den IAFP im Sinne der Vorgabe zu erstellen oder anzupassen. Der Planungsbeschluss geht der Planung des Regierungsrates vor. In begründeten Fällen kann der Regierungsrat davon abweichen (§ 17 Absatz 1 und Absatz 3 WoV-G). Ein Planungsbeschluss zum IAFP kann nach § 88^{sexies} des Geschäftsreglements des Kantonsrates vom 10. September 1991 (BGS 121.2) jederzeit von einer ständigen Kommission, einer Fraktion oder 17 Ratsmitgliedern beantragt werden. Für die Einreichung von Planungsbeschlüssen zum IAFP gibt es keine zeitlichen Restriktionen.

3. Rechtliches

Nach § 16 Absatz 3 WoV-G nimmt der Kantonsrat vom IAFP Kenntnis. Nach § 148 Abs. 1 Buchstabe a des Gesetzes über die politischen Rechte vom 22. September 1996 (BGS 113.111) sind Kantonsratsbeschlüsse, welche lediglich auf Kenntnisnahme lauten, vom fakultativen Referendum ausgeschlossen.

4. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Dr. Remo Ankli
Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

5. Beschlussesentwurf

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018 - 2021

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 73 und 78 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹ und § 16 Absatz 3 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003², nach Kenntnisaufnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 28. März 2017 (RRB Nr. 2017/562), beschliesst:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2018 - 2021 wird Kenntnis genommen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Finanzen (5)
Departemente (5)
Staatskanzlei
Gerichtsverwaltung
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste
Aktuarin Finanzkommission (16)

¹ BGS 111.1.

² BGS 115.1.

1. Einleitung

1.1. Was ist der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan?

Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist das zentrale mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates: Für einen Zeithorizont von 4 Jahren wird die geplante Aufgaben- und Finanzentwicklung über alle staatlichen Tätigkeiten dargestellt und erläutert. Die gesetzliche Grundlage für den IAFP wurde mit dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), welches per 1. Januar 2005 in Kraft trat, geschaffen.

Der IAFP ist eine rollende Planung. Er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauf folgenden Jahre erstellt. Im Gegensatz dazu wird der Legislaturplan nur alle vier Jahre erstellt und konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte einer Amtsperiode. Im IAFP sind die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem IAFP des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode auszuweisen und zu begründen (WoV-G; §16 Absatz 2). Damit soll eine nachvollziehbare und seriöse Planungsarbeit gewährleistet sein. In jedem Aufgabenbereich wurden konkrete Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele vorgesehen. Der Arbeitsstand der Massnahmen wird laufend aktualisiert und hier rapportiert. Der Regierungsrat legt den IAFP jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

1.2. Zielhierarchie der Planungsinstrumente

Nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) werden die Wirkungsziele und Leistungsvorgaben in folgenden Beschlussformen festgelegt:

- a) die langfristigen sowie alle grundlegenden Ziele in der Gesetzgebung
- b) die mittelfristigen Ziele im Legislaturplan und im IAFP
- c) die kurzfristigen Ziele im Voranschlag / Globalbudget und Jahresplan.

Verfassung und Gesetz sind den aufgeführten Instrumenten übergeordnet. Der Regierungsrat kann aber in seinen Plänen (Legislaturplan / Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) eine Änderung des rechtlichen Rahmens vorsehen, wenn vorgesehene Massnahmen dies notwendig machen. Das letzte Wort hierzu hat aber in jedem Fall der Kantonsrat bzw. das Volk. Bei den Leistungsaufträgen auf der Ebene Globalbudget gehen Verfassung und Gesetze in jedem Fall vor.

Der IAFP hat eine koordinierende Schnittstellenfunktion zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den politischen Schwerpunkten des Legislaturplanes. Zusätzlich werden die allgemeinen Zielsetzungen und Absichtserklärungen konkret in den Massnahmen/ Projekten beschrieben, welche direkt über die Jahresplanung der Departemente die Mitarbeiterziele beeinflussen.

Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten

Der IAFP wird gemäss der bestehenden und gelebten Organisationsstruktur der Verwaltung abgebildet (Behörden und Staatskanzlei, 5 Departemente, Gerichte, RRB 2008/43). Der IAFP ist somit vergleichbar mit dem

Voranschlag und dem Geschäftsbericht, welche die gleichen Strukturen aufweisen.

Die staatliche Buchhaltung führt einzelne Profitcenter, welche sich in Globalbudgets und Finanzgrössen aufteilen. Für die Globalbudgets sind entsprechende Leistungsaufträge und Saldovorgaben mit den mehrjährigen Globalbudget-Vorlagen verabschiedet worden. Was nicht direkt durch die Leistung einzelner Dienststellen beeinflusst werden kann, wie zum Beispiel Steuererträge, Gebühren, Bussen, usw. wurde den sogenannten Finanzgrössen zugewiesen.

1.3. Zeitliche Koordination

Der IAFP wird jedes Frühjahr vor dem Voranschlag erstellt. Die Finanzkommission hat damit aktuelle Grundlagen für die Bestimmung der Budgetvorgaben zur Verfügung (Rechnung 2016 und der vorliegende IAFP). Der vorliegende IAFP bezieht sich auf den Legislaturplan 2013 - 2017.

1.4. Welche Geschäfte sind in der Finanzplanung?

Im Grundsatz werden die voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen abgebildet, welche auf einen rechtskräftigen Erlass, Absichtserklärung, Finanzbeschluss, Vernehmlassungsvorlage oder verabschiedeten Beschlüssen basieren. Die finanzielle Ausprägung ist gemäss den genehmigten Beschlüssen darzustellen, insbesondere bei befristeten Geschäften.

Viele Projekte vom Parlament oder von der Regierung sind indessen noch nicht so weit gediehen. Somit werden nicht spruchreife kantonale Geschäfte bei denen eine unzureichende Planungssicherheit besteht, im Finanzplan nicht aufgeführt.

Um der Verknüpfung von Sach- und Finanzpolitik trotzdem gerecht zu werden, sind die wesentlichsten Abgrenzungen der bundespolitischen und kantonalen Geschäfte auf dem aktuellen Stand transparent dargestellt.

1.5. Neuerungen gegenüber dem IAFP 2017 – 2020

Gegenüber dem letztjährigen IAFP 2017 – 2020 sind im neuen IAFP 2018 – 2021 die folgenden zusätzlichen Mehrbelastungen und Mindererträge dazugekommen:

Sanierung Stadtmist-Deponien Solothurn

Für den Stadtmist Solothurn wurde im Herbst 2016 die Totalunternehmenssubmission abgeschlossen. Eine verbindliche Offerte für die Sanierung, bzw. die Totaldekontamination der Deponien liegt nun vor. Der Beginn der Sanierungsarbeiten ist für 2018 vorgesehen. Aufgrund der Offerte ist mit Gesamtkosten für die Sanierung von rund 120 Mio. Franken zu rechnen. An diesen beteiligt sich der Bund mit 40%, sofern er die Totaldekontamination als altlastenrechtlich notwendige Massnahme anerkennt. Die Entnahmen aus der „Umweltrechnung GWBA“ belaufen sich in diesem Fall für die Jahre 2018 bis 2021 auf 3,4 – 5,6 Mio. Franken pro Jahr. Falls der Bund nur eine technische Sicherung als altlastenrechtlich notwendige Massnahme für ausreichend hält, Stadt und Kanton aber dennoch die Totaldekontamination durchführen und die Differenz des Bundesbeitrages selber aufbringen, erhöhen sich die

Entnahmen aus der „Umweltrechnung GWBA“ für die Jahre 2018 bis 2021 auf jährlich 3,5 – 5,9 Mio. Franken. Dies setzt voraus, dass wie vorgesehen die Sanierungsarbeiten 2018 beginnen können.

Sanierung der Kugelfänge von Schiessanlagen

Die Sanierung der Kugelfänge von Schiessanlagen soll ab 2018 unter der Federführung des Amtes für Umwelt begonnen werden. Für 2018 ist mit einer Entnahme aus der „Umweltrechnung GWBA“ von 1 Mio. Franken zu rechnen, in den folgenden Jahren (über 2021 hinaus) mit jeweils 3,5 Mio. Franken.

Die Sanierung der Böden in der Sanierungszone Dornach wird die „Umweltrechnung GWBA“ in den Jahren 2018 bis 2020 mit jeweils 0,6 Mio. Franken belasten und danach abgeschlossen sein.

Steuerertrag

Das Kantonale Steueramt geht von einer leichten Erholung der Konjunktur aus. Es rechnet im Bereich der natürlichen Personen bei den Steuern mit einem jährlichen Wachstum von rund 1,5%. Bei den juristischen Personen dürfte sich die Frankenstärke eher negativ auf das Wachstum des Steuerertrags auswirken. Der IAFP 2018 – 2021 rechnet für die Jahre 2018 bis 2021 bei den natürlichen Personen mit einem Steuerfuss von 104% und bei den juristischen Personen mit 100%.

Immobilienübertragung an die Solothurner Spitäler AG (soH)

Gemäss Kantonsratsbeschluss vom 16. November 2016 (RG 0098a/2016) werden in einem ersten Schritt per 1. Januar 2017 sämtliche kantonalen Spitalimmobilien der Standorte Kantonsspital Olten, Spital Dornach und Psychiatrische Dienste an die soH als Sacheinlage in der Höhe von 232,5 Mio. Franken zu Eigentum übertragen (gegen Erhöhung des Aktienkapitals der soH). Das Land wird im Baurecht übertragen.

1.6. Planungsgrundlagen

Bei der Erstellung des vorliegenden Plans gingen wir von folgenden volkswirtschaftlichen Eckdaten aus:

Wirtschaftswachstum (BIP real)

Nach einigen positiven Quartalen stagnierte das Schweizer Bruttoinlandprodukt (BIP) im 3. Quartal nahezu. Die Vorlaufindikatoren deuten aber auf eine erneute Wachstumsbeschleunigung hin und seitens der Weltwirtschaft ist weiterhin mit positiven Impulsen zu rechnen. Die Expertengruppe des Bundes (SECO, 15. Dezember 2016) behält daher ihre bisherige Einschätzung bei und prognostiziert für 2016 ein BIP-Wachstum von 1,3%. Für 2017 und 2018 wird eine verhaltene Beschleunigung auf 1,8% respektive 1,9% erwartet, getragen sowohl von der Inlandnachfrage als auch vom Aussenhandel. Im Zuge der konjunkturellen Erholung dürfte die Arbeitslosenquote graduell von 3,3% im 2016 auf 3,2% im 2017 und schliesslich auf 3,1% im 2018 zurückgehen. Die Konjunkturaussichten bleiben damit freundlich, auch wenn der Frankenschock teilweise noch nachwirken dürfte.

Teuerung

Die Aufwärtstendenz der Inflationsraten hat sich etwas abgeschwächt, allerdings bewegt sich die Inflation auf einem deutlich höheren Niveau als etwa noch vor einem Jahr. Die durchschnittliche Jahresteuierung betrug im Jahr 2016 -0,4%. Die Expertengruppe des Bundes erwartet nach der negativen Konsumteuerung 2016 eine Null-Teuerung im Jahr 2017 gefolgt von einer positiven Teuerung im 2018 (+0,2%).

Die Zinswende in den USA stellt angesichts der fragilen Lage in einigen Schwellenländern weiterhin ein Risiko für die Weltkonjunktur dar. Eine erhebliche Unsicherheit geht für die Schweiz ausserdem von der noch unklaren künftigen Regelung der Zuwanderung aus.

Lohnmassnahmen

Die Inflation ist zurzeit in der Schweiz noch kein Thema. Die durchschnittliche Jahresteuierung 2016 betrug minus 0,4%. Die Lohnmassnahmen werden alljährlich von den Sozialpartnern (GAVKO) ausgehandelt. Der Regierungsrat hat beschlossen, die Löhne bis ins Jahr 2017 nicht zu erhöhen, sofern die Teuerungsentwicklung einen Wert von 0,5% pro Jahr nicht überschreitet (RRB Nr. 2014/494 vom 11. März 2014; Massnahmenplan 2014: RR_M1: Befristeter Verzicht auf Lohnrunden bis 2017). Aufgrund dieser Ausgangslage werden die Lohnkosten damit auf dem Stand des Voranschlages 2014 für alle Planjahre fortgeschrieben.

Bevölkerungswachstum

Bei der Berechnung der Nettoverschuldung pro Einwohner/in gehen wir davon aus, dass die Einwohnerzahl des Kantons Solothurn jährlich um rund 1'700 Einwohner/innen zunimmt. Als Basis dienen die aktuellen Bevölkerungszahlen per 31.12.2016.

Gewinnausschüttung SNB

Nach dem Milliardenverlust im Jahr 2015 weist die Schweizerische Nationalbank (SNB) für das Geschäftsjahr 2016 einen Gewinn von 24,5 Mrd. Franken aus. Aufgrund dieser Zahlen kommen der Bund und die Kantone neben der ordentlichen Gewinnausschüttung von 1 Mrd. Franken in den Genuss einer Zusatzausschüttung von 0,7 Mrd. Franken. Nach diesen Auszahlungen wird die Ausschüttungsreserve noch 20 Mrd. Franken betragen. Die Regeln für die Gewinnausschüttung sind in der Gewinnausschüttungsvereinbarung zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) und der Nationalbank vom 9. November 2016 festgehalten. Aufgrund der Volatilität der Gewinne der SNB und der Erfahrungen der letzten Jahre wird in den Jahren 2018 – 2021 wieder eine ordentliche Gewinnausschüttung von jährlich 21,4 Mio. Franken eingepplant.

Ausfinanzierung Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO)

Nach dem Volksentscheid vom 28. September 2014 wird die Pensionskasse Kanton Solothurn für 1,1 Mrd. Franken ausfinanziert. Die Abschreibungskosten des Finanzfehlbetrages von jährlich 27,3 Mio. Franken während den nächsten 40 Jahren sind im IAFP 2018 – 2021 enthalten. Die Leistungen der Versicherten, der Solothurner Spitäler AG (soH) und der Schulgemeinden sind entsprechend mitberücksichtigt (4,5% der Arbeitgeberbeiträge an die Ausfinanzierungskosten).

Unternehmenssteuerreform III (USR III)

Mit der USR III sollte die ermässigte Besteuerung von Holding-, Domicil- und gemischten Gesellschaften abgeschafft werden. Diese steht nicht mehr im Einklang mit internationalen Standards. Um einen Wettbewerbsverlust der Schweiz zu verhindern, sollten international akzeptierte steuerliche Entlastungsmassnahmen eingeführt werden. Im Vordergrund stand dabei die Förderung von Innovationen. Auch wollte der Bund die von den Kantonen beabsichtigten Gewinnsteuersenkungen mittragen.

Gegen die Reform wurde das Referendum ergriffen. Die Gegnerinnen und Gegner erwarteten hohe steuerliche Einnahmehausfälle. Sie befürchteten, dass die Bevölkerung diese Ausfälle hätte kompensieren müssen. Die Reform wurde am 12. Februar 2017 von Volk (mit 59,1% Nein-Stimmen) und Ständen abgelehnt. Bundesrat Ueli Maurer kündigte an, rasch mit der Ausarbeitung einer neuen Vorlage (Steuervorlage 17) zu beginnen und noch im Sommer 2017 die Stossrichtung zu präsentieren.

Steuervorlage 17 (SV17)

Nach dem Nein zur USR III ist nun zunächst der Bundesrat gefordert, zusammen mit den Kantonen und den Parteien eine tragfähige Lösung zu erarbeiten. Laut Finanzminister Ueli Maurer braucht das jedoch seine Zeit und es wird kaum möglich sein, eine solche vor 2022 in Kraft zu setzen. Der Bundesrat beabsichtigt, im Sommer 2017 die Stossrichtung der neuen Vorlage zu präsentieren.

Da die neue Vorlage des Bundes sowie der Zeitplan des Bundesrates zurzeit nicht bekannt sind, wird der IAFP 2018 – 2021 ohne Auswirkungen der Steuervorlage 17 erstellt. Der IAFP enthält somit keine Steuereinsparungen bei den juristischen Personen, keine zusätzlichen Beiträge zum innerkantonalen Finanzausgleich aber auch keine höheren Bundesbeiträge bei der Direkten Bundessteuer.

Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Massgeblichen Einfluss auf die Planjahre 2018 - 2021 hat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), welche am 1.1.2008 in Kraft getreten ist. Die Berechnung des Ressourcenausgleichsbetrages ist sehr komplex. Der Anteil des Kantons Solothurn ist abhängig von der Entwicklung des eigenen Ressourcenindex, aber auch massgeblich von den Bewegungen der anderen 25 Kantone. Deshalb sind bereits mittelfristige Prognosen ungenau.

Für den IAFP 2018 – 2021 basieren die Zahlen aus dem aktualisierten Schätzmodell der FkF (Fachgruppe für kantonale Finanzfragen) für den NFA-Ressourcenausgleich des BAK (Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung) vom Juni 2016.

KVG-Revision des Bundes

Mit RRB Nr. 2012/513 vom 6. März 2012 wurde der Kantonsanteil für das Jahr 2013 auf 51% festgesetzt. Da gemäss KVG der Kantonsanteil ab 1. Januar 2017 in allen Kantonen mindestens 55% betragen muss und die jährliche Anpassung höchstens 2 Prozentpunkte umfassen darf, ist der Kantonsanteil für 2016 auf 53% und für 2017 auf 55% festgesetzt worden (RRB Nr. 2012/2347 vom 27. November 2012). Ab 2018 wird mit einem konstanten Anteil von 55% gerechnet.

Stichtage

Für die Finanzdaten gilt als Stichtag der 15. März 2017. Berücksichtigt sind die Daten des verabschiedeten Geschäftsbericht 2016 (RRB Nr. 2017/561 vom 28. März 2017) und des Voranschlags 2017 (KRB Nr. 0167/2016 vom 14. Dezember 2016.)

Legislaturplan

Im Legislaturplan 2013-2017 (SGB 188/2013) wird die Erreichung des Gleichgewichts im Finanzhaushalt mit der höchsten Priorität versehen, der sich alle anderen Zielsetzungen unterzuordnen haben. Bei jedem Aufgabenbereich sind die Vorgaben aus dem Legislaturplan 2013 - 2017 explizit aufgeführt. Die Vorgaben basieren auf dem im Oktober 2013 verabschiedeten Legislaturplan (RRB Nr. 2013/1945).

1.7. Massnahmenpläne 2013 und 2014

Die vom Kantonsrat genehmigten Massnahmen des Massnahmenplans 2013 sowie die Massnahmen des Massnahmenplans 2014 sind in der Umsetzung. Die finanziellen Verbesserungen sind in den Finanzplanjahren 2018 – 2021 entsprechend berücksichtigt.

1.8. Zukunftsrisiken

In den nächsten Jahren zeichnen sich weitere Risiken für den Finanzhaushalt des Kantons ab. Im vorliegenden IAFP 2018 – 2021 sind die zurzeit noch ungewissen finanziellen Auswirkungen der neuen Steuervorlage 17 nicht berücksichtigt. Diese dürften aber erheblich sein und auch den NFA-Ressourcenausgleich frühestens ab 2024 nachhaltig beeinflussen.

2. Finanzielle Übersichten

2.1. Gesamtschau

Leistungen

Die Sicht auf die Leistungen mit den entsprechenden Aufgaben, Massnahmen und Projekten ist in den einzelnen Departementen im Kapitel 3 aufgelistet und wird hier nicht weiter kommentiert.

Finanzen

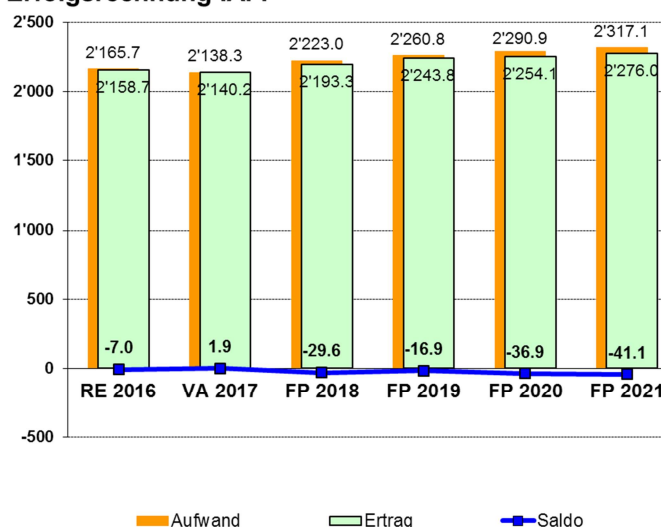
Im Legislaturplan 2013-2017 (SGB 188/2013) wird die Erreichung des Gleichgewichts im Finanzhaushalt mit der höchsten Priorität versehen, der sich alle anderen Zielsetzungen unterzuordnen haben.

Die finanzielle Situation des Kantons Solothurn hatte sich ab 2012 merklich verschlechtert. Das seit 2012 bestehende strukturelle Defizit von rund 150 Mio. Franken konnte in den Folgejahren nicht durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben aus dem ordentlichen Betrieb kompensiert werden. Deshalb verabschiedeten Regierungs- und Kantonsrat die beiden Massnahmenpläne 2013 und 2014 mit strukturellen Einschnitten bei den Ausgaben und Leistungen sowie gezielten Massnahmen auf der Einnahmenseite, um den Staatshaushalt bis 2017 wieder zu stabilisieren. Weiterhin steigende Kosten und absehbare Ertragsausfälle in den Folgejahren verlangten eine vollständige Umsetzung dieser Massnahmen. Diese sind im vorliegenden IAFP enthalten.

Die Finanzkennzahlen 2017 zeigen nochmals eine leichte Verbesserung gegenüber den Vorjahreszahlen. Nachdem die Rechnung 2016 noch mit einem kleinen Aufwandüberschuss von 7,0 Mio. Franken abschliesst, kann erstmals seit Jahren im 2017 wieder mit einem Ertragsüberschuss von 1,9 Mio. Franken gerechnet werden.

Anschliessend verschlechtern sich die Zahlen jedoch aufgrund weiterhin steigender Kosten in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Umwelt (Sanierung Stadtmist-Deponien). Dabei sind die finanziellen Auswirkungen der angekündigten Steuervorlage 17 noch nicht berücksichtigt.

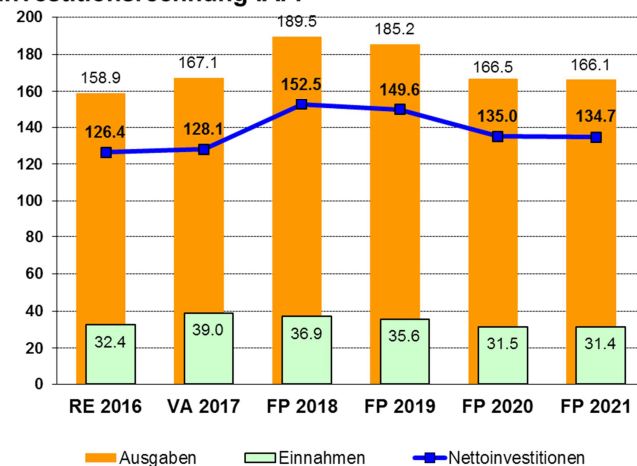
Erfolgsrechnung IAFP



Grossprojekte

Geprägt ist die Investitionsrechnung von den Grossprojekten im Hochbau (Neubau Bürgerspital Solothurn und Sanierungen Kantonsschule Olten und Rosengarten) und den Wasserschutzbauten (Hochwasserschutzmassnahmen Aare und Emme).

Investitionsrechnung IAFP



2.2. Ergebnisse

in Mio. Franken	RE2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Erfolgsrechnung						
Betriebsaufwand	2'099.4	2'082.8	2'167.8	2'204.7	2'234.2	2'257.6
Betriebsertrag	-2'092.8	-2'111.8	-2'166.4	-2'218.3	-2'228.9	-2'243.6
Betriebsergebnis (Aufwandüberschuss)	6.6	-29.0	1.4	-13.7	5.3	14.0
Finanzaufwand	28.6	28.3	27.9	28.8	29.4	32.2
Finanzertrag	-65.9	-28.4	-27.0	-25.5	-25.1	-32.4
Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-30.7	-29.2	2.4	-10.4	9.6	13.8
Ausfinanzierung 'Ruhegehaltsordnung RR'	4.0					
Abwertung Alpiq-Aktien	6.4					
Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)	-20.3	-29.2	2.4	-10.4	9.6	13.8
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	7.0	-1.9	29.6	16.9	36.9	41.1
Investitionsrechnung						
Investitionsausgaben	158.9	167.1	189.5	185.2	166.5	166.1
Investitionseinnahmen	-32.4	-39.0	-36.9	-35.6	-31.5	-31.4
Nettoinvestitionen	126.4	128.1	152.5	149.6	135.0	134.7
Finanzierung						
Nettoinvestitionen	126.4	128.1	152.5	149.6	135.0	134.7
- Abschreibungen Verw.vermögen/Inv.beiträge	-96.4	-80.4	-81.4	-82.4	-84.8	-84.0
+ Entnahme aus Eigenkapital	7.0	-1.9	29.6	16.9	36.9	41.1
Finanzierungsfehlbetrag	37.0	45.9	100.8	84.1	87.1	91.8
Für Defizitbremse relevantes Kapital						
Stand frei verfügbares EK per 01.01. *	21.1	471.4	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Frei verfügbares Eigenkapital per 31.12.	-15.6	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Nettoverschuldung						
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	1'448.1	1'494.0	1'594.7	1'678.9	1'766.0	1'857.8
	5'349	5'484	5'818	6'087	6'364	6'654
Operativer Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	71%	64%	34%	44%	36%	32%

Die Zahlen im VA17 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2016 aktualisiert.

* Die vorhandene Aufwertungsreserve von 487 Mio. Fr. wird gemäss Accounting Manual per 1.1.2017 zu frei verfügbarem Eigenkapital

Für Defizitbremse relevantes Kapital

Mit den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital, der Aufwertungsreserve, dem Bilanzfehlbetrag Ausfinanzierung PKSO sowie den Rücklagen (AFU-Wasserrechnung und Globalbudgetreserven) beträgt das Eigenkapital am 31.12.2016 gesamthaft 94,8 Mio. Franken. Für die Schuldenbremse ist jedoch das frei verfügbare Kapital massgebend. Aufgrund der am 1.1.2017 frei werdenden Aufwertungsreserve von 487 Mio. Franken wird die Defizitbremse in den Planjahren nicht ausgelöst werden.

Nettoverschuldung

Der Anstieg der Nettoverschuldung ist insbesondere auf die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO) zurückzuführen (Stand des Bilanzfehlbetrages Ausfinanzierung PKSO per 31.12.2016: 1'037,1 Mio. Franken).

Erfolgsrechnung nach Departementen

in Mio. Franken	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Total alle Departemente						
Aufwand	2'165.7	2'138.3	2'223.0	2'260.8	2'290.9	2'317.1
Ertrag	-2'158.7	-2'140.2	-2'193.3	-2'243.8	-2'254.1	-2'276.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	7.0	-1.9	29.6	16.9	36.9	41.1
1. Behörden und Staatskanzlei						
Aufwand	22.6	19.6	19.3	19.3	19.4	19.5
Ertrag	-3.0	-3.2	-3.1	-3.1	-3.1	-3.1
Verrechnungen	-7.5	-8.6	-8.4	-8.5	-8.5	-8.5
Saldo	12.0	7.9	7.8	7.8	7.8	7.9
2. Bau- und Justizdepartement						
Aufwand	249.7	239.0	251.9	256.6	257.5	256.3
Ertrag	-211.0	-168.0	-173.7	-175.7	-175.9	-182.1
Verrechnungen	-35.6	-42.8	-42.1	-41.9	-41.8	-41.8
Saldo	3.0	28.2	36.2	38.9	39.8	32.3
3. Bildung und Kultur						
Aufwand	457.9	460.5	465.4	467.0	468.0	468.1
Ertrag	-63.2	-61.3	-62.4	-62.0	-61.8	-61.7
Verrechnungen	30.3	29.2	28.4	28.3	28.4	28.4
Saldo	425.0	428.4	431.4	433.3	434.6	434.8
4. Finanzdepartement						
Aufwand	159.5	158.8	159.2	161.0	166.0	167.4
Ertrag	-1'380.0	-1'398.9	-1'444.4	-1'485.3	-1'487.5	-1'495.8
Verrechnungen	13.5	20.6	21.2	21.0	20.4	20.2
Saldo	-1'206.9	-1'219.6	-1'264.0	-1'303.3	-1'301.2	-1'308.3
5. Departement des Innern						
Aufwand	1'023.5	1'001.3	1'068.0	1'096.9	1'119.7	1'145.7
Ertrag	-346.7	-348.6	-350.9	-358.1	-365.4	-372.7
Verrechnungen	2.1	2.9	2.7	2.7	2.9	2.9
Saldo	678.9	655.6	719.8	741.5	757.2	775.8
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Aufwand	227.7	234.7	234.9	235.7	236.1	236.0
Ertrag	-147.2	-155.0	-153.7	-154.4	-155.1	-155.3
Verrechnungen	-5.5	-3.9	-4.5	-4.3	-4.0	-3.8
Saldo	75.0	75.8	76.8	77.0	76.9	76.9
7. Gerichte						
Aufwand	24.9	24.3	24.2	24.2	24.2	24.2
Ertrag	-7.6	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3
Verrechnungen	2.6	2.7	2.7	2.7	2.7	2.8
Saldo	19.9	21.7	21.7	21.7	21.7	21.7

Investitionsrechnung nach Departemente

in Mio. Franken

	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Total alle Departemente						
Ausgaben	158.9	167.1	189.5	185.2	166.5	166.1
Einnahmen	-32.4	-39.0	-36.9	-35.6	-31.5	-31.4
Nettoinvestitionen	126.4	128.1	152.5	149.6	135.0	134.7

1. Behörden und Staatskanzlei	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

2. Bau- und Justizdepartement	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Ausgaben	138.2	144.6	164.0	159.6	144.6	146.6
Einnahmen	-27.6	-33.8	-32.0	-30.8	-26.7	-26.7
Nettoinvestitionen	110.6	110.8	132.0	128.9	117.9	119.9

3. Bildung und Kultur	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Ausgaben	3.7	2.2	1.7	1.7	1.7	1.7
Einnahmen	-2.2	-2.0	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Nettoinvestitionen	1.6	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2

4. Finanzdepartement	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Ausgaben	7.4	10.6	13.1	13.0	9.0	6.5
Einnahmen	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	7.3	10.6	13.1	13.0	9.0	6.5

5. Departement des Innern	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Ausgaben	3.4	2.8	4.3	3.5	4.6	4.7
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	3.4	2.8	4.3	3.5	4.6	4.7

6. Volkswirtschaftsdepartement	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Ausgaben	6.2	6.9	6.4	7.4	6.7	6.7
Einnahmen	-2.7	-3.2	-3.4	-3.3	-3.3	-3.3
Nettoinvestitionen	3.6	3.7	2.9	4.0	3.4	3.4

7. Gerichte	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Funktionale Gliederung Erfolgsrechnung

in Mio. Franken	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
0 Allgemeine Verwaltung						
Aufwand	162.0	159.5	158.4	159.1	162.4	161.0
Ertrag	-72.8	-68.1	-71.1	-70.9	-70.8	-70.8
Verrechnung	-69.7	-69.2	-67.7	-67.6	-68.1	-68.1
Saldo	19.5	22.1	19.6	20.6	23.4	22.1
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Aufwand	222.3	216.6	218.7	222.1	223.1	225.2
Ertrag	-98.5	-94.0	-95.2	-96.0	-96.0	-96.0
Verrechnung	9.1	9.5	9.7	9.7	9.9	10.0
Saldo	132.9	132.1	133.2	135.8	137.0	139.1
2 Bildung						
Aufwand	451.9	456.2	461.0	462.7	463.7	463.8
Ertrag	-61.5	-62.1	-63.3	-63.0	-62.7	-62.6
Verrechnung	31.4	30.9	30.2	30.2	30.2	30.2
Saldo	421.8	425.0	427.9	429.9	431.2	431.4
3 Kultur und Freizeit						
Aufwand	18.0	15.8	16.1	16.1	16.1	16.1
Ertrag	-7.1	-4.1	-4.2	-4.2	-4.2	-4.2
Verrechnung	1.9	1.5	1.1	1.1	1.1	1.1
Saldo	12.7	13.1	13.0	13.0	13.0	13.0
4 Gesundheit						
Aufwand	360.0	345.4	387.3	401.0	409.8	420.9
Ertrag	-1.4	-1.7	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6
Verrechnung	1.3	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
Saldo	359.8	344.9	386.9	400.6	409.4	420.4
5 Soziale Wohlfahrt						
Aufwand	517.7	514.8	536.8	548.0	561.2	574.2
Ertrag	-297.9	-301.1	-302.4	-308.9	-316.2	-323.5
Verrechnung	2.8	2.9	2.8	2.8	2.8	2.8
Saldo	222.6	216.6	237.2	242.0	247.8	253.5
6 Verkehr						
Aufwand	111.5	114.3	116.1	117.1	117.4	117.9
Ertrag	-24.2	-23.4	-23.9	-24.3	-24.3	-24.5
Verrechnung	-71.4	-76.8	-76.4	-76.2	-76.2	-76.2
Saldo	16.0	14.1	15.8	16.6	16.9	17.3
7 Umwelt, Raumordnung						
Aufwand	32.3	42.1	43.6	46.5	47.1	45.0
Ertrag	-23.4	-26.3	-25.4	-27.2	-27.6	-26.3
Verrechnung	1.6	0.8	0.4	0.4	0.4	0.4
Saldo	10.5	16.7	18.6	19.7	19.9	19.2
8 Volkswirtschaft						
Aufwand	116.5	122.2	127.4	127.8	127.7	127.6
Ertrag	-122.4	-127.4	-130.9	-131.2	-131.2	-131.2
Verrechnung	3.3	3.2	2.9	2.9	2.9	2.9
Saldo	-2.5	-2.0	-0.5	-0.5	-0.6	-0.6
9 Finanzen und Steuern						
Aufwand	173.6	151.4	157.5	160.2	162.5	165.4
Ertrag	-1'449.6	-1'432.0	-1'475.2	-1'516.6	-1'519.3	-1'535.2
Verrechnung	89.7	96.1	95.7	95.6	95.6	95.6
Saldo	-1'186.3	-1'184.5	-1'222.0	-1'260.8	-1'261.2	-1'274.2
Gesamttotal						
Aufwand	2'165.7	2'138.3	2'223.0	2'260.8	2'290.9	2'317.1
Ertrag	-2'158.7	-2'140.2	-2'193.3	-2'243.8	-2'254.1	-2'276.0
Verrechnung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	7.0	-1.9	29.6	16.9	36.9	41.1

Funktionale Gliederung Investitionsrechnung

in Mio. Franken	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
0 Allgemeine Verwaltung						
Ausgaben	8.7	21.1	27.7	27.4	20.5	21.7
Einnahmen	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Nettoinvestitionen	8.7	21.0	27.6	27.3	20.4	21.6
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Ausgaben	4.3	6.0	7.9	9.5	7.0	4.8
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	4.3	6.0	7.9	9.5	7.0	4.8
2 Bildung						
Ausgaben	40.5	23.9	30.2	22.7	17.5	29.0
Einnahmen	-6.7	-2.7	-1.7	-1.5	-1.5	-1.5
Nettoinvestitionen	33.7	21.2	28.5	21.2	16.0	27.5
3 Kultur und Freizeit						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Gesundheit						
Ausgaben	40.8	44.7	50.0	49.0	49.5	39.5
Einnahmen	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	40.7	44.7	50.0	49.0	49.5	39.5
5 Soziale Wohlfahrt						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Verkehr						
Ausgaben	45.0	42.0	45.0	47.0	50.0	50.0
Einnahmen	-14.1	-14.9	-14.0	-14.0	-15.0	-15.0
Nettoinvestitionen	30.9	27.1	31.0	33.0	35.0	35.0
7 Umwelt, Raumordnung						
Ausgaben	11.5	22.6	22.4	22.3	15.4	14.5
Einnahmen	-8.7	-18.1	-17.7	-16.7	-11.6	-11.6
Nettoinvestitionen	2.8	4.5	4.7	5.7	3.8	2.9
8 Volkswirtschaft						
Ausgaben	6.2	6.3	6.4	6.7	6.7	6.7
Einnahmen	-2.7	-3.2	-3.4	-3.3	-3.3	-3.3
Nettoinvestitionen	3.5	3.1	2.9	3.3	3.4	3.4
9 Finanzen und Steuern						
Ausgaben	0.0	0.6	0.0	0.7	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.6	0.0	0.7	0.0	0.0
Gesamttotal						
Ausgaben	158.9	167.1	189.5	185.2	166.5	166.1
Einnahmen	-32.4	-39.0	-36.9	-35.6	-31.5	-31.4
Nettoinvestitionen	126.4	128.1	152.5	149.6	135.0	134.7

Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung

in Mio. Franken	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
3 Aufwand	2'165.7	2'138.3	2'223.0	2'260.8	2'290.9	2'317.1
30 Personalaufwand	431.5	441.4	445.8	448.4	450.3	451.7
300 Behörden, Kommissionen und Richter	7.4	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5
301 Löhne des Verwaltungs- u. Betriebspersonal	277.7	282.1	285.6	287.9	289.4	290.6
302 Löhne der Lehrkräfte	77.9	80.0	80.9	80.9	81.0	81.0
303 Temporäre Arbeitskräfte	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
304 Zulagen	0.1	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1
305 Arbeitgeberbeiträge	61.2	63.2	64.0	64.4	64.7	64.9
306 Arbeitgeberleistungen	2.9	4.2	3.2	3.2	3.2	3.2
309 Übriger Personalaufwand	4.3	4.2	4.3	4.3	4.3	4.3
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	176.7	180.3	192.9	200.0	201.6	199.4
310 Material- und Warenaufwand	17.8	18.9	18.3	18.1	18.1	18.1
311 Nicht aktivierbare Anlagen	8.8	9.6	11.1	11.5	10.9	11.1
312 Wasser, Energie, Heizmaterial	5.5	5.7	5.7	5.8	5.9	5.9
313 Dienstleistungen und Honorare	65.5	70.0	79.5	85.7	86.2	83.9
314 Baulicher Unterhalt	22.8	21.1	21.3	21.3	21.3	21.3
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anl.	9.8	9.9	10.0	10.0	10.9	10.9
316 Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	12.7	12.6	12.8	12.7	12.1	12.1
317 Spesenentschädigungen	3.7	4.0	4.0	4.0	4.0	4.0
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	28.4	23.1	24.8	25.8	26.8	26.8
319 Verschiedener Betriebsaufwand	1.7	5.3	5.6	5.3	5.5	5.3
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	65.7	48.4	50.6	50.7	53.8	53.0
330 Sachanlagen VV	65.7	48.4	50.6	50.7	53.8	53.0
34 Finanzaufwand	39.0	28.3	27.9	28.8	29.4	32.2
340 Zinsaufwand	23.1	22.9	23.3	23.7	24.5	26.8
341 Realisierte Kursverluste	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
342 Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten	0.2	-0.1	0.2	0.5	0.2	0.6
343 Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	1.5	1.4	1.2	1.5	1.7	1.7
349 Verschiedener Finanzaufwand	7.5	4.0	3.2	3.1	3.0	3.0
35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierung	5.4	8.9	5.5	5.6	6.3	6.3
350 Einlagen in Fonds u. SF im Fremdkapital	5.4	8.9	5.5	5.6	6.3	6.3
36 Transferaufwand	1'330.6	1'309.2	1'384.8	1'412.4	1'434.3	1'458.8
360 Ertragsanteile an Dritte	1.1	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
361 Entschädigungen an Gemeinwesen	106.0	102.6	107.6	108.9	109.2	109.6
3611 Entschädigungen an Kantone und Konkordate	85.2	85.2	86.0	87.3	87.7	87.6
3612 Entschädigungen an Gemeinde und Zweckverb.	20.8	17.4	21.5	21.5	21.5	22.0
362 Finanz- und Lastenausgleich	76.0	73.1	74.6	75.2	75.9	75.8
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'144.0	1'128.0	1'198.3	1'223.2	1'244.7	1'268.9
3630 Beiträge an den Bund	20.2	19.3	20.7	20.7	20.7	20.7
3631 Beiträge an Kantone und Konkordate	7.8	9.1	9.7	9.2	9.1	9.1
3632 Beiträge an Gemeinden u. Zweckverb.	149.0	155.3	152.1	152.3	152.0	152.1
3634 Beiträge an öffentliche Unternehmungen	460.2	446.9	486.9	499.9	508.2	518.6
3635 Beiträge an private Unternehmungen	80.0	76.8	73.8	74.9	75.9	77.0
3636 Beiträge an private Org. ohne Erwerbszweck	4.6	4.8	4.6	4.6	4.6	4.6
3637 Beiträge an private Haushalte	422.2	415.8	450.3	461.6	474.2	486.7
364 Wertberichtigungen Darlehen VV	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge	3.4	4.7	3.5	4.4	3.6	3.6
37 Durchlaufende Beiträge	89.4	94.6	88.3	87.5	88.0	88.5
370 Durchlaufende Beiträge	89.4	94.6	88.3	87.5	88.0	88.5
3702 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	16.8	17.0	17.3	17.8	18.3	18.8
3705 Private Unternehmungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
3707 Privat Haushalte	72.6	77.5	70.9	69.6	69.6	69.6
38 Ausserordentlicher Aufwand	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
383 Zusätzliche Abschreibungen	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3

in Mio. Franken	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
4 Ertrag	-2'158.7	-2'140.2	-2'193.3	-2'243.8	-2'254.1	-2'276.0
40 Fiskalertrag	-980.5	-952.0	-972.7	-975.5	-978.3	-981.1
400 Direkte Steuern natürliche Personen	-688.1	-684.6	-702.4	-707.4	-712.4	-717.4
401 Direkte Steuern juristische Personen	-148.0	-131.0	-127.6	-125.4	-123.2	-121.0
402 übrige direkte Steuern	-72.4	-65.2	-71.0	-71.0	-71.0	-71.0
403 Besitz- und Aufwandsteuern	-71.9	-71.2	-71.7	-71.7	-71.7	-71.7
41 Regalien und Konzessionen	-30.9	-30.9	-31.4	-31.4	-31.4	-31.4
410 Regalien	-2.1	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
411 Schweizer Nationalbank	-21.4	-21.4	-21.4	-21.4	-21.4	-21.4
412 Konzessionen	-7.4	-7.5	-8.0	-8.0	-8.0	-8.0
42 Entgelte	-176.5	-166.6	-169.0	-170.0	-169.9	-170.0
420 Ersatzabgaben	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6
421 Gebühren für Amtshandlungen	-85.2	-82.5	-82.7	-82.7	-82.7	-82.7
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-14.5	-13.0	-14.8	-14.8	-14.8	-14.8
423 Schul- und Kursgelder	-3.1	-3.1	-3.3	-3.4	-3.4	-3.4
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-13.1	-12.6	-12.8	-12.8	-12.8	-12.8
425 Erlös aus Verkäufen	-7.4	-7.3	-7.1	-7.1	-7.1	-7.1
426 Rückerstattungen	-10.4	-7.9	-7.4	-8.3	-8.3	-8.3
427 Bussen	-38.3	-36.7	-37.0	-37.0	-37.0	-37.0
429 übrige Entgelte	-2.9	-2.1	-2.2	-2.2	-2.2	-2.2
43 Verschiedene Erträge	-17.1	-16.1	-15.7	-15.7	-15.7	-15.7
430 Verschiedene betriebliche Erträge	-17.1	-16.1	-15.7	-15.7	-15.7	-15.7
44 Finanzertrag	-65.9	-28.4	-27.0	-25.5	-25.1	-32.4
440 Zinsertrag	-7.0	-6.5	-6.5	-6.5	-6.5	-6.4
441 Realisierte Gewinne FV	-21.3	-3.0	-1.2	0.0	0.0	-10.0
443 Liegenschaftenertrag FV	-3.6	-3.4	-3.4	-3.4	-3.3	-3.4
445 Finanzertrag aus Darlehen und Bet. des VV	-0.4	-0.2	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
446 Finanzertrag von öffentl. Unternehmungen	-0.2	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
447 Liegenschaftenertrag VV	-31.5	-15.2	-15.2	-15.0	-14.8	-12.2
449 Übriger Finanzertrag	-1.8	-0.1	-0.3	-0.2	-0.1	0.0
45 Entnahme aus Fonds und SF	-16.2	-0.6	-3.6	-3.7	-3.9	-4.1
450 Entnahme aus Fonds und SF im FK	-16.2	-0.6	-3.6	-3.7	-3.9	-4.1
46 Transferertrag	-782.3	-851.0	-885.6	-934.6	-941.8	-952.9
460 Ertragsanteile	-107.3	-109.9	-109.9	-111.3	-112.8	-114.4
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	-25.0	-25.6	-25.0	-24.4	-24.1	-24.1
4610 Entschädigungen vom Bund	-6.0	-6.8	-6.0	-5.8	-5.8	-5.8
4611 Entsch. von Kantonen und Konkordaten	-14.1	-14.1	-14.2	-13.9	-13.6	-13.6
4612 Entsch. von Gemeinden und Zweckverb.	-4.8	-4.6	-4.6	-4.6	-4.6	-4.6
4613 Entsch. von öffentlichen Sozialvers.	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
462 Finanz- und Lastenausgleich	-282.4	-329.5	-355.7	-394.3	-392.9	-396.9
4620 vom Bund	-256.8	-305.7	-329.9	-366.9	-364.9	-368.9
4622 von Gemeinden und Gemeindezweck.	-25.7	-23.8	-25.9	-27.4	-28.0	-28.0
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-367.2	-385.7	-394.8	-404.4	-411.7	-417.3
4630 Beiträge vom Bund	-230.1	-258.4	-254.1	-260.4	-266.3	-271.3
4631 Beiträge von Kantonen und Konkordaten	-7.4	-4.4	-4.0	-4.0	-3.9	-3.9
4632 Beiträge von Gemeinden	-127.7	-121.3	-135.0	-138.3	-139.8	-140.3
4634 Beiträge von öffentlichen Unternehmungen	-0.7	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
4635 Beiträge von privaten Unternehmungen	-0.9	-1.0	-1.1	-1.1	-1.1	-1.1
4637 Beiträge von privaten Haushalten	-0.4	-0.3	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
469 Verschiedener Transferertrag	-0.2	-0.2	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
47 Durchlaufende Beiträge	-89.4	-94.6	-88.2	-87.4	-87.9	-88.4
470 Durchlaufende Beiträge	-89.4	-94.6	-88.2	-87.4	-87.9	-88.4
4700 Durchlaufende Beiträge vom Bund	-73.0	-77.9	-71.3	-70.0	-70.0	-70.0
4702 Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	-16.5	-16.7	-17.0	-17.5	-18.0	-18.5
Gesamttotal						
3 Aufwand	2'165.7	2'138.3	2'223.0	2'260.8	2'290.9	2'317.1
4 Ertrag	-2'158.7	-2'140.2	-2'193.3	-2'243.8	-2'254.1	-2'276.0
Saldo	7.0	-1.9	29.6	16.9	36.9	41.1

Volkswirtschaftliche Gliederung Investitionsrechnung

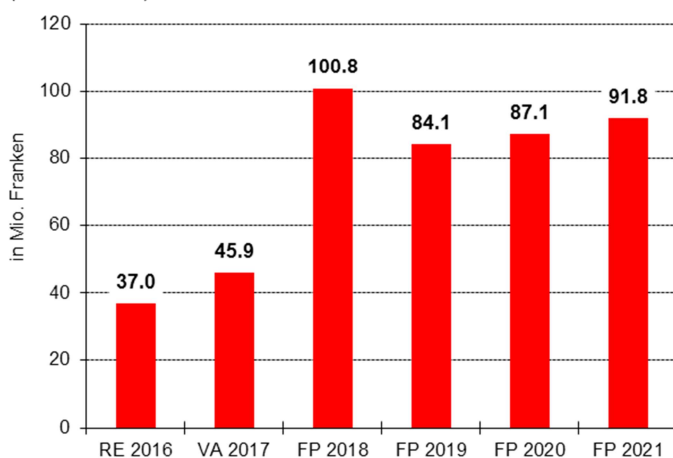
in Mio. Franken		RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
5	Investitionsausgaben	158.9	167.1	189.5	185.2	166.5	166.1
50	Sachanlagen	149.9	156.6	179.4	174.1	156.1	155.2
501	Strassen	44.9	42.0	45.0	47.0	50.0	50.0
502	Wasserbau	10.4	21.2	20.4	20.3	13.3	12.0
504	Hochbauten	80.5	80.0	96.6	90.3	79.2	82.1
506	Mobilien	11.0	13.4	17.4	16.5	13.6	11.2
54	Darlehen	2.2	1.8	1.8	2.0	2.0	2.0
544	Öffentliche Unternehmungen	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
545	Private Unternehmungen	0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
547	Private Haushalte	1.6	1.8	1.8	2.0	2.0	2.0
55	Beteiligungen und Grundkapitalien	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
555	Beteiligung an privaten Unternehmungen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
56	Eigene Investitionsbeiträge	3.4	3.9	3.4	4.3	3.6	3.6
560	Bund	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
562	Gemeinden und Gemeindezweckverbände	0.3	0.9	0.3	1.0	0.3	0.3
564	Öffentliche Unternehmungen	2.3	2.5	2.5	2.6	2.6	2.6
567	Private Haushalte	0.7	0.6	0.6	0.7	0.7	0.7
57	Durchlaufende Investitionsbeiträge	3.2	4.7	4.9	4.9	4.9	5.4
572	Gemeinden und Gemeindezweckverbände	0.9	1.1	1.2	1.2	1.2	1.7
574	Öffentliche Unternehmungen	1.5	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5
575	Private Unternehmungen	0.1	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
577	Private Haushalte	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
6	Investitionseinnahmen	-32.4	-39.0	-36.9	-35.6	-31.5	-31.4
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-25.8	-31.8	-30.3	-29.0	-25.0	-24.4
630	Bund	-14.5	-9.8	-10.5	-13.0	-8.8	-8.4
631	Kantone und Konkordate	-0.2	0.0	-3.2	-0.2	0.0	0.0
632	Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-10.1	-16.9	-16.1	-15.7	-16.1	-16.0
634	Öffentliche Unternehmungen	-0.4	-4.6	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
635	Private Unternehmungen	-0.5	-0.6	-0.4	0.0	0.0	0.0
64	Rückzahlung von Darlehen	-3.3	-2.4	-1.8	-1.7	-1.6	-1.6
644	Öffentliche Unternehmungen	-1.2	-0.9	-0.2	-0.2	-0.1	-0.1
645	Private Unternehmungen	-0.1	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
647	Private Haushalte	-1.9	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
65	Übertragung von Beteiligungen ins FV	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
655	Übertragung Beteiligungen an priv. Untern.	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
67	Durchlaufende Investitionsbeiträge	-3.2	-4.7	-4.9	-4.9	-4.9	-5.4
670	Bund	-3.1	-4.2	-4.4	-4.4	-4.4	-4.9
671	Kantone	-0.1	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Gesamttotal							
5	Investitionsausgaben	158.9	167.1	189.5	185.2	166.5	166.1
6	Investitionseinnahmen	-32.4	-39.0	-36.9	-35.6	-31.5	-31.4
	Nettoinvestitionen	126.4	128.1	152.5	149.6	135.0	134.7

2.3. Finanzkennzahlen

in Mio. Franken	RE2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Operativer Cash Flow (+) / Cash Loss (-)	89.4	82.3	51.8	65.5	47.9	42.9
Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-30.7	-29.2	2.4	-10.4	9.6	13.8
Ausfinanzierung 'Ruhegehaltsordnung RR'	4.0					
Abwertung Alpiq-Aktien	6.4					
Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)	-20.3	-29.2	2.4	-10.4	9.6	13.8
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	7.0	-1.9	29.6	16.9	36.9	41.1
Nettoinvestitionen	126.4	128.1	152.5	149.6	135.0	134.7
Finanzierungsfehlbetrag	37.0	45.9	100.8	84.1	87.1	91.8
Nettoverschuldung	1'448.1	1'494.0	1'594.7	1'678.9	1'766.0	1'857.8
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	5'349	5'484	5'818	6'087	6'364	6'654
Operativer Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	71%	64%	34%	44%	36%	32%

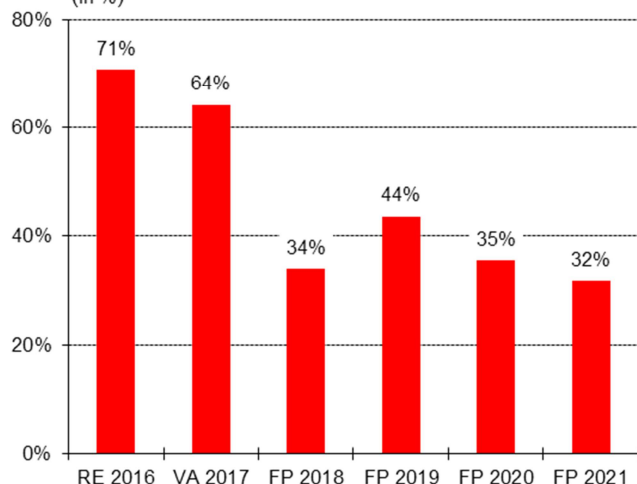
Die Zahlen im VA17 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2016 aktualisiert.

Finanzierungsfehlbetrag
(in Mio. Franken)



In der Rechnung 2016 und im Voranschlag 2017 liegt der Finanzierungsfehlbetrag noch unter 50 Mio. Franken. In den Finanzplanjahren 2018 bis 2021 steigt er verglichen mit dem Voranschlag 2017 wiederum deutlich an. Die Fehlbeträge in den Jahren 2018 und 2019 sind auch auf die sehr hohen Investitionen in diesen beiden Jahren zurückzuführen.

Operativer Selbstfinanzierungsgrad
(in %)



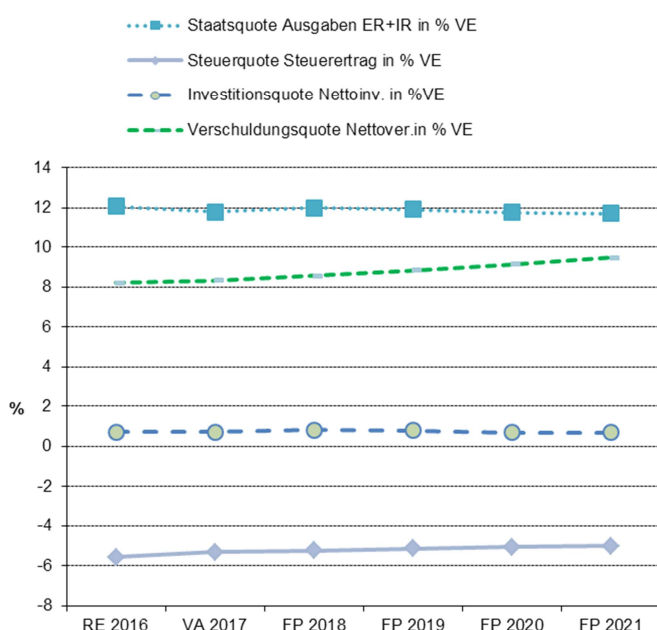
Der operative Selbstfinanzierungsgrad zeigt an, in welchem Ausmass Investitionen durch selbst-erwirtschaftete Mittel (Operativer Cash Flow) finanziert werden können. Bei einem positiven Selbstfinanzierungsgrad zwischen 0 -100% können zumindest die laufenden Konsumausgaben vollständig sowie ein Teil der Investitionen aus den Erträgen finanziert werden. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt von 71% im Jahr 2016 auf noch 32% im Jahr 2021.

Kennzahlen in % vom Volkseinkommen

in Mio. Franken bzw. %	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Geschätzte Zunahme VE in % ¹	1.3	1.8	1.9	2.0	1.7	1.7
Volkseinkommen VE	17'620	17'937	18'607	18'979	19'302	19'630
Staatsquote Ausgaben ER+IR in % VE	12.1	11.8	12.0	11.9	11.8	11.7
Steuerertrag (Konto 40 inkl. MfZ-Steuer)	-980.5	-952.0	-972.7	-975.5	-978.3	-981.1
Steuerquote Steuerertrag in % VE	-5.6	-5.3	-5.2	-5.1	-5.1	-5.0
Nettoinvestitionen (Konto 5-6)	126.4	128.1	152.5	149.6	135.0	134.7
Investitionsquote Nettoinv. in % VE	0.7	0.7	0.8	0.8	0.7	0.7
Nettoverschuldung	1448.1	1'494.0	1'594.7	1'678.9	1'766.0	1'857.8
Verschuldungsquote Nettover. in % VE	8.2	8.3	8.6	8.8	9.1	9.5

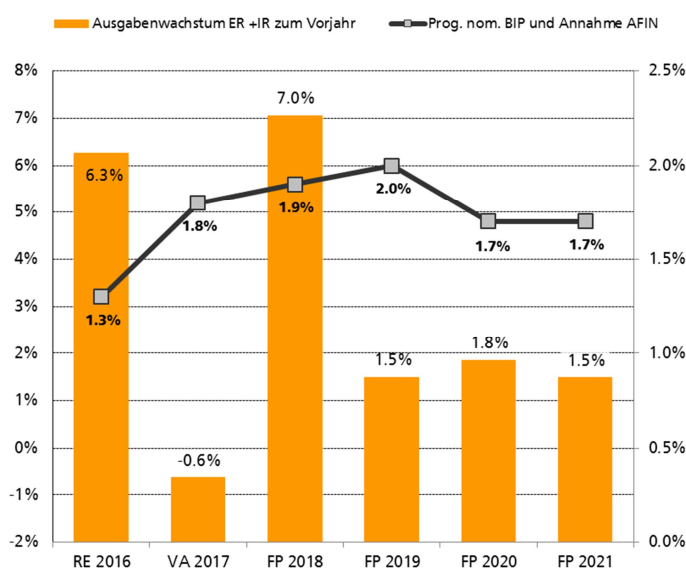
¹ Basis Zahlen 2014 des BFS und geschätzte Veränderungen des kant. Volkseinkommen gegenüber dem Vorjahr (seco).

Kennzahlen in % vom Volkseinkommen



Die Staats-, Steuer- und Investitionsquote bleiben in den Finanzplanjahren fast unverändert. Die Verschuldungsquote steigt von 8,2% im Jahr 2016 auf 9,5% im Jahr 2021.

Ausgabenwachstum in % zum BIP



Das Bruttoinlandprodukt (BIP) misst das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft und ist ein interessanter Wert im Vergleich zum Ausgabenwachstum des Kantons. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP-Wachstum ist. Das BIP-Wachstum für 2016 betrug 1,3%. Für das Jahr 2017 prognostiziert das seco eine Zunahme auf 1,8%. Ab 2018 wird von einem nominellen BIP-Wachstum zwischen 1,7% und 2,0% ausgegangen.

Im Finanzplanjahr 2018 steigt das Ausgabenwachstum auf 7,0% an. Grund dafür ist der zu tiefe Vorschlag 2017 (im Vergleich zur Rechnung 2016). In den Jahren 2019 bis 2021 pendelt sich das Wachstum zwischen 1,5% auf 1,8% ein.

2.4. Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2017 – 2020

2.4.1. Erfolgsrechnung

	RE 2016	VA 2017	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	Vorjahr FP 2019	FP 2019	Diff.	Vorjahr FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021
Total alle Departemente												
Aufwand	2'165.7	2'138.3	2'129.2	2'223.0	93.8	2'150.6	2'260.8	110.2	2'166.0	2'290.9	124.9	2'317.1
Ertrag	-2'158.7	-2'140.2	-2'052.8	-2'193.3	-140.5	-2'055.0	-2'243.8	-188.8	-2'054.3	-2'254.1	-199.8	-2'276.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	7.0	-1.9	76.4	29.6	-46.7	95.5	16.9	-78.6	111.7	36.9	-74.9	41.1

Beim Vergleich der Vorjahresplanung „FP Vorjahr“ zu „FP 2018 bis 2021“ führen hauptsächlich höhere Kosten in den Bereichen Spitalbehandlungen gemäss KVG und der Sozialen Sicherheit zu Mehraufwand. Die höheren Erträge im Finanzdepartement (NFA, Steuererträge bei natürlichen Personen) und im Departement des Inneren können 2017 den Saldo verbessern.

	RE 2016	VA 2017	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	Vorjahr FP 2019	FP 2019	Diff.	Vorjahr FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021
1. Behörden und Staatskanzlei												
Aufwand	22.6	19.6	19.5	19.3	-0.2	19.5	19.3	-0.2	19.5	19.4	-0.2	19.5
Ertrag	-3.0	-3.2	-3.2	-3.1	0.1	-3.2	-3.1	0.1	-3.2	-3.1	0.1	-3.1
Verrechnungen	-7.5	-8.6	-7.4	-8.4	-1.0	-7.4	-8.5	-1.0	-7.4	-8.5	-1.0	-8.5
Saldo	12.0	7.9	8.9	7.8	-1.1	8.9	7.8	-1.1	8.9	7.8	-1.1	7.9

Die Differenz bei den Verrechnungen entsteht dadurch, dass der Saldo der bisherigen Spezialfinanzierung „Berufliche Vorsorge Regierungsrat“ neu in der ordentlichen Rechnung geführt und den anderen Dienststellen als Overhead weiterverrechnet wird.

	RE 2016	VA 2017	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	Vorjahr FP 2019	FP 2019	Diff.	Vorjahr FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021
2. Bau- und Justizdepartement												
Aufwand	249.7	239.0	253.9	251.9	-2.0	261.9	256.6	-5.4	267.3	257.5	-9.8	256.3
Ertrag	-211.0	-168.0	-177.5	-173.7	3.9	-177.7	-175.7	2.0	-179.2	-175.9	3.2	-182.1
Verrechnungen	-35.6	-42.8	-35.8	-42.1	-6.3	-35.8	-41.9	-6.1	-35.8	-41.8	-6.0	-41.8
Saldo	3.0	28.2	40.6	36.2	-4.5	48.4	38.9	-9.5	52.3	39.8	-12.6	32.3

Die Berücksichtigung der finanziellen Folgen der Übertragung der Spitalliegenschaften an die soH, eine weitere Reduktion im Aufwand der Jugendanwaltschaft sowie weitere kleinere Einsparungen führen zu einer Verbesserung der Finanzplanzahlen für 2018 im Vergleich zur Planung im Vorjahr. Die Veränderung bei den Verrechnungen ist darauf zurückzuführen, dass gegenüber dem Vorjahr im neuen IAFP die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) wieder vollumfänglich dem Strassenbaufonds zugewiesen wird.

	RE 2016	VA 2017	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	Vorjahr FP 2019	FP 2019	Diff.	Vorjahr FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021
3. Bildung und Kultur												
Aufwand	457.9	460.5	461.6	465.4	3.8	461.8	467.0	5.2	462.0	468.0	6.1	468.1
Ertrag	-63.2	-61.3	-59.9	-62.4	-2.5	-59.3	-62.0	-2.8	-58.8	-61.8	-3.0	-61.7
Verrechnungen	30.3	29.2	30.0	28.4	-1.6	30.0	28.3	-1.7	30.0	28.4	-1.7	28.4
Saldo	425.0	428.4	431.7	431.4	-0.3	432.5	433.3	0.8	433.2	434.6	1.4	434.8

Der Mehraufwand und der Mehrertrag in den Finanzplänen 2018 – 2020 im Vergleich zu den Vorjahresversionen ist vorwiegend auf steigende Schülerzahlen und entsprechend höherem Besoldungsaufwand sowie höhere Gemeindebeiträge im Heilpädagogischen Schulzentrum zurückzuführen (jeweils rund 3,0 Mio. Franken Aufwand und 2,1 Mio. Franken Ertrag).

Der restliche Mehraufwand in den Jahren 2019 und 2020 gegenüber den Vorjahresversionen ist hauptsächlich die Folge der Umsetzung der Informatikstrategie kantonale Schulen Sekundarstufe II (jeweils rund 0,9 Mio. Franken) und der Mietkosten des Museums Altes Zeughaus (jeweils rund 0,7 Mio. Franken).

4. Finanzdepartement	RE 2016	VA 2017	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2021
			FP 2018	FP 2018		FP 2019	FP 2019		FP 2020	FP 2020		
Aufwand	159.5	158.8	159.5	159.2	-0.3	160.8	161.0	0.2	161.9	166.0	4.1	167.4
Ertrag	-1'380.0	-1'398.9	-1'335.8	-1'444.4	-108.7	-1'334.7	-1'485.3	-150.6	-1'329.2	-1'487.5	-158.3	-1'495.8
Verrechnungen	13.5	20.6	10.4	21.2	10.8	9.0	21.0	12.1	7.5	20.4	12.9	20.2
Saldo	-1'206.9	-1'219.6	-1'165.9	-1'264.0	-98.1	-1'164.9	-1'303.3	-138.4	-1'159.8	-1'301.2	-141.4	-1'308.3

Der Mehrertrag ab 2018 ist vorwiegend auf höhere Erträge beim NFA-Ressourcenausgleich und bei den Steuereinnahmen zurückzuführen. Bei den Steuererträgen der natürlichen Personen geht man von einem moderaten Wachstum aus. Im neuen Finanzplan sind bei den Steuererträgen von natürlichen und juristischen Personen keine Auswirkungen der geplanten Steuervorlage 17 abgebildet. Aufwandseitig rechnet man mit steigenden Kosten beim Zinsendienst und im Informatikbereich. Letzteres im Zusammenhang mit der Realisierung von grösseren IT-Projekten.

5. Departement des Innern	RE 2016	VA 2017	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2021
			FP 2018	FP 2018		FP 2019	FP 2019		FP 2020	FP 2020		
Aufwand	1'023.5	1'001.3	970.5	1'068.0	97.5	982.6	1'096.9	114.3	991.4	1'119.7	128.3	1'145.7
Ertrag	-346.7	-348.6	-309.2	-350.9	-41.6	-311.6	-358.1	-46.4	-314.0	-365.4	-51.3	-372.7
Verrechnungen	2.1	2.9	2.3	2.7	0.4	2.3	2.7	0.4	2.3	2.9	0.6	2.9
Saldo	678.9	655.6	663.6	719.8	56.3	673.2	741.5	68.3	679.7	757.2	77.5	775.8

Die Gründe für den Mehraufwand von 56,3 Mio. Franken zwischen dem Finanzplan 2018 des Vorjahres und den aktuellen Finanzplanzahlen liegen in den Bereichen Gesundheitsversorgung 35,6 Mio. Franken (Spitalbehandlungen gemäss KVG 32,5 Mio. Franken), soziale Sicherheit 17,2 Mio. Franken (IPV 4,1 Mio. Franken, EL AHV 4,7 Mio. Franken, GB soziale Sicherheit 4,1 Mio. Franken, Behinderung 3,3 Mio. Franken) sowie öffentliche Sicherheit (Taggelder Strafvollzug 3,0 Mio. Franken). Hauptsächlicher Grund für die zusätzliche Erhöhung des Finanzplans 2019 (21,7 Mio. Franken) und 2020 (37,4 Mio. Franken) gegenüber dem Finanzplan 2018 sind die Spitalbehandlungen gemäss KVG im Jahr 2019 15 Mio. Franken resp. 25 Mio. Franken im Jahr 2020.

6. Volkswirtschaftsdepartement	RE 2016	VA 2017	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2021
			FP 2018	FP 2018		FP 2019	FP 2019		FP 2020	FP 2020		
Aufwand	227.7	234.7	239.7	234.9	-4.8	239.5	235.7	-3.8	239.5	236.1	-3.5	236.0
Ertrag	-147.2	-155.0	-161.9	-153.7	8.3	-163.2	-154.4	8.8	-164.6	-155.1	9.6	-155.3
Verrechnungen	-5.5	-3.9	-2.1	-4.5	-2.4	-0.7	-4.3	-3.7	0.8	-4.0	-4.8	-3.8
Saldo	75.0	75.8	75.7	76.8	1.1	75.6	77.0	1.3	75.7	76.9	1.3	76.9

Gründe für den Mehraufwand zwischen dem Finanzplan 2018 des Vorjahres und den aktuellen Finanzplankennzahlen sind ein höherer Beitrag an die Umsetzung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG-Beitrag 0,7 Mio. Franken) und ein neues Förderungsprogramm des Bundes bei der Energiefachstelle (0,25 Mio. Franken). Weiter gibt es saldoneutrale Anpassungen im Finanzausgleich und bei der Energiefachstelle.

7. Gerichte	RE 2016	VA 2017	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2021
			FP 2018	FP 2018		FP 2019	FP 2019		FP 2020	FP 2020		
Aufwand	24.9	24.3	24.4	24.2	-0.2	24.4	24.2	-0.2	24.4	24.2	-0.2	24.2
Ertrag	-7.6	-5.3	-5.3	-5.3	0.0	-5.3	-5.3	0.0	-5.3	-5.3	0.0	-5.3
Verrechnungen	2.6	2.7	2.6	2.7	0.1	2.6	2.7	0.1	2.6	2.7	0.1	2.8
Saldo	19.9	21.7	21.7	21.7	-0.1	21.7	21.7	-0.1	21.7	21.7	0.0	21.7

Der Finanzplan bleibt sich im Vergleich zu dem des Vorjahres mehr oder weniger gleich.

2.4.2. Investitionsrechnung

	RE 2016	VA 2017	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	Vorjahr FP 2019	FP 2019	Diff.	Vorjahr FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021
Total alle Departemente												
Ausgaben	158.9	167.1	196.0	189.5	-6.5	169.5	185.2	15.7	166.9	166.5	-0.4	166.1
Einnahmen	-32.4	-39.0	-37.2	-36.9	0.2	-31.2	-35.6	-4.4	-31.3	-31.5	-0.2	-31.4
Nettoinvestitionen	126.4	128.1	158.8	152.5	-6.3	138.3	149.6	11.3	135.7	135.0	-0.6	134.7

Die grösseren Veränderungen gegenüber dem Finanzplan des Vorjahres sind in den Details des Bau- und Justizdepartementes und des Finanzdepartementes erläutert.

Behörden und Staatskanzlei sowie die Gerichte führen keine Investitionsrechnung.

2. Bau- und Justizdepartement	RE 2016	VA 2017	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	Vorjahr FP 2019	FP 2019	Diff.	Vorjahr FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021
Ausgaben	138.2	144.6	173.4	164.0	-9.4	146.3	159.6	13.3	145.1	144.6	-0.6	146.6
Einnahmen	-27.6	-33.8	-32.0	-32.0	-0.1	-26.0	-30.8	-4.7	-26.1	-26.7	-0.6	-26.7
Nettoinvestitionen	110.6	110.8	141.5	132.0	-9.5	120.3	128.9	8.6	119.1	117.9	-1.2	119.9

Die Dynamik des Investitionsportfolios führt im Vergleich zum IAFP 2017-2020 zu geringeren Nettoinvestitionen. Trotz der intensiven Bauphasen der erwähnten Grossprojekte kann der Investitionsplafonds von jährlich 125 Mio. Franken, entsprechend dem Massnahmenplan 2013, über den Durchschnitt von 4 Jahren eingehalten werden.

3. Bildung und Kultur	RE 2016	VA 2017	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	Vorjahr FP 2019	FP 2019	Diff.	Vorjahr FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021
Ausgaben	3.7	2.2	2.2	1.7	-0.5	2.2	1.7	-0.5	2.2	1.7	-0.5	1.7
Einnahmen	-2.2	-2.0	-2.0	-1.5	0.5	-2.0	-1.5	0.5	-2.0	-1.5	0.5	-1.5
Nettoinvestitionen	1.6	0.2	0.2	0.2	0.0	0.2	0.2	0.0	0.2	0.2	0.0	0.2

Es ergeben sich keine Abweichungen.

4. Finanzdepartement	RE 2016	VA 2017	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	Vorjahr FP 2019	FP 2019	Diff.	Vorjahr FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021
Ausgaben	7.4	10.6	10.0	13.1	3.1	10.0	13.0	3.0	10.0	9.0	-1.0	6.5
Einnahmen	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	7.3	10.6	10.0	13.1	3.1	10.0	13.0	3.0	10.0	9.0	-1.0	6.5

Der erhöhte Investitionsbedarf resultiert aus Grossprojekten betreffend Fachanwendungen, die den „End of Life“ Zyklus erreicht haben und dringend abgelöst werden müssen. Insbesondere sind ab 2017 grössere Beträge für die neue Fachanwendung des Steueramtes enthalten.

5. Departement des Innern	RE 2016	VA 2017	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	Vorjahr FP 2019	FP 2019	Diff.	Vorjahr FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021
Ausgaben	3.4	2.8	3.7	4.3	0.7	4.4	3.5	-0.8	2.9	4.6	1.7	4.7
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	3.4	2.8	3.7	4.3	0.7	4.4	3.5	-0.8	2.9	4.6	1.7	4.7

Die Nettoinvestitionen des Ddi betreffen nur die Polizei Kanton Solothurn. Sie beinhalten im Finanzplan 2018 Investitionen in die elektronische Verkehrsüberwachung (0,7 Mio. Franken), die technische Infrastruktur (2,3 Mio. Franken), Material/Bauten (0,7 Mio. Franken) sowie Funkanlagen (0,6 Mio. Franken). Die Erhöhung in den Jahren 2020 und 2021 betreffen Investitionen in die Erneuerung Polycom (1,5 Mio. Franken).

6. Volkswirtschaftsdepartement	RE 2016	VA 2017	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	Vorjahr FP 2019	FP 2019	Diff.	Vorjahr FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021
Ausgaben	6.2	6.9	6.7	6.4	-0.3	6.7	7.4	0.7	6.7	6.7	0.0	6.7
Einnahmen	-2.7	-3.2	-3.2	-3.4	-0.2	-3.2	-3.3	-0.2	-3.2	-3.3	-0.1	-3.3
Nettoinvestitionen	3.6	3.7	3.5	2.9	-0.6	3.5	4.0	0.5	3.5	3.4	-0.1	3.4

Für 2018 fallen altrechtlich gesprochene Investitionsbeiträge an Schulhäuser weg (0,3 Mio. Franken); ein Beitrag nach altem Recht ist für 2019 noch geplant (0,7 Mio. Franken). Weiter werden bei Wald, Jagd und Fischerei neu auch Rückzahlungen von Darlehen ausgewiesen (0,2 Mio. Franken). Ab 2019 laufen bei der Landwirtschaft befristete Kürzungen aus dem Massnahmenplan 14 aus (0,4 Mio. Franken).

2.5. Eingeschränkte Handlungsautonomie

Langfristig gebundene Gelder

Viele finanzielle Ressourcen sind durch exogene Faktoren (vom Bund vorgegebene Vollzugsaufgaben oder Kooperationsverträge mit anderen Kantonen) teilweise oder vollständig über mehrere Jahre gebunden. Es stellt sich deshalb die Frage, was von den zuständigen Behörden des Kantons Solothurn direkt beeinflusst werden kann und worauf sich die internen Ressourcen zu richten haben.

Differenzierte Ressourcenbindung

Das Amt für Finanzen hat sämtliche Profitcenter / Globalbudgets nach dem Kriterium der Selbstbestimmung und Entscheidungsgewalt einer der vier folgenden Gruppen mit einem unterschiedlichen Grad der Handlungsautonomie zugeordnet:

- 1. hoch: Kanton Solothurn**, direkt beeinflussbare Gelder durch die kantonalen Behörden.
- 2. neutral: Spezialfinanzierungen** stellen eine gesetzliche Zweckbindung der Gelder dar.
- 3. geteilt: Kooperationen** mit anderen Kantonen oder Institutionen in denen die kantonalen Behörden die alleinige Entscheidungskompetenz abgegeben haben.
- 4. niedrig: Dritte** (Bund, Gemeinden). Der Kanton hat kaum Einflussmöglichkeiten.

Zusätzlich wurden die Profitcenter nach **Globalbudgets** und Finanzgrößen unterschieden. Die Dienststellen haben die Finanzanteile, welche sie nicht durch ihre

Leistung direkt beeinflussen können den **Finanzgrößen** zuzuweisen.

Die Zuteilung der einzelnen Profitcenter beinhaltet einen Ermessensspielraum. Damit entstehen acht Felder, welche den Grad der der Handlungsautonomie aufteilt.

Aufwand RE 2016 – 35% hoch beeinflussbar

Betrachtet man den Aufwand der Rechnung 2016 und teilt diesen prozentual diesen acht Feldern zu, ist festzustellen, dass 35% direkt durch die kantonalen Behörden gesteuert werden (8% GB Kanton + 26% FG Kanton).

Ertrag RE 2016 – 60% hoch beeinflussbar

Da der Kanton Steuern erheben kann, sind es beim Ertrag rund 60% des Gesamtertrages, welche eher langfristig (verzögerte Wirkung bei Steuererhöhung oder -senkung) veränderbar sind (49% FG Kanton + 11% GB Kanton).

Beurteilung und Konsequenz

Nach dem einmaligen Effekt der Ausfinanzierung der PKSO im Jahr 2015 ist es weiterhin so, dass die zuständigen Gremien des Kantons Solothurn direkt und eher kurzfristig maximal 35%-40% des Gesamtaufwandes (inklusive Finanzgrößen) beeinflussen können. Der Kanton kann jedoch einen deutlich höheren Anteil (55-60%) der Erträge direkt bestimmen.

Wesentliche Veränderungen RE 2016 zu FP 2021

in % zum Gesamtaufwand* und Ertrag

	Kanton Solothurn			Spezialfinanzierungen			Kooperationen mit anderen Kt. halbprivaten Instit.			Dritte Bund, Gemeinden, usw.		
	RE 16	FP 21	Diff.	RE 16	FP 21	Diff.	RE 16	FP 21	Diff.	RE 16	FP 21	Diff.
Finanzgrößen												
Aufwand	8%	7%	-1%	4%	5%	0%	12%	11%	-1%	39%	41%	2%
Ertrag	49%	45%	-4%	6%	6%	0%	3%	3%	0%	30%	34%	5%
Globalbudgets												
Aufwand	26%	26%	0%	1%	1%	0%	9%	9%	-1%	-1%	-1%	0%
Ertrag	11%	11%	0%	1%	1%	0%	2%	2%	0%	-1%	-1%	0%
Autonomie KTSO	hoch			neutral			geteilt			gering		
Aufwand RE 16	35%			5%			21%			38%		
Ertrag RE 16	60%			7%			5%			28%		

1 Behörden und Staatskanzlei

1.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie plant, unterstützt und koordiniert die Aufgaben von Regierung und Parlament und erbringt eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Departemente und die Öffentlichkeit.

Für folgende Bereiche werden eigene Globalbudgets geführt:

- Staatskanzlei (inkl. Staatsarchiv, Datenschutz, Medien, Legistik und Justiz)
- Parlamentsdienste (Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat)
- Drucksachen / Lehrmittelverlag

Der Staatskanzlei obliegt zudem die administrative Verantwortung für die Finanzen der kantonalen Behörden Regierungs- und Kantonsrat (Finanzgrößen ausserhalb der Globalbudgets).

1.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.7. Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren

1.7.3 Konzept für E-Government im Kanton Solothurn erstellen

1.8 Image des Kantons fördern

1.8.1 Förderung eines einheitlichen Erscheinungsbildes

1.3 Politische Ziele und Leistungen

Aus heutiger Sicht verändern sich Umfang und Kosten der Leistungen im Aufgabenbereich Behörden / Staatskanzlei im Planungszeitraum nur unwesentlich.

Durch ständige Angebotsoptimierung der im Internet zugänglichen Dokumente und Formulare (z.B. Regierungsratsbeschlüsse, amtliche Gesetzessammlung, Amtsblatt, Merkblätter und Musterschreiben Datenschutz etc.) wird auch in den kommenden Jahren die Bürgernähe der kantonalen Verwaltung gewährleistet; der Staatskanzlei obliegt dabei die Koordinationsfunktion für die Umsetzung der vom Regierungsrat im Februar 2012 verabschiedeten E-Government-Strategie des Kantons Solothurn. Das Ziel, das bisher erfolgreich auf Auslandschweizer ausgerichtete Pilotprojekt E-Voting – darunter wird das Abstimmen und Wählen per Internet verstanden – im Herbst 2015 mit erweitertem Elektorat weiterzuführen, konnte aufgrund eines negativen Bundesratsentscheids im August 2015 nicht erreicht werden; das aus 9 Kantonen bestehende Consortium vote électronique wurde in der Folge aufgelöst. Die Evaluation einer neuen technischen Lösung soll noch im laufenden Geschäftsjahr 2017 erfolgen.

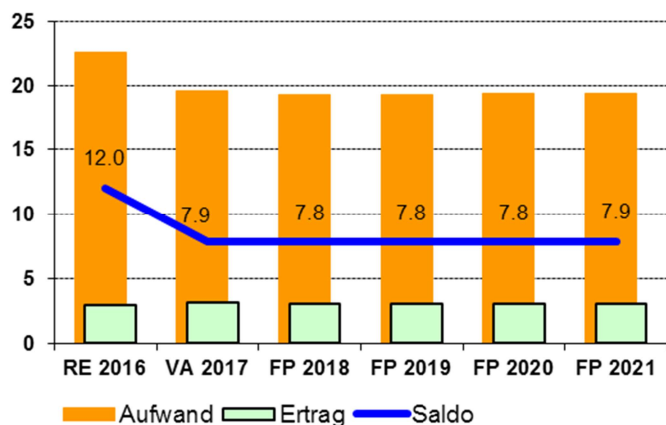
1.4 Massnahmen Behörden und Staatskanzlei

1444	Elektronische Archivierung					Ziel LP	-
	Einführung elektronischer Langzeitarchivierung digitaler Unterlagen					Beschluss	-
	Status	In Arbeit	Start-Datum	2. Mrz 2010	Soll-Termin	31. Dez 2016	
	Amt	Staatskanzlei					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
478	Zwischenbericht mit Grundsatzüberlegungen		31. Dez 2009	31. Aug 2009			
2941	Konzept		31. Dez 2016		Das Strategiepapier lag im Juni 2016 vor und konnte der Regierung im Rahmen eines Seminars vom 20. Sept. 2016 präsentiert werden. Ein RRB mit dem Auftrag zur Projektinitialisierung soll Anfang 2017 vorliegen.		

1432	Realisierung E-Voting						Ziel LP	-
	Möglichkeit zur einfachen Partizipation an Abstimmungen für Auslandschweizer schaffen						Beschluss	-
	Status	Abgebrochen	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2012		
	Amt	Staatskanzlei						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
474	Zusammenarbeitsverträge		30. Jun 2009	30. Jun 2009				
475	1. Phase für Auslandschweizer		31. Dez 2012	28. Nov 2010				
5093	Stimmregister Datentransfer		31. Dez 2013	31. Dez 2013	Pilotbetrieb mit 5 Solothurner Gemeinden für ein virtuelles Stimmregister VREG-GERES: Grundlagen sind erarbeitet. RG 082/2014 Gesetz über die Einwohnerregister- und die Stimmregisterplattform (GESP).			
5094	Erweitertes E-Voting System 2. Generation		31. Dez 2014	31. Dez 2014	RRB 2013/1030: Strategie Weiterentwicklung Vote électronique System.			
5636	NR-Wahlen mit E-Voting		18. Okt 2015		Erstmaliger E-Voting Versuch für Auslandschweizer bei Wahlen; Projektabbruch infolge Negativentscheid Bundesrat im Aug15.			
5095	2. Phase Inlandschweizer für Pilotgemeinden		28. Feb 2016		Projektabbruch vote électronique, Auflösung Consortium (9 Kantone).			
5125	Geschäftskontrolle GeverFutura						Ziel LP	-
	Ersatz der veralteten GEVER-Systeme Konsul, Ambassador und Kondor.						Beschluss	-
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Dez 2011	Soll-Termin	31. Dez 2014	Ist-Termin	20. Sep 2016
	Amt	Staatskanzlei						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5098	Migration übrige Prozesse		31. Mai 2015	31. Dez 2015	Amtschreibereien: Temporäre Umstellung auf das bewährte Übergangssystem Kondor, da die neue Lösung CMI Axioma die gestellten Anforderungen (noch) nicht erfüllen konnte.			
5126	Digitale Mikrofilmstelle						Ziel LP	-
	Beschaffung und Inbetriebnahme einer digitalen Mehrzweck-Mikrofilmstelle im Staatsarchiv						Beschluss	-
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2013	Soll-Termin	31. Dez 2013	Ist-Termin	31. Dez 2015
	Amt	Staatskanzlei					Kategorie	IT-Programm
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5100	Beschaffung und Einführung		1. Mrz 2015	22. Jun 2015	Mit RRB 2015/1024 erfolgte die Beschaffung eines Mikrofilm-Ausbelichters, welcher im Nov15 geliefert worden ist. Die zugehörige 50%-Stelle konnte im Dez15 mit Arbeitsbeginn Apr16 besetzt werden.			
5127	Relaunch Web so.ch						Ziel LP	-
	Aufbau einer neuen Website so.ch						Beschluss	RRB 2012/1677
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jul 2012	Soll-Termin	30. Jun 2014	Ist-Termin	31. Aug 2015
	Amt	Staatskanzlei					Kategorie	IT-Programm
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5103	Rollout neue Website		31. Jan 2015	21. Jan 2015				
5556	E-Voting 2018							
	Aufbau eines Systems für die flächendeckende Einführung von E-Voting im ganzen Kanton Solothurn							
	Status	In Arbeit	Start-Datum	3. Okt 2017	Soll-Termin	31. Dez 2018		
	Amt	Staatskanzlei					Kategorie	IT-Programm
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6280	Evaluation		31. Aug 2017					
6281	Beschluss Kantonsrat		30. Sep 2017					
6282	E-Voting für Auslandschweizer		4. Mrz 2018					
6283	E-Voting für Inlandschweizer Pilotgemeinden		23. Sep 2018					

Finanzen in Mio. Franken Behörden und Staatskanzlei

Erfolgsrechnung	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2012	FP 2021
Globalbudgets						
Aufwand	13.2	14.3	14.0	14.1	14.1	14.2
Ertrag	-2.9	-3.0	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9
Globalbudgetsaldo	10.3	11.3	11.2	11.2	11.2	11.3
Verrechnung	-6.4	-6.3	-6.1	-6.2	-6.2	-6.3
Saldo	3.9	5.1	5.0	5.0	5.0	5.1
Finanzgrössen						
Aufwand	9.4	5.3	5.3	5.3	5.3	5.3
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Verrechnungen	-1.1	-2.3	-2.3	-2.3	-2.3	-2.3
Saldo	8.1	2.8	2.8	2.8	2.8	2.8
Saldo total	12.0	7.9	7.8	7.8	7.8	7.9



In den Planjahren 2018-2021 sind die Nettoausgaben in den Globalbudgets plafoniert. Die Aufwandabweichung zwischen 2016 und 2017 ist auf den bewilligten Ausbau der Personalressourcen Staatsarchiv / Datenschutz sowie einmalig geringere Ausgaben für Drucksachen und Lehrmittel im 2016 zurückzuführen.

Bei den Finanzgrössen fällt in der Rechnung 2016 die einmalige Ausfinanzierung von 4,0 Mio. Franken an die Pensionskasse Kanton Solothurn für die Übernahme der Ruhegehaltsordnung Regierungsrat per 1.1.2016 ins Gewicht.

2 Bau- und Justizdepartement

2.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn setzt sich für Rahmenbedingungen ein, welche der Erhaltung der Lebensgrundlagen durch eine zielgerichtete, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen dienen. Er sorgt zudem für eine optimierte Verkehrsinfrastruktur, welche die Wohn- und Standortattraktivität erhöht. Dazu gehören die Planung und der Unterhalt des Kantonsstrassennetzes genauso wie die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Er arbeitet dabei eng mit den angrenzenden Kantonen zusammen, um eine optimale Koordination der grenzüberschreitenden Bewegungen für seine Einwohnerinnen und Einwohner zu erzielen.

Das Bau- und Justizdepartement ist besorgt für den Bau und den Unterhalt der kantonalen Liegenschaften. Der Justizbereich im Bau- und Justizdepartement beschränkt sich auf die administrative Zuständigkeit im Bereich der Strafverfolgung.

2.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.6 Bedarfs- und zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur erhalten bzw. aufbauen

1.6.1 Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr erhöhen

1.6.2 Umfahrung Olten realisieren

1.6.3 Grossräumige Verkehrsplanung

2.1 Attraktive Raumentwicklung nachhaltig

2.3 Politische Ziele und Leistungen

Die hohe Umweltbelastung infolge fortschreitender Bautätigkeit und wachsendem motorisiertem Verkehr erfordert weiterhin Schutzmassnahmen. Der mit den Abwanderungen aus den Agglomerationen zusammenhängende Pendlerverkehr stellt eine Herausforderung für die Raumplanung und die Verkehrsplanung dar. Neue Mobilitätsbedürfnisse müssen durch nachhaltige, aufeinander abgestimmte Massnahmen befriedigt werden. Die Veränderung des Modalsplits zugunsten des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs mit kostenneutralen Optimierungen sowie mit einer verstärkten Abstimmung der Siedlungsentwicklung auf das ÖV-Angebot wird angestrebt. Das Ziel soll insbesondere mit der Umsetzung der vom Bund mitfinanzierten Agglomerationsprogramme erreicht werden.

Die in den 60er und 70er Jahren (aus)gebauten Strassen werden durch die intensive Nutzung stark belastet. Nur mit gesteigerten Investitionen in die Werterhaltung kann der Nutzwert der Infrastruktur erhalten bleiben. Die Verkehrsplanung soll vermehrt regional und übergeordnet koordiniert erfolgen (vor allem im Gäu, im Niederamt und im Wasseramt). Die fortgeschrittenen Planungen und Projekte werden weitergeführt und nach Möglichkeit abgeschlossen (insbesondere die Verkehrslösung Klus, sowie der Anschluss H 18 Dornach).

Die Siedlungsentwicklung soll gestützt auf das revidierte Raumplanungsgesetz und den neuen kantonalen Richtplan an geeigneten Standorten und nach innen erfolgen und dem Kulturlandverlust Einhalt gebieten. Massnahmen: Siedlungen nach innen verdichten, Verfügbarkeit von Bauland erhöhen, unverbauete und naturnahe Landschaftsräume erhalten.

Als Kompensation des Verlustes von Kultur- und Naturraum sollen vermehrt naturnahe Lebensgrundlagen für Pflanzen und Tiere geschaffen werden. Die Massnahmen erfolgen namentlich im Rahmen des Mehrjahresprogramms Natur und Landschaft, der verstärkten Ökologisierung der Landwirtschaft, der Bewilligung von Grossprojekten (Ersatzmassnahmen), in der nächsten Generation der Ortsplanungen sowie mit gezielten Revitalisierungsprojekten von Gewässern gemäss Revitalisierungsplanung nach der Gewässerschutzgesetzgebung.

Die Finanzierung der Strasseninfrastruktur muss mit Blick auf die künftigen Herausforderungen überprüft werden.

Jahrhundertbauwerke wie die Flussverbauungen an Aare und Emme müssen erneuert werden. Lokale Engpässe bei den anderen Fliessgewässern sind nach Prioritäten zu beseitigen. Als Grundlage dienen

die Gefahrenkarten der Gemeinden.

Gefahren für Umwelt und Menschen aufgrund der nicht fachgerechten Abfallentsorgung in der Vergangenheit müssen weiter gebannt werden. Belastete Standorte und Altlasten sind nach Prioritäten zu sanieren (insgesamt ca. 200 Standorte in der Legislaturperiode). Die technischen Untersuchungen und Sanierungsprojekte sind zu genehmigen und zu begleiten.

2.4 Massnahmen Bau- und Justizdepartement

2948	Rechtliche Umsetzung Geoinformationsgesetzgebung des Bundes					Ziel LP	2.1.1	
	Rechtliche Umsetzung der Geoinformationsgesetzgebung des Bundes					Beschluss	RRB 2013/712	
	Status	Erledigt	Start-Datum	3. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Dez 2013	Ist-Termin	23. Apr 2013
	Amt	Departementssekretariat BJD						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
743	B+E		31. Dez 2013	23. Apr 2013	RRB (B+E) Nr. 2013/712 vom 23. April 2013			
3008	Teilrevision der Kantonalen Bauverordnung					Ziel LP	2.1.1	
	Teilrevision der Kantonalen BauverordnungÄnderung anderer Erlasse und Erfüllung parlamentarische Vorstösse					Beschluss	RRB 2012/1517	
	Status	Erledigt	Start-Datum	6. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Dez 2012	Ist-Termin	31. Dez 2012
	Amt	Departementssekretariat BJD						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
778	RRB B+E		31. Dez 2012	3. Jul 2012				
5234	Planungsausgleichsgesetz und Anschlussgesetzgebung RPG-Revision					Ziel LP	B.2.1.1	
	Planungsausgleichsgesetz und Anschlussgesetzgebung RPG-Revision					Beschluss	.	
	Status	In Arbeit	Start-Datum	25. Feb 2014	Soll-Termin	31. Dez 2017		
	Amt	Departementssekretariat BJD						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5803	Umsetzung Solaranlagen		31. Dez 2014	31. Dez 2014	erledigt 2014			
5805	B+E Planungsausgleichsgesetz (Vernehmlassungsvorlage)		31. Dez 2014	31. Dez 2014	erledigt			
5649	Stossrichtung Baulandverflüssigung		31. Dez 2014	31. Dez 2014	erledigt			
5808	Stossrichtungen möglicher Regelungen zum Ausgleich von Vor- und Nachteilen der Gemeinden im Zug der Umsetzung des revidierten RPG		31. Dez 2016	31. Dez 2016				
5806	B+E Planungsausgleichsgesetz		31. Dez 2017					
5807	B+E Revision PBG Baulandverflüssigung (Vernehmlassungsvorlage)		31. Dez 2017					
5235	Gesetz über die Erkundung und Nutzung des tiefen Untergrundes, GUB							
	Gesetz über die Erkundung und Nutzung des tiefen Untergrundes und von Bodenschätzen, GUB							
	Status	Sistiert	Start-Datum	1. Jan 2012	Soll-Termin	31. Dez 2016		
	Amt	Departementssekretariat BJD						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5651	B+E z. Hd. KR		31. Dez 2016		Die interne und externe Vernehmlassung wurde durchgeführt, ein entsprechender Bericht folgt. Das Projekt wurde infolge anderer Prioritäten zwischenzeitlich sistiert.			
1172	RADAV							
	Fertigstellung Dezember 2014					Beschluss	.	
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2014	Ist-Termin	31. Dez 2014
	Amt	Departementssekretariat BJD						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
2983	Vollendung RADAV		31. Dez 2014	31. Dez 2014				

5386	Neue Finanzierungsformen Verkehr prüfen					Ziel LP	B.1.1.1
	Haushaltgleichgewicht wieder herstellen und Handlungsspielraum zurück gewinnen						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2017		
Amt	Departementssekretariat BJD						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5652	Bericht an Regierung, Variantenentscheid	31. Dez 2014	15. Feb 2015				
5653	RRB Mitwirkungsvorlage	31. Dez 2015	21. Jun 2016				
5989	Vernehmlassung	1. Jun 2016	30. Sep 2016				
5654	B+E z. Hd. KR	31. Dez 2017					
5482	Revision GWBA					Ziel LP	B.2.3.2
	Revision des Gesetzes über Wasser Boden und Abfall						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2016	Soll-Termin	31. Dez 2017		
Amt	Departementssekretariat BJD						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5943	Vernehmlassung	31. Dez 2016	3. Feb 2017				
5942	RRB mit B+E zuhanden Kantonsrat	31. Dez 2017					
1180	Agglomerationsprogramme 1. Generation (Solothurn, Basel und Aareland)					Ziel LP	B.2.1.2
	Erarbeitung und Umsetzung Agglomerationsprogramme (1. Generation)					Beschluss	.
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2014	Ist-Termin	31. Dez 2014
Amt	Amt für Raumplanung						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
780	Plangenehmigung für die neuen Bahnhaltstellen Solothurn Brühl Ost und Bellach Grederhof	31. Aug 2012	28. Jun 2012	Solothurn Allmend; Bellach Grederhof: 22. Jan 2013; Eröffnung Ende 2013 auf Fahrplanwechsel 2014			
1494	Agglomerationsprogramme 2. Generation					Ziel LP	B.2.1.2
	Erarbeitung und Umsetzung Agglomerationsprogramme (2. Generation)					Beschluss	RRB 2015/268
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2014	Ist-Termin	24. Feb 2015
Amt	Amt für Raumplanung						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
487	Abschluss Leistungsvereinbarung	31. Dez 2014	24. Feb 2015	RRB Nr. 2015/268 vom 24. Februar 2015			
5387	Agglomerationsprogramme 3. Generation					Ziel LP	B.2.1.2
	Erarbeitung und Umsetzung Agglomerationsprogramme (3. Generation)						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2016		
Amt	Amt für Raumplanung						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5780	Massnahmen entwickeln	30. Jun 2015	30. Jun 2015				
5783	Vernehmlassung	31. Mai 2016	31. Mai 2016				
5784	RRB	30. Nov 2016	15. Nov 2016				
5785	Einreichung beim Bund	31. Dez 2016	15. Nov 2016	RRB Nr. 2016/1720 vom 27. Sept. 2016 (Basel) RRB Nr. 2016/1964 vom 15. Nov. 2016 (Aareland) RRB Nr. 2016/1965 vom 15. Nov. 2016 (Solothurn)			
1114	Agglomerationsprogramme: Rechtliche Ausgestaltung der Trägerschaft					Ziel LP	2.1.2
	Rechtliche Ausgestaltung der Trägerschaft					Beschluss	RRB 2012/2219
Status	Abgebrochen	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2013		
Amt	Amt für Raumplanung						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
769	Entscheid RR weiteres Vorgehen:	31. Dez 2011	13. Nov 2012	RRB 2012/2219; Projekt abgebrochen			

1184 Deponieplanung							
Deponieplanung						Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2017		
Amt	Amt für Raumplanung						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
541	Richtplananpassung	31. Dez 2008	31. Dez 2008				
1681	Richtplananpassung oberer Kantonsteil	31. Dez 2010	31. Dez 2010				
5087	Richtplananpassung unterer Kantonsteil	30. Jun 2014	31. Dez 2015	Bedarf nach Genehmigung Deponie Aebisholz, Oensingen, nicht ausgewiesen. Allenfalls zusätzliche Standortsuche nach Abschluss der Abfallplanung.			
770	Richtplananpassung Schwarzbubenland	31. Dez 2016		Standortsuche im Kanton BL nach Volksentscheid vorerst gescheitert.			
6239	Richtplananpassung	31. Dez 2017		Deponiestandort 'Typ B, Lungelen, Seewen'			
1202 Richtplangesamtüberprüfung						Ziel LP	B.2.1.1
Richtplanüberprüfung (RRB)						Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2017		
Amt	Amt für Raumplanung						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
489	Konzept für Richtplan-Gesamtüberprüfung	31. Dez 2010	31. Dez 2012				
772	Verwaltungsinternen Entwurf	30. Nov 2012	31. Mai 2012				
383	RRB, B+E, SGB	31. Dez 2012	18. Dez 2012				
773	Anhörung Behörden	31. Mai 2013	31. Mai 2013	Anhörung Gemeinden bis 31.05.2013 / 2. Anhörung zur Siedlungsstrategie der Gemeinden abgeschlossen; in KR am 10.03.2015			
5394	Öffentliche Auflage	24. Aug 2015	31. Okt 2015	Öffentliche Auflage ist erfolgt, Einwendungen werden aufgearbeitet. Einwendungsbericht liegt vor (21. Nov. 2016)			
5088	Richtplan Gesamtüberprüfung (Genehmigung RR)	31. Aug 2017		Beschwerdeverhandlungen: März/April 2017			
1204 Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt						Ziel LP	B.2.1.1
Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt						Beschluss	.
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2015	Ist-Termin	24. Sep 2014
Amt	Amt für Raumplanung						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5827	Entwurf Siedlungsstrategie	24. Sep 2014	24. Sep 2014				
2995 Testplanung Riedolz/Luterbach						Ziel LP	2.1.1
Testplanung Riedholz/Luterbach						Beschluss	.
Status	Erledigt	Start-Datum	6. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Dez 2013	Ist-Termin	31. Dez 2013
Amt	Amt für Raumplanung						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
775	Planungsrechtliche Umsetzung	31. Dez 2013		Umsetzung in räumlichen Teileitbildern ab 2013			
1206 Neubau Berufsbildungszentrum Solothurn						Ziel LP	B.1.3.2
Neubau Berufsbildungszentrum Solothurn						Beschluss	KRB 23.8.11
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2017		
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
539	Start Wettbewerb	31. Okt 2009	31. Dez 2009				
490	Vorprojekt	31. Dez 2010	30. Apr 2011				
757	RRB B+E (Kreditbeschluss)	30. Nov 2011	23. Aug 2011				
491	Realisierung	30. Jun 2016	16. Aug 2016				

Neubau Fachhochschule Olten						Ziel LP	B.1.1.2
Räumliche Erweiterung Fachhochschule Olten gemäss Ausbaugarantie FHNW-Kantone						Beschluss	KRB 27.8.08
Status	Erledigt	Start-Datum	4. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Mrz 2013	Ist-Termin	1. Mrz 2017
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine		Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6235	Bezug/Inbetriebnahme	13. Sep 2013		1. Jul 2013			

1149 Neubau Bürgerspital Solothurn						Ziel LP	B.3.2.3
Sanierung Bürgerspital Solothurn						Beschluss	KRB 20.3.12
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2006	Soll-Termin	31. Dez 2023		
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine		Ist-Termine	Nachweis/Planung		
348	Wettbewerb durchgeführt	31. Dez 2008		31. Dez 2008			
351	Vorprojekt	31. Dez 2009		30. Sep 2010			
349	RRB, B+E (Kreditbotschaft)	31. Dez 2010		31. Dez 2011			
753	Erneute Bedarfsüberprüfung und Projektoptimierung	31. Dez 2011		31. Dez 2011			
755	Volksabstimmung	17. Jun 2012	17. Jun 2012	Vorlage angenommen			
350	<i>Fertigstellung</i>	<i>31. Dez 2023</i>					

1133 Sanierung Kantonsschule Olten						Ziel LP	B.1.2.1
Sanierung Kantonsschule Olten						Beschluss	KRB 5.12.12
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2022		
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine		Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1247	RRB / B+E	31. Dez 2012		22. Okt 2012			
749	Fertigstellung Sanierung Kantonsschule Olten		31. Dez 2020				

5395 Sanierung und Umnutzung Rosengarten						
Umnutzung als Verwaltungsgebäude						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	31. Dez 2019	
Amt	Hochbauamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine		Ist-Termine	Nachweis/Planung	
	<i>Start Umbau</i>	<i>1. Jul 2017</i>				

5547 Neubau Parkhaus Kantonsspital Olten							
Neubau Parkhaus Kantonsspital Olten						Beschluss	KRB 8.12.10
Status	Erledigt	Start-Datum	6. Mrz 2011	Soll-Termin	30. Jun 2013	Ist-Termin	22. Apr 2013
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine		Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6236	Fertigstellung	30. Jun 2013		22. Apr 2013			

5549 Um- und Ausbau Kantonsspital Olten							
Um- und Ausbau Kantonsspital Olten						Beschluss	KRB 13.5.92
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	30. Jun 2014	Ist-Termin	30. Jun 2014
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine		Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6241	Fertigstellung Umgebung	30. Jun 2014		30. Jun 2014			

5548 Heilpädagogische Sonderschulen - Übernahme Immobilien

Übernahme Immobilien Heilpädagogische Sonderschulen						Beschluss	KRB 28.8.13
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jul 2013	Soll-Termin	31. Dez 2015	Ist-Termin	31. Dez 2015
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6237	Fertigstellung	31. Dez 2014	31. Dez 2015				

1120 Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt "Schöngrün"

Realisierung bis 2012						Beschluss	.
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2014	Ist-Termin	31. Dez 2014
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6240	Fertigstellung Umbauten	31. Dez 2014	31. Dez 2014				

2969 Umbau Museum Altes Zeughaus

Umbau Museum Altes Zeughaus						Ziel LP	B.3.4
Status	Erledigt	Start-Datum	6. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Dez 2016	Beschluss	KRB 7.5.13
Amt	Hochbauamt						
						Ist-Termin	17. Jun 2016
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
762	Wettbewerb	31. Dez 2011	31. Dez 2011				
763	RRB B+E	31. Dez 2012	29. Jan 2013				
764	Fertigstellung	17. Jun 2016	17. Jun 2016				

5130 Neubau Justizvollzugsanstalt "im Schache"

Zusammenlegung der Strafanstalt Schöngrün						Beschluss	KRB 4.3.09
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2011	Soll-Termin	31. Dez 2016	Ist-Termin	31. Dez 2016
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
328	RRB B+E	31. Dez 2008	31. Dez 2008				
329	Volksbeschluss	31. Dez 2009	27. Sep 2009				
751	RRB B+E Zusatzkredit	31. Mrz 2011	22. Mrz 2011				
330	Realisierung Neubau	30. Jun 2014	30. Jun 2014	Am 1. Juli 2014 in Betrieb genommen			
752	Fertigstellung Umbauten		31. Dez 2014				
5991	Betriebsoptimierungen und redundante Stromerschliessung	31. Dez 2016	31. Dez 2016				

5238 Neubau Untersuchungsgefängnis

Neubau Untersuchungsgefängnis (RRB, B+E)						Ziel LP	C.3.4.2
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2022	Soll-Termin	31. Dez 2025	Beschluss	.
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5823	Baubeginn	1. Jan 2022					

1155 Olten, Entlastung Region Olten

Entlastung Region Olten, Fertigstellung						Ziel LP	B.1.6.2
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2021	Beschluss	2TK.00342/KRB
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
356	Baubeginn	31. Dez 2008	31. Aug 2008				
357	Inbetriebnahme	31. Dez 2013	24. Apr 2013				
358	Bauabrechnung	31. Dez 2021					

5157	Kienberg, Saalstrasse, Gesamtsan. Phase 1				Ziel LP	B.1.6
	Gesamtsanierung Saalstrasse Kienberg inkl. Kunstbauten Phase 1				Beschluss	3TK.01075/KRB
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mrz 2014	Soll-Termin	31. Dez 2018	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5400	Baubeginn	1. Mrz 2014	17. Mrz 2014			
5401	Inbetriebnahme	31. Dez 2017				
5403	Bauabrechnung	31. Dez 2018				

5145	Mümliswil-Ramiswil, Passwangstrasse, Phase 1				Ziel LP	B.1.6
	Mümliswil-Ramiswil u. Beinwil, Passwangstr. Nord, Gesamtsanierung Phase 1				Beschluss	3TK.01076/KRB
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2020	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5404	Vorarbeiten	1. Jun 2015	1. Jun 2015	Steinschlagschutz / Schutzwaldholzerei		
5821	Baubeginn	1. Mrz 2016	1. Mrz 2016			
5406	Inbetriebnahme	31. Dez 2019				
5414	Bauabrechnung	31. Dez 2020				

5148	Eppenberg-Wöschnau, SBB-Überführung				Ziel LP	B.1.6
	Erneuerung SBB-Überführung Schachenstrasse Eppenberg-Wöschnau				Beschluss	3TK.01146/KRB
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2015	Soll-Termin	31. Dez 2018	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5411	Baubeginn	1. Aug 2015	1. Mrz 2015			
5412	Inbetriebnahme	30. Sep 2018				
5413	Bauabrechnung	31. Dez 2018				

Kienberg, Saalstrasse, Gesamtsan. Phase 2					Ziel LP	B.1.6
Gesamtsanierung Saalstrasse Kienberg inkl. Kunstbauten Phase 2						
Status	In Arbeit		Start-Datum	1. Apr 2018	Soll-Termin	31. Dez 2021
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5953	Baubeginn		1. Apr 2018			
5954	Inbetriebnahme		31. Dez 2020			
5955	Bauabrechnung		31. Dez 2021			

5486	Mümliswil-Ramiswil, Passwangstrasse, Phase 2				Ziel LP	B.1.6
	Mümliswil-Ramiswil u. Beinwil, Passwangstr. Nord, Gesamtsanierung Phase 2					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Apr 2019	Soll-Termin	31. Dez 2024	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5956	Vorarbeiten	1. Jan 2017		Schutzwald- / Sicherheitswaldholzerei Neuhüsli		
5957	Baubeginn	1. Apr 2019				
5958	Inbetriebnahme	31. Dez 2023				
5959	Bauabrechnung	31. Dez 2024				

5487	Olten, Bahnhofplatz	Ziel LP	B.1.6
	Masterplan Bahnhof erstellen		
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2016 Soll-Termin 31. Dez 2025
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5960	Vorprojekt	1. Mrz 2017	
5961	Bauprojekt	31. Dez 2019	
5962	Inbetriebnahme	1. Mrz 2024	
5963	Bauabrechnung	31. Dez 2025	

	Derendingen, Hauptstr. Umgestaltung	Ziel LP	B.1.6
	Sanierung		
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mrz 2018 Soll-Termin 31. Dez 2021
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5964	Baubeginn	1. Mrz 2018	

5488	Dornach, Zubringer Dornach/Aesch an die H18	Ziel LP	B.1.6
	Umfahrung		
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2019 Soll-Termin 1. Jan 2026
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5965	Vorprojekt	18. Okt 2013	18. Okt 2013
5966	Bauprojekt	31. Dez 2020	
6257	Inbetriebnahme	1. Jan 2025	
6258	Bauabrechnung	1. Jan 2026	

5490	Balsthal, Verkehrsentslastung Klus (Erschliessungsplan)	Ziel LP	B.1.6
	Balsthal, Verkehrsentslastung Klus		
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jun 2021 Soll-Termin 31. Dez 2025
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5969	Planerische Vorabklärungen	30. Jun 2010	
5970	Mitwirkungsverfahren	1. Jun 2015	31. Dez 2015
5971	Bauprojekt	1. Jun 2016	
5973	Öffentliches Planungs- und Genehmigungsverfahren	1. Sep 2017	
5974	Finanzierungsvorlage	1. Jun 2019	
5975	Ausführungsprojekt	31. Dez 2020	
5976	Baubeginn	1. Jun 2021	

5475	Entlastung Solothurn West		
	Vollendung der Entlastung Solothurn West		
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2003 Soll-Termin 31. Dez 2015
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6242	Bauabrechnung/Kreditabrechnung		31. Dez 2015

5489	Solothurn, Sanierung Stadtmist				Ziel LP	B.2.3.2
	Sanierung Stadtmist					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2024
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5967	Optimale Sanierungsvariante	15. Okt 2016				
5968	Vorprojekt	15. Okt 2016		Die Totalunternehmenssubmission wurde erfolgreich abgeschlossen. Betreffend Finanzierung der Realisierung sind Verhandlungen mit dem Bundesamt für Umwelt im Gange.		
5972	Realisierungsbeginn	1. Jul 2018				
5319	Zuchwil Luzernstrasse, Instandsetzung SBB-Überführung Aarmatt				Beschluss	3TK.1078
	Instandsetzung					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2017
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5948	Baubeginn	1. Jan 2014	1. Jan 2014			
5949	Inbetriebnahme	30. Nov 2015	30. Nov 2015			
5950	Bauabrechnung	31. Dez 2017				
5150	Riedholz, Wilihofbrücke				Ziel LP	B.1.6
	Sanierung					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mrz 2014	Soll-Termin	31. Dez 2017
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5659	Baubeginn	1. Mrz 2014				
5660	Inbetriebnahme	30. Nov 2015				
5952	Bauabrechnung	31. Dez 2017				
5155	Vorgezogene Hochwasserschutzdämme Aare				Ziel LP	2.3.1
	Vorgezogene Hochwasserschutzmassnahmen an der Aare					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2017
	Amt	Amt für Umwelt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1505	Planung Dammbauten 1. Priorität	30. Jun 2012	30. Jun 2012	Abgeschlossen		
2978	Realisierung Dammbauten 1. Priorität	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Die Arbeiten an den Teilstücken Gretzenbach, Niedergösgen und Schönenwerd wurden 2015 abgeschlossen. Die Teilstücke Dulliken, Obergösgen und Däniken wurden im Verlaufe des Jahres 2016 fertiggestellt.		
6247	Nacharbeiten und Bauabrechnung	31. Dez 2017		Die Erledigung eines Garantiefalles sowie die Schlussabrechnung stehen aus.		
5156	Hochwasserschutz und Revitalisierung Aare				Ziel LP	2.3.1
	Hochwasserschutz- und Revitalisierungsmassnahmen an der Aare zwischen Olten und Aarau					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2019
	Amt	Amt für Umwelt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
498	Planung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	31. Dez 2012	31. Dez 2012	KRB vom 26.02.2013, SGB 198/2012		
765	Volksabstimmung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	9. Jun 2013	9. Jun 2013	Verpflichtungskredit vom Volk am 9. Juni 2013 angenommen		
499	Realisierung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	31. Dez 2018		Nach Erledigung der Beschwerden vor Verwaltungsgericht befinden sich die Bauarbeiten auf Kurs. Die Ausführung des 3. Loses steht kurz vor Abschluss.		
6248	Nacharbeiten und Bauabrechnung	31. Dez 2019				

5152	HWS und Revit. Emme, Biberist-Gerlafingen					Ziel LP	2.3.1
	Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme Biberist-Gerlafingen					Beschluss	VB 07.03.2010
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	30. Sep 2017		
Amt	Amt für Umwelt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
1502	Planung Biberist / Gerlafingen	31. Okt 2010	31. Okt 2010	Volksbeschluss 7. März 2010			
493	Realisierung Biberist / Gerlafingen	30. Jun 2013	30. Jun 2013	Die Realisierung ist abgeschlossen, es stehen Garantie- und Nacharbeiten aus.			
5655	Nacharbeiten und Abschluss Bauabrechnung	30. Sep 2017		Erfolgskontrolle, Abschlussbericht Umweltbaubegleitung und kleinere Optimierungsarbeiten in Arbeit.			

5153	Planung HWS und Revit. Emme ab Wehr Biberist					Ziel LP	2.3.1	
	Vorprojekt Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aaremündung					Beschluss	KRB 03.11.2010	
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2016	Ist-Termin	28. Feb 2016
	Amt	Amt für Umwelt						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
494	Planung Wehr Biberist - Aare		30. Jun 2015	30. Jun 2015				
5092	Volksabstimmung Wehr Biberist - Aare		28. Feb 2016	28. Feb 2016	Mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 83% hat das Solothurner Stimmvolk dem vorgelegten Projekt zugestimmt.			

5154	Realisierung Projekt Emme ab Wehr Biberist					Ziel LP	2.3.1
	Realisierung Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aaremündung					Beschluss	VB 28. Feb 2016
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2016	Soll-Termin	31. Dez 2022		
Amt	Amt für Umwelt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
495	Realisierung Wehr Biberist - Aare	31. Dez 2022		Mit den ersten Arbeiten wurde anfangs März 2016 begonnen. Spatenstich: 8. April 2016			
6251	Sanierung Deponien abgeschlossen	30. Jun 2018					
6252	Wasserbau abgeschlossen	31. Dez 2022					
6253	Nacharbeiten und Bauabrechnung	31. Dez 2024					

1182	Schwermetallsanierung Schiessanlagen					Ziel LP	B.2.3.2
	Schwermetallsanierung Schiessanlagen					Beschluss	.
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2007	Soll-Termin	31. Dez 2024	
	Amt	Amt für Umwelt					
Nr.	Meilensteine			Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
373	Einbau Kugelfänge			31. Dez 2013	31. Dez 2013	Abgeschlossen	
5656	B+E z. Hd. KR (gesetzliche Grundlage)			31. Dez 2017		Der Bundesgerichtsentscheid zur Finanzierung Bund liegt vor.	
5657	Abschluss der Sanierungsarbeiten			31. Dez 2032			

5242	Energiekonzept					Ziel LP	B.2.2.1
	Erarbeitung und Umsetzung des Energiekonzepts des Kantons Solothurn					Beschluss	RRB 2011/1285
Status	Erledigt	Start-Datum	14. Jun 2011	Soll-Termin	31. Dez 2014	Ist-Termin	23. Jun 2014
Amt	Amt für Umwelt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5395	Ausarbeitung Energiekonzept	30. Jun 2014	23. Jun 2014	Das neue Energiekonzept wurde mit RRB Nr. 2014/1110 vom 23. Juni 2014 genehmigt.			
5396	Umsetzung Energiekonzept	31. Dez 2014	23. Jun 2014	Der Vollzug zur Umsetzung des Energiekonzepts erfolgt dezentral in der ordentlichen Verwaltungsorganisation.			

5483	Hochwasserschutz und Revitalisierung Dünnern					Ziel LP	B.2.3.1
	Vorstudien, Planung, Projektierung und Realisierung von Hochwasserschutz- und Revitalisierungsmassnahmen entlang der Dünnern					Beschluss	KRB 08.12.2015
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2016	Soll-Termin	31. Dez 2026	
	Amt	Amt für Umwelt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5944	Vorstudie Oensingen-Oberbuchsiten		31. Dez 2016	28. Feb 2017	Die Vernehmlassung zur Vorstudie wurde begonnen.		
5945	Projektierung Herbetswil		30. Sep 2018				
5946	Baubeginn Herbetswil		31. Mrz 2019				
5947	Realisierung und Abschluss Herbetswil		31. Dez 2020				
6254	Projektierung Oensingen-Oberbuchsiten		31. Dez 2021				
6255	Baubeginn Oensingen-Oberbuchsiten		1. Jan 2022				
6256	Realisierung und Abschluss Oensingen-Oberbuchsiten		31. Dez 2026				

3018	Innenrestaurierung der St. Ursen-Kirche			Ziel LP	.	
	Innenrestaurierung der St. Ursen-Kirche nach Brandfall, mit denkmalpflegerischen Beiträgen des Kantons			Beschluss	.	
	Status	Erledigt	Soll-Termin	6. Mrz 2011	Ist-Termin	30. Sep 2012
	Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
779	Innenrestaurierung der St. Ursen-Kirche	30. Sep 2012	30. Sep 2012			

1190	Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Sakralbauten Stadt Solothurn				
	Publikation			Beschluss	.
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin 31. Dez 2017
	Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
378	Publikation	31. Dez 2017			

1143	Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des				Ziel LP	.	
	Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des Kantons				Beschluss	.	
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2006	Soll-Termin	31. Dez 2013	
	Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie				Ist-Termin	1. Dez 2013
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
343	Projektarbeiten gemäss Plan	31. Dez 2013	1. Dez 2013	Im Dezember 2013 sind die ersten Wohnungen bezogen worden. Die Sanierung ist abgeschlossen.			

5120	Archäologische Ausgrabungen Stadttheater Solothurn				Ziel LP	.
	Ausgrabungen, archäologische Untersuchungen				Beschluss	.
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jun 2013	Soll-Termin	1. Jun 2014
	Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie				Ist-Termin
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5647	Abschluss der Ausgrabungen	1. Jun 2014	1. Jun 2014	Die Ergebnisse wurden im aktuellen Jahresbericht 2014 publiziert.		

5484	Restaurierung Stadtkirche Olten			
	Innen- und Aussenrestauration			
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jun 2016
			Soll-Termin	31. Dez 2018
	Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5990	Abschluss Aussenrestauration	31. Dez 2017		
6259	Abschluss Innenrestauration	31. Dez 2018		

5550 Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Stadt Olten

Publikation

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2018** Soll-Termin **31. Dez 2027**Amt **Amt für Denkmalpflege und Archäologie**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
-----	--------------	--------------	-------------	------------------

6260	Publikation	31. Dez 2027		
------	-------------	--------------	--	--

5551 Dauerausstellung Archäologie im Haus der Museen in Olten

Ausstellungserneuerung

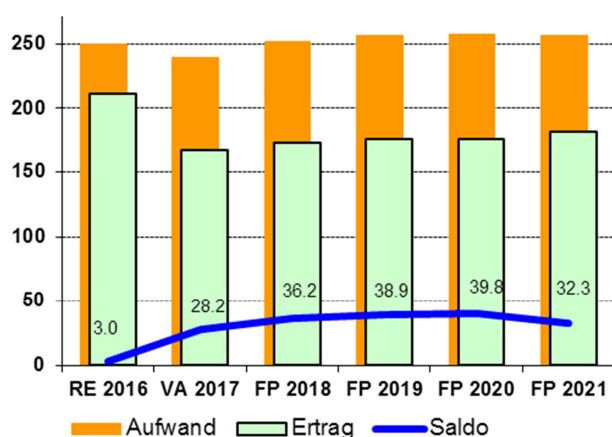
Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2017** Soll-Termin **31. Dez 2019**Amt **Amt für Denkmalpflege und Archäologie**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
-----	--------------	--------------	-------------	------------------

6261	Ausstellungseröffnung	30. Nov 2019		
------	-----------------------	--------------	--	--

Finanzen in Mio. Franken vom Bau - und Justizdepartement

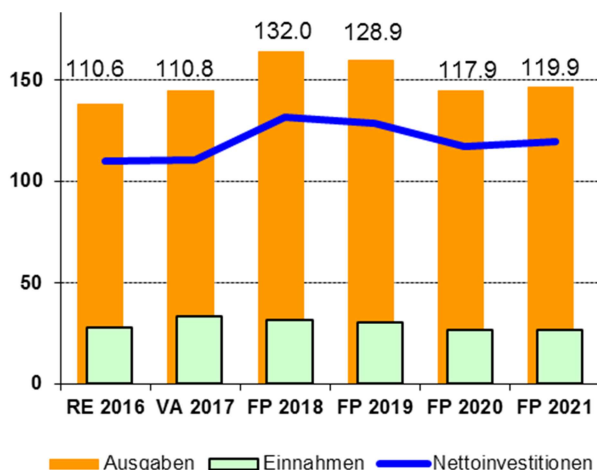
Erfolgsrechnung	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2012	FP 2021
Globalbudgets						
Aufwand	168.6	170.8	172.3	173.7	173.9	174.6
Ertrag	-58.4	-54.2	-55.3	-55.6	-55.6	-55.8
Globalbudgetsaldo	110.2	116.6	117.0	118.1	118.3	118.8
Verrechnungen	-31.3	-32.2	-32.2	-32.2	-32.1	-32.1
Saldo	78.9	84.4	84.8	85.9	86.2	86.7
Finanzgrössen						
Aufwand	81.1	68.2	79.6	82.8	83.7	81.7
Ertrag	-152.6	-113.8	-118.4	-120.1	-120.3	-126.3
Verrechnungen	-4.3	-10.5	-9.9	-9.8	-9.7	-9.7
Saldo	-75.8	-56.2	-48.7	-47.0	-46.4	-54.4
Saldo total	3.0	28.2	36.2	38.9	39.8	32.3



Mit der Umsetzung der Massnahmenpläne 2013 und 2014 steigen die Saldi in den Globalbudgets leicht über das Niveau der Rechnung 2016 und entsprechen praktisch dem Voranschlag 2017. Die geringe Erhöhung des Aufwandes - bedingt durch unvermeidbare, verschiedene kleinere Ausgaben und im Personalaufwand durch den automatischen Erfahrungsstufenanstieg - wird ausgeglichen durch weitere Einsparungen und leicht engeres Budgetieren.

Die Veränderungen entstehen durch organisatorische Veränderungen (Spitalliegenschaften, ÖV) und das Wegfallen eines einmaligen Buchgewinnes (Verkauf Schöngrün-Areal). Weiter konnte der Planungsstand bei der Sanierung der Kugelfänge und der Stadtmistdeponien konkretisiert werden.

Investitionsrechnung	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2012	FP 2021
Total						
Ausgaben	138.2	144.6	164.0	159.6	144.6	146.6
Einnahmen	-27.6	-33.8	-32.0	-30.8	-26.7	-26.7
Nettoinvestitionen	110.6	110.8	132.0	128.9	117.9	119.9
Einzelne Nettoinvestitionen						
Hochbau: Spitalbauten	40.7	44.7	50.0	49.0	49.5	39.5
Hochbau: Bildungsbauten	35.7	31.3	42.8	35.3	27.2	42.4
Hochbau: Motorfahrzeugkontrolle	0.4	3.2	3.6	6.0	2.3	0.0
Kantonsstrassenbau	30.3	28.0	31.0	33.0	35.0	35.0
Öffentlicher Verkehr	0.6	-0.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Umwelt: Wasserbau	0.1	0.0	0.0	0.4	0.5	0.5

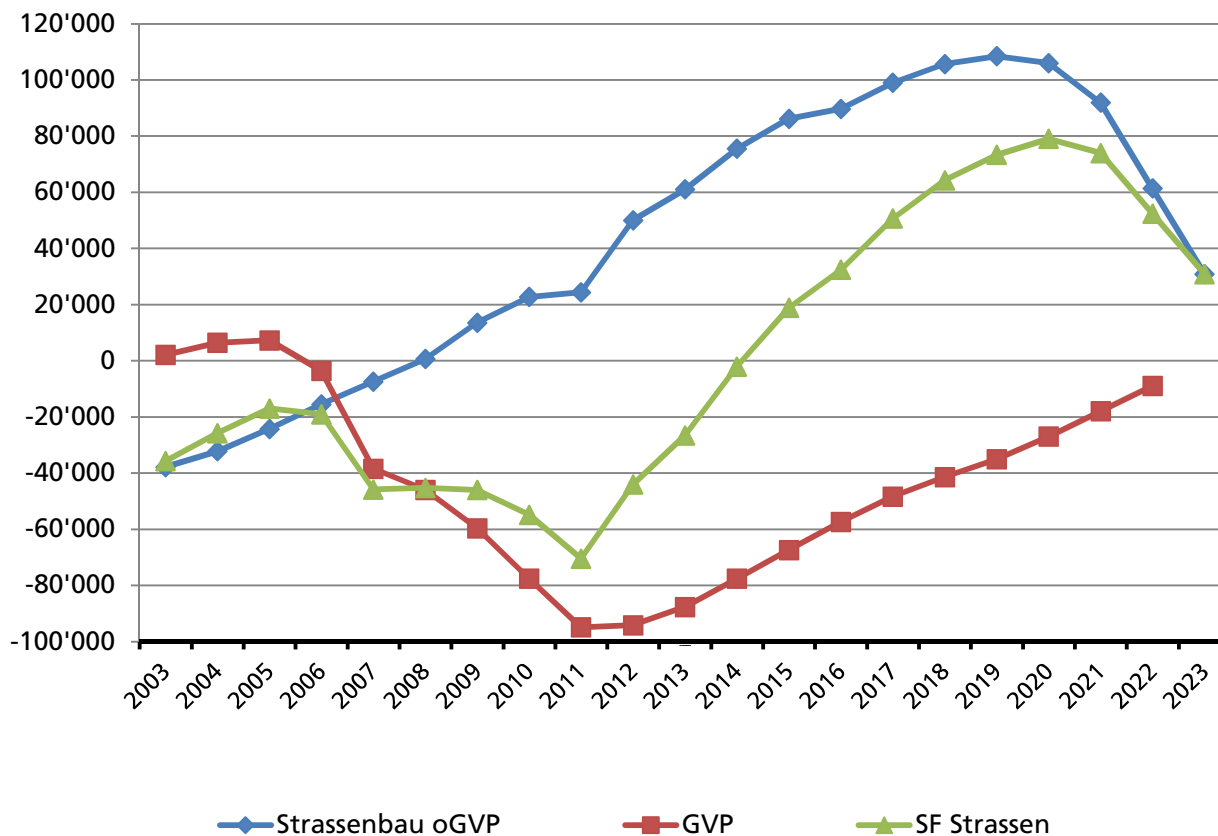


Durch die intensive Bauphase des Bürgerspitals Solothurn und der gleichzeitigen Sanierung der Kantonsschule Olten erhöhen sich die Nettoinvestitionen für 2018 um ca. 22 Mio. Franken. Trotzdem kann die Investitionsplanförierung von jährlich 125 Mio. Franken im Durchschnitt über 4 Jahre eingehalten werden. Neue, grössere Kantonsstrassenprojekte (Dornach, Klus Balsthal, Autobahnanschlüsse Egerkingen und Oensingen) werden frühestens ab 2020 realisiert.

Entwicklung Strassenbaufonds

Stand Finanzierung GVP 2003-2023

in Tausend Franken, Stand 13.03.2017



Die prognostizierten Werte sind nach dem heutigen Wissensstand übernommen, somit ist beispielsweise auf der Einnahmenseite eine moderate Erhöhung des Ertrages aus der Motorfahrzeugsteuer berücksichtigt.

Die Regierung hat im Massnahmenplan 2013 die Plafonierung der Investitionen im BJD von 125 Mio. Franken beschlossen. Grosse bewilligte Vorhaben wie z.B. der Spitalneubau, verbunden mit der Plafonierung der Investitionen, haben zur Folge, dass grössere anstehende Kantonsstrassenprojekte frühestens ab 2020 realisiert werden können. Somit ist in der obigen Darstellung ein weiterer Infrastrukturausbau erst ab 2020 berücksichtigt. Dieser beinhaltet die Vorhaben Dornach, Klus Balsthal und die Autobahnanschlüsse Egerkingen und Oensingen inkl. Entlastung Oensingen. Die Entwicklung des Strassenbaufonds ab 2020 wird somit u.a. von den dann zumal baureifen und finanzrechtlich bewilligten Infrastrukturausbauten abhängen.

Stand Finanzierung Gesamtverkehrsprojekte Solothurn / Olten (GVP)

Zur Finanzierung der Projekte „Solothurn, Entlastung West“ und „Entlastung Region Olten“ wird auf den Steuern für Motorfahrzeuge ein Zuschlag von 15% erhoben. Der Zuschlag entfällt, wenn die dem Kanton anfallenden Projektkosten durch den Zuschlag gedeckt, spätestens aber nach 20 Jahren, d.h. im Jahr 2022.

Gemäss den neusten Prognosen wird der Zuschlag bis ins Jahr 2022 knapp nicht genügen, um die Gesamtverkehrsprojekte zu finanzieren (Unterdeckung von rund 9 Mio. Franken).

3 Departement für Bildung und Kultur

3.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Departement für Bildung und Kultur mit seinen Schulen und Ämtern sorgt dafür, dass sich die Bildung in einem wandelnden Umfeld nach den Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Schülerin, des einzelnen Schülers und den Ansprüchen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat richtet. Volksschule, Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen sollen die gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnisse aufnehmen und entsprechend weiter entwickelt werden. Das Bildungsangebot soll dabei möglichst landesweit harmonisiert werden.

Die Chancengerechtigkeit (Equity) während der Ausbildung soll gewahrt bleiben. Das Bildungsangebot soll allen Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert. Der Übergang Schule/Berufswelt soll weiter verbessert werden.

Der Kanton bietet eine Vielzahl von Bildungsangeboten an. Vollumfänglich in der kantonalen Zuständigkeit sind die Angebote der Sonderpädagogik und der Sekundarstufe II. Kindergarten, Volksschule und Musikschulen sind kommunale Aufgaben, welche vom Kanton massgeblich subventioniert werden. Die Bildungsangebote der Tertiärstufe werden vom Kanton teils geführt, teils mit Schulgeldern mitfinanziert.

Mit dem Aufgabenbereich Kultur wird die kulturelle Vielfalt im Kanton projektorientiert gefördert und das Kulturerbe gepflegt. In diesen Aufgabenbereich fallen auch die Kontakte zu den staatlich anerkannten Landeskirchen, welche mit Staatsmitteln gefördert werden. Unsere Aktivitäten im Bereich Jugend und Sport, den Schulsport und allgemeine Bewegungsförderung unterstützen eine gesunde Freizeitaktivität.

3.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.2 Qualität der Bildung auf allen Stufen sichern

- 1.2.1 Zweckmässige Infrastruktur für die kantonalen Schulen sichern
- 1.2.2 Qualität der gymnasialen Bildung sichern

1.3 Bildungsbarrieren abbauen und Bildungspotenziale fördern

- 1.3.1 Berufliche Qualifikation Erwachsener fördern (Nachholbildung)
- 1.3.2 Duales Berufsbildungssystem stärken (Kantonsratsbeschluss SGB 188/2013 PB 01)

1.4 Interkantonale Zusammenarbeit und Harmonisierung auf allen Stufen verstärken

- 1.4.1 Lehrplan 21 einführen
- 1.4.2 Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz
- 1.4.3 Zugang zur Höheren Berufsbildung sichern

3.4 Kulturelle Vielfalt pflegen

- 3.4.1 Zentralbibliothek Solothurn (ZBS) infrastrukturell und konzeptionell stärken

3.3 Politische Ziele und Leistungen

Veränderte Bedürfnisse der Gesellschaft (zunehmende Mobilität der Bevölkerung, wachsender Anteil Fremdsprachiger, veränderte Familienstrukturen) erfordern diverse Anpassungen im Schulbereich. Dazu zählen insbesondere:

- landesweite Harmonisierung der Schulstrukturen und Bildungsinhalte,
- weitere Verbesserung des Übergangs Schule / Berufswelt.

Diese notwendigen Anpassungsmassnahmen sind mitunter verantwortlich für den steigenden Kostenbedarf im Aufgabenbereich der Bildung. Mit der Einführung der Schülerpauschalen konnte der indirekte Finanzausgleich abgeschafft werden, was zu einer Kostentransparenz führte. Die Steuerung des Bildungssystems muss aufgrund der Wirksamkeit weiter entwickelt werden (Vergleichbarkeit der Schulen herstellen/Einführung von Leistungsmessungen [Checks]). Der zweite Bildungsbericht Schweiz

wurde vorgelegt. Er ist ein Produkt des langfristig angelegten Bildungsmonitorings, das Bund und Kantone in Ausführung von Artikel 61 a Absatz 1 der Bundesverfassung lanciert haben. Ziel ist ein Bildungsmonitoring, das Erkenntnis- und Datenlücken weiter schliesst und damit den politischen Entscheidungsträgern faktengestützte Grundlagen liefert für die Weiterentwicklung des Bildungsbereichs und ihre Investitionen in das Bildungswesen.

Die Ziele der Fachhochschule Nordwestschweiz sind im vierkantonalen Leistungsauftrag festgehalten. Dieser läuft am 31.12.2017 aus. Gegenwärtig wird ein neuer Leistungsauftrag erarbeitet. Die Fachhochschule erstattet jährlich zuhänden des Kantonsrates Bericht.

Der hohe Stellenwert des Breitensportes und der Bewegungsförderung ist erkannt. Die Sportfachstelle erfüllt im Rahmen von Jugend und Sport Vollzugs- und Koordinationsaufgaben, die auf Bundesebene durch das Sportförderungsgesetz geregelt werden. Das Gesetz wurde erneuert und auf den 1.10.2012 in Kraft gesetzt. Darin wurde u. a. das Jugend und Sport Alter auf 5 bis 20 Jahre festgelegt. Zusätzlich wollen wir deshalb den Breitensport verstärkt fördern und suchen die aktive Zusammenarbeit mit den Gemeinden (lokale Bewegungs- und Sportnetze), Schulen (freiwilliger Schulsport), Sportvereinen und anderen Organisationen im Rahmen der subsidiären Projektmitfinanzierung.

Das umgebaute Museum Altes Zeughaus wurde am 17.6.2016 wiedereröffnet. Es soll ein attraktives und zeitgemässes Museum werden, das im ganzen Kanton und darüberhinaus bekannt ist. Damit eine unternehmerische Betriebsführung möglich wird, wurden Aufgaben, Kompetenzen, Verantwortung und Budgethoheit vereinigt. Das Museum wurde per 1.1.2017 in eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit umgewandelt.

Im Oktober 2015 ist das Projekt "Neuer Finanzausgleich Kirchen im Kanton Solothurn" gestartet (RRB Nr. 2015/1512 vom 22.9.2015). Unter dem Vorsitz der Volkswirtschaftsdirektorin Frau Regierungsrätin Esther Gassler entwickeln Vertreter der Kirchen und des Kantons Modelle zur Neugestaltung des Finanzausgleichs. Der Bericht sollte im 2017 vorliegen. Die gesetzlich und konkordatär festgelegten und heute ausgerichteten Staatsbeiträge an die drei Landeskirchen betragen insgesamt rund 1,0 Mio. Franken jährlich.

3.4 Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

714	Bildungsraum Nordwestschweiz				Ziel LP	B.1.4.2.
	Bildungsraum Nordwestschweiz: mit den Partnerkantonen AG, BL, BS werden nationale und regionale Projekte gemeinsam umgesetzt; B+E				Beschluss	RRB 2013/483
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2018
	Amt	Volksschulamt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5888	Erstmalige flächendeckende Durchführung der Checks S3.	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Die Checks S3 wurden erstmalig durchgeführt.		
6214	Projektfortführung gemäss Projektplan	31. Dez 2017				
6215	Flächendeckende Einführung der Checks (P3, 3. Primarschulklasse, P6, 6. Primarschulklasse, S2, 2. Sekundarschulklasse, S3, 3. Sekundarschulklasse)	31. Dez 2018				
696	HarmoS				Ziel LP	B.1.4
	HarmoS: EDK-Bildungsstandards (2.,6.,9.Klasse). Konkordatsbeitritt ab 2008. Leistungsvergleiche der Schulen.				Beschluss	RRB 2009/2450
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2017
	Amt	Volksschulamt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5889	Überprüfung Grundkompetenzen in Mathematik 3. Sek.	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Die Grundkompetenzen in Mathematik 3. Sek wurden überprüft. Die Ergebnisse werden im nationalen Bildungsbericht 2017 veröffentlicht.		
6203	Überprüfung Grundkompetenzen Sprache 6. Klasse.	31. Dez 2017				

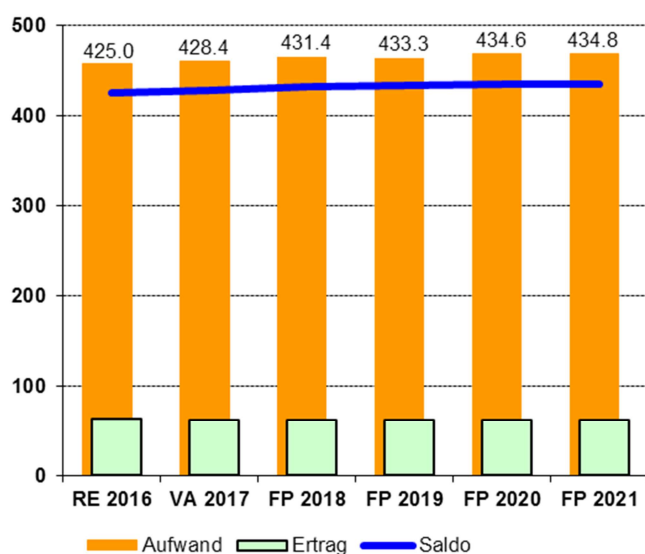
702	Spezielle Förderung (bis 2015 unter der Bezeichnung Integration geführt)						
Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, deren Förderung im Regelklassenunterricht allein nicht erbracht werden kann, mit Massnahmen der Speziellen Förderung.					Beschluss	RRB 2011/227	
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2007	Soll-Termin	1. Aug 2018		
Amt	Volksschulamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5893	Vereinfachung bei den Abläufen Regionale Kleinklassen.	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Das Zuweisungsverfahren aus der Konzept Regionale Kleinklassen 2014 (RKK-Konzept) wurde in administrativer Hinsicht vereinfacht. Die Verfügungspraxis für die Verweildauer wurde ebenfalls vereinfacht geregelt.			
6210	Projektfortführung gemäss Projektplanung.	31. Dez 2017					
5573	Neuer Schulversuch bis zum 1.8.2018 gem. KRB Nr. AD 195/2013 vom 11.12.2013.	1. Aug 2018					
986	Lehrplan 21				Ziel LP	B.1.4.1	
Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan für die obligatorische Volksschule der deutschsprachigen Schweiz. Einführung und Weiterbildung der Lehrpersonen. Ziele: Verbesserung der Sek-II-Anschlüsse, Abbau von Mobilitätsschranken.					Beschluss	RRB 2010/931	
Status	In Arbeit	Start-Datum	4. Feb 2010	Soll-Termin	31. Jul 2018		
Amt	Volksschulamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5890	Die Schulleitungen werden in den Lehrplan 21 eingeführt.	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Schulleitungen wurden zum Lehrplan 21 weitergebildet. Sie wurden befähigt, bereits vorhandene Kompetenzen in ihren Schulen zu erfassen.			
6212	Erste Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrpersonen werden durchgeführt.	31. Dez 2017					
5743	Weiterbearbeitung gemäss kantonaler Planung	31. Jul 2018					
722	Überprüfung der Neugestaltung des konfessionell neutralen Religionsunterrichts						
Religiöse Bildung: Der Kanton Solothurn wird auf Wunsch der SIKO überprüfen, wie der schulische, konfessionell neutrale Religionsunterricht neu gestaltet werden kann. Ob sich daraus eine Revision des Lehrplanes ergeben wird, ist noch offen.					Beschluss	Eingabe SIKO	
Status	Sistiert	Start-Datum	9. Dez 2009				
Amt	Amt für Volksschule und Kindergarten						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6216	Projektfortführung gemäss Projektplanung.	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Die Kompetenzen der religiösen Bildung werden vorerst nicht eingeführt.			
5543	Sonderpädagogik						
Neue Angebotsplanung Sonderpädagogik ab 2020.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	31. Dez 2019		
Amt	Volksschulamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6217	Start der Erarbeitung einer neuen Angebotsplanung Sonderpädagogik	1. Aug 2017					
6218	Plafonierung der Anzahl gesprochener Integrativen Sonderpädagogischen Massnahmen (ISM-Lektionen) auf max. 700 Wochenlektionen (Stand Januar 2017 sind es knapp 740 Wochenlektionen).	1. Okt 2017					
5546	Förderung Kinder im Vorschulalter						
Projekt mit vier Pilotgemeinden zur Deutschförderung vor dem Kindergarten.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	31. Jul 2021		
Amt	Volksschulamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6229	Erster Jahrgang beginnt im August 2017.	31. Aug 2017					

5469	Beschaffung der kantonalen Schulverwaltungssoftware Projekt KASCHUSO					Ziel LP	B.1.2
	Ersatz der bestehenden Schulverwaltungssoftware durch eine neue, technisch aktuelle. Die neue Software soll als einzige strategische Schulverwaltungssoftware für alle kantonalen Schulen im AIO betrieben werden.					Beschluss	SGB 194/2014
	Status	In Arbeit	Start-Datum	16. Dez 2014	Soll-Termin	31. Dez 2017	
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen				Kategorie	keine
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5892	Stufenweise Einführung der neuen Schulverwaltungssoftware bei den Kantonsschulen und den Berufsbildungszentren.	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Die beiden Kantonsschulen arbeiten erfolgreich im KASCHUSO. Die Einführung in den beiden BBZ wurde gestartet und wird im 2017 abgeschlossen sein.			
6204	Erfolgreiche Migration und Einführung an Berufsbildungszentren ist abgeschlossen.	31. Dez 2017					
5544	Informatikstrategie kantonale Schulen Sekundarstufe II						
	Umsetzung der Informatikstrategie Sekundarstufe II (ISDS) mit den Handlungsfeldern 'Sicherheitskonzept' und 'Bring Your Own Device (BYOD) und Infrastruktur Vorgaben'					Beschluss	RRB 2017/xxxxx
	Status	In Arbeit	Start-Datum	21. Mrz 2017	Soll-Termin	31. Jul 2021	
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6219	Etablierung der neuen Organisation zur Führung und Koordination der gemeinsamen Informatik.	31. Mai 2017					
6221	Nutzungsreglement Bring Your Own Device (BYOD) erarbeiten.	31. Mrz 2018					
6220	Rahmenkonzept für den ISDS Informatikstrategie Sekundarstufe II) für die Schulen der Sekundarstufe II erarbeiten.	31. Mrz 2018					
720	Geschichte des Kantons Solothurn im 20. Jahrhundert						
	Geschichte des Kantons Solothurn im 20. Jahrhundert bearbeiten.					Beschluss	RRB 2005/160
	Status	In Arbeit	Start-Datum	9. Dez 2009	Soll-Termin	31. Dez 2017	
	Amt	Amt für Kultur und Sport					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5711	Überarbeitung der Manuskripte.	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Die Manuskripte werden redaktionell überarbeitet und lektoriert.			
203	Die Drucklegung beginnt im Frühjahr 2017; Vernissagetermin ist 31.10.2017.	31. Dez 2017					
716	Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus						
	Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus Neugestaltung der Dauerausstellung, Umbau und Innensanierung.					Beschluss	RRB 2015/993
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	30. Jun 2016	Ist-Termin 30. Jun 2016
	Amt	Amt für Kultur und Sport					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5895	Das vollständig erneuerte Museum wird am 17.6.2016 eröffnet.	17. Jun 2016	17. Jun 2016	Das Museum wurde am 17.6.2016 wiedereröffnet. Das Gesetz über Kulturförderung wurde geändert,sodass das MAZ ab 1.1.2017 verselbständigt werden konnte. Der Regierungsrat hat der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2017-2020 zugestimmt (RRB Nr. 2016/2079).			

724	Zentralbibliothek Solothurn (ZBS)					Ziel LP	B.3.4.1
	Investitionen sind zu ermöglichen (Sanierungen, Digitalisierung, Ergänzung Magazinrakt) und es ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Stufe Trägerschaft zwischen Kanton, Region und Stadt Solothurn sicherzustellen.					Beschluss	SGB 118/2013
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Aug 2005	Soll-Termin	31. Dez 2017	
	Amt	Amt für Kultur und Sport					
Nr.	Meilensteine			Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5896	Neues Führungsmodell wird erarbeitet. Die Arbeiten für die Grobplanung Erweiterungsbauten ab Sommer 2017 sind gestartet.			31. Dez 2016	31. Dez 2016	Seit Juli 2016 wird die ZBS von einer Direktorin geführt. Das Projekt «Gesamtsanierung und Aufstockung» der ZBS ist beim Kanton in der Mehrjahresplanung «Hochbau» als Grossprojekt enthalten mit Start 2020 und Ende 2024.	
6205	Abschluss der Leistungsvereinbarungen mit der Stadt Solothurn und den Regionsgemeinden (Repla). Das Projekt RFID-basierte Ausleihe mit Selbstverbuchung durch Benutzende soll Ende 2017 umsetzungsreif sein.			31. Dez 2017			

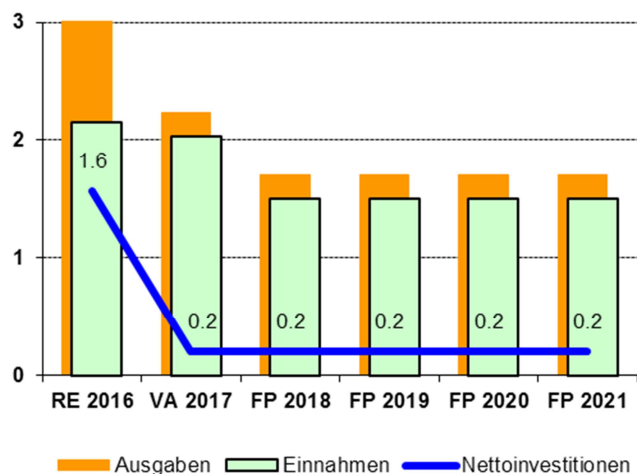
Finanzen in Mio. Franken Departement für Bildung und Kultur

Erfolgsrechnung	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Globalbudgets						
Aufwand	212.8	217.6	220.7	220.8	221.3	221.3
Ertrag	-55.5	-53.6	-54.9	-54.7	-54.4	-54.3
Globalbudgetsaldo	157.3	164.0	165.8	166.1	166.9	167.0
Verrechnungen	30.0	29.0	28.4	28.3	28.4	28.4
Saldo	187.3	193.0	194.2	194.5	195.2	195.4
Finanzgrössen						
Aufwand	245.1	243.0	244.7	246.2	246.8	246.7
Ertrag	-7.7	-7.8	-7.5	-7.4	-7.4	-7.4
Verrechnungen	0.3	0.3	0.1	0.0	0.0	0.0
Saldo	237.7	235.5	237.2	238.9	239.4	239.4
Saldo total	425.0	428.4	431.4	433.3	434.6	434.8



Der Anstieg ab 2017 ist hauptsächlich auf steigende Schülerzahlen im Heilpädagogischen Schulzentrum zurückzuführen.

Investitionsrechnung	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Total						
Ausgaben	3.7	2.2	1.7	1.7	1.7	1.7
Einnahmen	-2.2	-2.0	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Nettoinvestitionen	1.6	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Einzelne Nettoinvestitionen						
Stipendien	-0.4	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2



Im 2016 wurden Investitionen im Zusammenhang mit der Erneuerung der Dauerausstellung Museum Altes Zeughaus getätigt. Das führte zu höheren Ausgaben und Nettoinvestitionen.

4 Finanzdepartement

4.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Finanzdepartement ist einerseits für die Ressourcen verantwortlich. Die Querschnittsämter im Finanz-, Informatik- und Personalbereich sind interne Dienstleister für die ganze Verwaltung. Sie nehmen Beratungs- und Koordinationsaufgaben wahr. Andererseits werden im Finanzdepartement Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne durch das Steueramt und die Amtschreibereien erledigt. Administrativ dem Finanzdepartement zugehörig sind die Finanzkontrolle und das Amtschreiberei-Inspektorat, welche Aufsichtsfunktionen ausüben. Alle Dienststellen werden mit Globalbudget und Leistungsauftrag geführt.

Innerdepartementale Koordination:
Departementssekretariat

Dienststellen mit Querschnittsaufgaben:
Personalamt, Amt für Finanzen, Amt für Informatik und Organisation

Dienststellen mit Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne:
Kantonales Steueramt, Amtschreibereien

Administrativ unterstellte Dienststellen mit Aufsichtsfunktion:
Kantonale Finanzkontrolle, Amtschreiberei-Inspektorat

Folgende finanzielle Grössen werden im Finanzdepartement geführt:
Bundesanteile, Vermögenserträge, Zinsendienst, Abschreibungen, Rückstellungen und kantonale Steuern.

4.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.4. Nachhaltige Finanzpolitik

1.4.1 Eigenkapital und somit Handlungsspielraum erhalten

4.3 Politische Ziele und Leistungen

Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes kann trotz der beiden Massnahmenplänen 2013 und 2014 nach der vorliegenden Planung nicht erreicht werden, weitere Anstrengungen werden in den nächsten Jahren notwendig sein. Das liegt einerseits daran, dass weitere Kostensteigerungen im Gesundheits- und Sozialbereich

in den IAFP 2018 - 2021 aufgenommen werden mussten. Andererseits sind im Massnahmenplan 2014 auch Massnahmen enthalten, welche sich wohl auf die Erhaltung des freien Eigenkapitals, nicht aber auf die Erfolgsrechnung auswirken. Zudem umfasste das ursprüngliche Massnahmenpaket ein Verbesserungspotential von 150 Mio. Franken von denen bis im Jahr 2018 schlussendlich rund 110 Mio. Franken realisiert werden können.

In den nächsten Jahren zeichnen sich weitere Risiken für den Finanzhaushalt des Kantons ab. Im vorliegenden IAFP 2018 – 2021 sind die zurzeit noch ungewissen finanziellen Auswirkungen der neuen Steuervorlage 17 nicht berücksichtigt. Diese dürften aber erheblich sein und auch den NFA-Ressourcenausgleich ab 2022 nachhaltig beeinflussen.

Um das Eigenkapital und den finanziellen Handlungsspielraum zu erhalten, muss die bewährte vorsichtige Finanzpolitik der letzten Jahre beibehalten werden. Der Kanton Solothurn wurde durch die Ratingagentur Standards & Poor erneut mit dem sehr guten Rating „AA +“ bewertet. Dies trotz den verschlechterten Finanzaussichten. Um dieses Rating halten zu können, ist der Kanton zu einer restriktiven Finanzpolitik gezwungen.

4.4 Massnahmen Finanzdepartement

5358 Ruhegehaltsordnung Regierungsrat

Anpassen der Ruhegehaltsordnung an die neue Rechtsgrundlage.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2014** Soll-Termin **1. Jan 2016** Ist-Termin **1. Jan 2016**
 Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5596	RRB und KRB	30. Jun 2015	30. Jun 2015	Der Kantonsrat hat der Gesetzesvorlage am 8. Dezember 2015 zugestimmt (RG 150/2015).
5597	Inkrafttreten	1. Jan 2016	1. Jan 2016	Das Gesetz tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

5218 Totalrevision Gebührentarif

Totalrevision des Gebührentarifs. Den Aufbau des Gebührentarifs neu strukturieren und wo erforderlich Gebührenanpassungen vornehmen.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **1. Jan 2016** Ist-Termin **30. Jun 2016**
 Amt **Departementssekretariat FD+ASI** Kategorie **MP 2014**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5334	Entwurf Gebührentarif	30. Jun 2015	30. Sep 2015	Umfrage bei den Departementen erfolgt und Eingaben in Gebührentarif aufgenommen.
5335	RRB und KRB	31. Mrz 2016	31. Mrz 2016	Der Kantonsrat hat der Gesetzesvorlage am 8. März 2016 zugestimmt (RG 0025/2016)
5336	Inkrafttreten	30. Jun 2016	15. Jul 2016	Das Gesetz tritt am 15. Juli 2016 in Kraft.

5220 Ablösung Grundbuch-Anwendung

Die heutige Grundbuch-Anwendung ISOV GB V5 soll mit einer neuen Software abgelöst werden, die sich auf dem Markt bewährt hat und die sowohl die Vorgaben des Bundes als auch unsere Bedürfnisse abdeckt. Beschluss -

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jul 2012** Soll-Termin **30. Jun 2015** Ist-Termin **31. Dez 2015**
 Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5580	Systemabnahme	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Per 31.12.2014 wurde die Systemabnahme vom Projektausschuss bestätigt.
5581	Realisierung Erweiterungen	30. Jun 2015	31. Dez 2015	Die bestellten Softwarekomponenten wurden ausgeliefert.

5222 Ressort Betreibungen von Steuerschulden

Die Zusammenarbeit zwischen Betreibungsamt und Steueramt überprüfen und allenfalls neu organisieren, mit dem Ziel den Betreibungserfolg von Steuerschulden zu erhöhen.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2012** Soll-Termin **31. Dez 2015** Ist-Termin **31. Dez 2016**
 Amt **Departementssekretariat FD+ASI** Kategorie **MP 2013**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5349	Zusammenarbeit BA und KSTA neu regeln	31. Mrz 2014	30. Jun 2014	Arbeitsgruppe hat Prozesse überprüft und Pilotbetrieb vorbereitet.
5623	Zwischenbericht und Umsetzungsentscheid	30. Sep 2014	31. Dez 2014	Entscheid über Fortführung des Pilotbetriebs.
5624	Erfolgskontrolle	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Die angepassten Prozesse haben sich bewährt, funktionieren einwandfrei und werden entsprechend fortgeführt.

5553 Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn

Anpassung der gesetzlichen Grundlage auf der Grundlage des Gutachtens Gächter.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2017** Soll-Termin **1. Jan 2018**
 Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6266	Entwurf B+E	31. Mrz 2017		
6267	RRB und KRB	30. Jun 2017		
6268	Inkrafttreten	1. Jan 2018		

5554 Teilrevision WoV-Gesetz

Anpassen des WoV-Gesetzes zu verschiedenen Themen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2017** Soll-Termin **1. Jan 2018**Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6269	Entwurf B+E	31. Mrz 2017		
6270	RRB und KRB	30. Sep 2017		
6271	Inkrafttreten	1. Jan 2018		

5116 Massnahmenplan 2013

Ziel LP B.1.1.1

Geeignete Massnahmen in der gesamten Verwaltung erarbeiten um den Finanzhaushalt der nächsten Jahre zu entlasten.

Beschluss -

Status **Erledigt** Start-Datum **30. Jun 2013** Soll-Termin **31. Mrz 2017** Ist-Termin **31. Mrz 2017**Amt **Amt für Finanzen**Kategorie **MP 2013**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5979	Berichterstattung im GesB 2015	31. Mrz 2016	31. Mrz 2016	Berichterstattung im Geschäftsbericht vorgenommen.
6278	Berichterstattung im GesB 2016	31. Mrz 2017		

5445 Massnahmenplan 2014

Ziel LP B.1.1.1

Geeignete Massnahmen in der gesamten Verwaltung erarbeiten um den Finanzhaushalt der nächsten Jahre zu entlasten.

Status **In Arbeit** Start-Datum **30. Jun 2014** Soll-Termin **31. Mrz 2018**Amt **Amt für Finanzen**Kategorie **MP 2014**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5977	Berichterstattung im GesB 2015	31. Mrz 2016	31. Mrz 2016	Berichterstattung im Geschäftsbericht vorgenommen.
6279	Berichterstattung im GesB 2016	31. Mrz 2017		

5168 Gemeinderegister GERES Plattform

Aufbau und Betrieb eines kantonalen Einwohnerregisters (enthaltend Personenregister, Voterregister, Adressregister).

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **31. Dez 2016** Ist-Termin **31. Dez 2016**Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5770	Adressregister (Betrieb)	31. Mrz 2015	31. Dez 2015	Produktivbetrieb aufgenommen.
5771	Aufbau Testumgebung	31. Mrz 2016	31. Dez 2015	
5356	Einführungsentscheid Firmenregister	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Firmenregister wird eingeführt. Projektorganisation und -ablauf nach HERMES als eigenständiges Projekt zu GERES.
5774	Projektabschluss GERES	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Projektorganisation wurde aufgelöst und Berechtigungsausschuss installiert. Anschlussprojekte zur Erweiterung von GERES werden als eigenständige IT-Projekte geführt.

5415 SAP Redesign

Aufsetzung und Bereinigung aller SAP-Module auf neues System. Umsetzung in zwei Lose:
Human Resources (HR) und Finanzen, Logistik, Basis (Finanzen + Basis)

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **31. Dez 2018**
Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
	Ausschreibung externer Partner	30. Sep 2015	30. Sep 2015	Mit RRB 2015/1404 und 2015/1403 vom 8. September 2015 wurde die beiden Teilaufträge vergeben.
5775	Konzept HR	31. Mrz 2016	31. Mai 2016	Konzeptphase für HR konnte erfolgreich abgeschlossen werden.
5776	Realisierung HR	30. Sep 2016	30. Sep 2016	Die Realisierung konnte fristgerecht abgeschlossen werden.
5936	Einführung HR	1. Jan 2017	1. Jan 2017	Das Modul HR konnte termingerecht in Betrieb genommen werden.
5937	Konzept Finanzen + Basis	31. Mrz 2017		
6264	Teilprojekt eDossier	30. Sep 2017		
6265	Teilprojekt eRecruiting	30. Sep 2017		
5938	Realisierung Finanzen + Basis	31. Dez 2017		
5939	Einführung Finanzen + Basis	1. Jan 2018		
5940	Einführung Kreditorenworkflow	31. Dez 2018		

5228 Teilrevision Steuergesetz (2015)

Teilrevision des Steuergesetzes zur Umsetzung des Bundesrechts. Lotteriegewinne, Pauschalbesteuerung sowie Aus- und Weiterbildungskosten.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **1. Jan 2016** Ist-Termin **1. Jan 2016**
Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5373	Kantonsratsbeschluss	30. Jun 2015	30. Jun 2015	Kantonsrat hat Revision mit RG 0017/2015 am 23. Juni 2015 verabschiedet.
5375	Inkrafttreten	1. Jan 2016	1. Jan 2016	Die Gesetzesänderung tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

5363 Totalrevision Katasterschätzung

Eine Totalrevision der Katasterschätzung durchführen mit dem Ziel eine rechtsgleiche, bundesrechtskonforme Bewertung von Liegenschaften zu erreichen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2014** Soll-Termin **1. Jan 2020** Kategorie **MP 2014**
Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5625	Datenerhebung	31. Mrz 2015	31. Mrz 2015	Datenerhebung wurde abgeschlossen.
5626	Konzept für Neubewertung	30. Jun 2017		Aufgrund umfangreicher Daten sowie zusätzlicher Abklärungen und Verhandlungen mit Interessengruppen verzögert sich die Teilrevision.
5627	Vernehmlassungsentwurf	30. Sep 2017		
5628	B+E an Kantonsrat	31. Mrz 2018		
5629	Kantonsratsbeschluss	30. Jun 2018		
5630	Volksabstimmung	31. Mrz 2019		
5631	Inkrafttreten	1. Jan 2021		

5478 SOTAXX neue Steuersoftware

Die bestehende Steuerlösung INES muss abgelöst werden. Evaluation einer Standardlösung, welche die geforderten Anforderungen erfüllt und anschliessend Realisierung, Migration und Produktivbetrieb.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **31. Dez 2020**
 Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5941	Ausschreibung	31. Dez 2015	31. Dez 2015	Ausschreibung erfolgt, zwei Lieferanten haben Offerten eingereicht.
5980	Zuschlagsentscheid mittels RRB	30. Jun 2016	30. Jun 2016	Mit RRB 2016/750 vom 26. April 2016 wurde der Auftrag vergeben.
5981	Kreditbewilligung durch KR	30. Sep 2016	8. Nov 2016	Der Kantonsrat hat dem Verpflichtungskredit für die Ersatzbeschaffung am 8. November 2016 zugestimmt (SGB 0130/2016).
5982	Vertragsabschluss mit Lieferanten	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Der Dienstleistungsvertrag konnte mit dem Lieferanten unterzeichnet werden.
5983	Projektstart Kickoff	10. Apr 2017		
6262	Testumgebung aufgebaut	30. Jun 2018		
6263	Konzeptphase beendet	31. Dez 2017		
5984	Produktivbetrieb aufnehmen	1. Jan 2020		

5491 Unternehmenssteuerreform III

Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III (USR III) im Kanton Solothurn.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2016** Soll-Termin **1. Jan 2019** Ist-Termin **12. Feb 2017**
 Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5987	Einsetzen Arbeitsgruppe Kanton und Gemeinden	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen und Konzepte für die Umsetzung der USR III erarbeitet.
5988	Senkung Steuerfuss Juristische Personen	1. Jan 2017	1. Jan 2017	Im Rahmen des Voranschlags 2017 wurde der Steuersatz für Juristische Personen von 104% auf 100% gesenkt.

5417 Desktop 2016

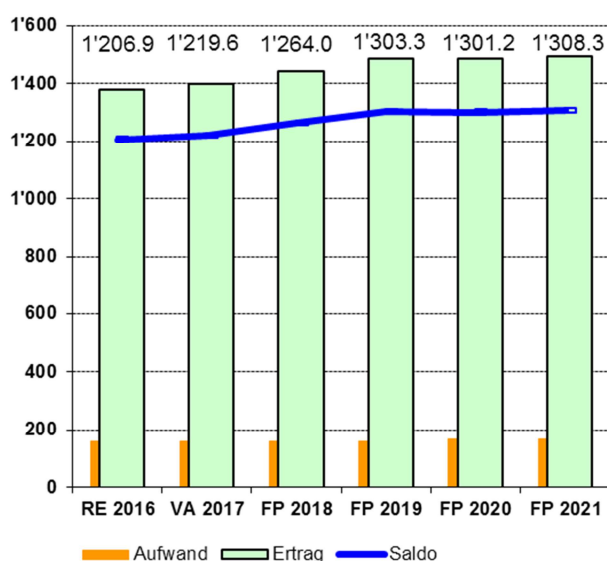
Evaluation und Ablösung des Desktop 2011.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **31. Dez 2017**
 Amt **Amt für Informatik und Organisation**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5777	Architekturentscheid	30. Jun 2015	30. Jun 2015	Architektur wurde konzipiert und festgelegt.
5779	RRB und KRB	30. Jun 2016	30. Jun 2016	Kein KRB notwendig, genehmigt mit RRB 2016/709 vom 26. April 2016.
5985	Realisierung	31. Dez 2016	31. Dez 2016	System aufgebaut und im Amt für Informatik und Organisation in Betrieb genommen.
5986	Migration Verwaltung	30. Jun 2018		

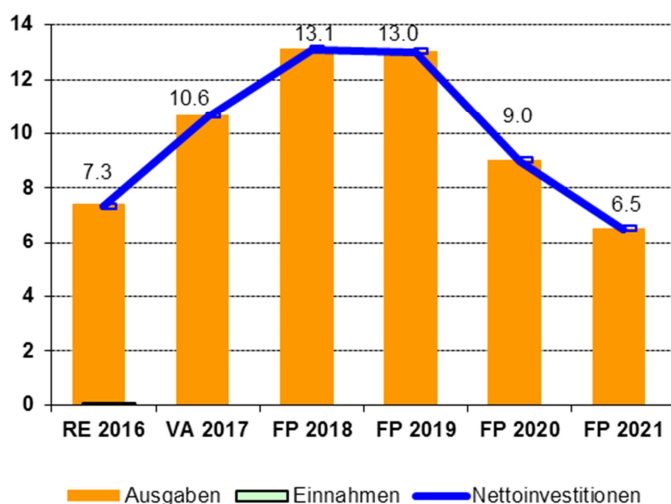
Finanzen in Mio. Franken Finanzdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2010	FP 2021
Globalbudgets						
Aufwand	84.3	85.3	86.1	86.5	87.6	87.7
Ertrag	-61.3	-58.9	-59.3	-59.1	-59.1	-59.1
Globalbudgetsaldo	23.0	26.5	26.8	27.5	28.5	28.7
Verrechnungen	-4.9	-4.9	-5.2	-5.1	-3.0	-4.5
Saldo	18.1	21.6	21.7	22.4	25.5	24.1
Finanzgrössen						
Aufwand	75.2	73.4	73.1	74.5	78.4	79.7
Ertrag	-1'318.7	-1'340.1	-1'385.2	-1'426.2	-1'428.4	-1'436.8
Verrechnungen	18.5	25.4	26.4	26.1	23.4	24.7
Saldo	-1'225.1	-1'241.2	-1'285.7	-1'325.7	-1'326.7	-1'332.4
Saldo total	-1'206.9	-1'219.6	-1'264.0	-1'303.3	-1'301.2	-1'308.3



In der Erfolgsrechnung ist bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage und des Bevölkerungswachstums in den nächsten Jahren mit leicht steigenden Erträgen zu rechnen. Bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen geht man von leicht rückläufigen Erträgen aus. Auswirkungen der geplanten Steuervorlage 17 sind nicht enthalten. Weiter kann beim NFA mit einem Anstieg der Ausschüttungen gerechnet werden. Ausgabenseitig ist in der Rechnung einerseits bei den Zinsen und andererseits bei den Abschreibungen im Informatik- und Steuerbereich mit höheren Kosten zu rechnen.

Investitionsrechnung	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2012	FP 2021
Total						
Ausgaben	7.4	10.6	13.1	13.0	9.0	6.5
Einnahmen	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	7.3	10.6	13.1	13.0	9.0	6.5



Der erhöhte Investitionsbedarf resultiert von Grossprojekten betreffend Fachanwendungen, die den „End of Life Zyklus“ erreicht haben und dringend abgelöst werden müssen. Insbesondere sind ab 2017 Beträge für die neue Fachanwendung des Steueramtes enthalten. Die heutige Steuerlösung INES kann nur noch bis 2020 betrieben werden.

5 Departement des Innern

5.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Aufgaben des Departements des Innern lassen sich in drei unterschiedliche Bereiche aufteilen:

1. Gesundheit

Hauptaufgaben sind die qualitativ gute, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Spitalversorgung, der Schutz vor gesundheitlicher Gefährdung durch Lebensmittel, Heilmittel, Epidemien etc. sowie die Prävention.

2. Soziale Sicherheit

Die Präambel der Kantonsverfassung verdeutlicht, dass es eine Gesellschaftsordnung anzustreben gilt, die der Entfaltung und der sozialen Sicherheit der Menschen dient. Nach Art. 22 Kantonsverfassung strebt der Kanton ergänzend zur privaten Initiative und Verantwortung danach, im Rahmen der Zuständigkeitsordnung und der finanziellen Möglichkeiten die Sozialziele zu erreichen. Entsprechend gilt es gemäss § 1 des Sozialgesetzes:

- die Eigenverantwortung zu stärken, die Selbstständigkeit des Menschen zu erhalten, Armut und soziale Notlagen zu verhindern, zu beheben oder zu mindern
- Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen zu unterstützen
- Menschen in sozialen Notlagen zu helfen oder Überleben zu gewähren
- den Missbrauch von Leistungen zu verhindern und bekämpfen

3. Öffentliche Sicherheit

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Gewährleistung der subjektiven und objektiven Sicherheit von Menschen, den Schutz ihres Eigentums sowie die Erhaltung der friedlichen Ordnung. Für die Erreichung dieser Ziele erfolgen Ermittlungstätigkeiten bei der Verfolgung von Straftaten sowie Prävention und Repression im Strassenverkehr. Polizeipräsenz und rasche Interventionen im öffentlichen Raum sowie zielgruppenorientierte Präventionstätigkeiten dienen der Verhinderung und Abwehr von Gefahren. Weiter zählt zur öffentlichen Sicherheit der rechtskonforme Vollzug von Haft, Strafen und Massnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

5.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

3.1 Soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten

- 3.1.1 Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern
- 3.1.2 Integration von Personen mit ausländischer Nationalität intensivieren
- 3.1.3 Langzeit-Pflegebedarf bewältigen
- 3.1.4 Strategie gegen Armut und Armutsgefährdung optimieren
- 3.1.5 Sozialkosten dämpfen
- 3.1.6 Eckwerte der kantonalen Sozialplanung vervollständigen

3.2 Gesundheitsversorgung bedarfsgerecht sicherstellen

- 3.2.1 Prävention und Gesundheitsförderung weiterführen
- 3.2.2 Spitalversorgung Nordwestschweiz (Kantone AG, BL, BS und SO) evaluieren
- 3.2.3 Neubau Bürgerspital Solothurn termingemäss realisieren
- 3.2.4 Zeitpunkt und Modalitäten der Immobilienübertragung auf die soH festlegen

3.3 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

- 3.3.1 Prävention optimieren
- 3.3.2 Sicherheit im Strassenverkehr verbessern
- 3.3.3 Subjektive und objektive Sicherheit stärken
- 3.3.4 Schwerverkehrszentrum Oensingen in Betrieb nehmen
- 3.3.5 Strategie Untersuchungsgefängnisse weiterentwickeln

5.3 Politische Ziele und Leistungen

1. Gesundheit

Der Kantonsrat folgte am 18. Dezember 2013 dem Antrag der SOGEKO, aufgrund des geplanten Bundesgesetzes über die Registrierung von Krebserkrankungen (Krebsregistrierungsgesetz) die Budgetposition Krebsregister aus dem Voranschlag 2014 zu streichen. Seither ist die Einführung eines Krebsregisters sistiert. Am 29. Oktober 2014 verabschiedete der Bundesrat Botschaft und Entwurf des Krebsregistrierungsgesetzes, das am 18. März 2016 von der Bundesversammlung beschlossen wurde. Die Vernehmlassung zum Verordnungsrecht zum Krebsregistrierungsgesetz ist im Frühling 2017 vorgesehen. Das Gesetz wird gestaffelt in Kraft treten. Die Bestimmungen zu den Bundesaufgaben sollen 2018 in Kraft gesetzt werden, die übrigen Bestimmungen 2019. Ebenfalls sistiert ist die Einführung eines Mammografie-Screening-Programms im Kanton Solothurn, da gemäss Auftrag des Kantonsrats vor dessen Einführung ein Krebsregister geschaffen werden soll.

Basierend auf der Nordwestschweizer Spitalplanung (Kantone AG, BL, BS und SO) und dem von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) empfohlenen Leistungsgruppen-Konzept wurden am 13. Dezember 2011 die Leistungsaufträge an jene inner- und ausserkantonalen Spitäler beschlossen, die für die stationäre Spitalversorgung der Solothurner Bevölkerung erforderlich sind (RRB Nr. 2011/2608). Der Kanton Solothurn verfügt seit 1. Januar 2012 über eine rechtsgültige Spitalliste (Bereiche Akutsomatik, Psychiatrie und Rehabilitation). Die Nordwestschweizer Kantone haben 2013 gemeinsam einer externen Beratungsfirma den Auftrag gegeben, die Nordwestschweizer Spitalversorgung zu evaluieren (Monitoring der regionalen und überregionalen Patientenströme 2011 bis 2013). Aufgrund der Ergebnisse wurde Ende 2015 der Bereich Rehabilitation ergänzt. Bei den Bereichen Akutsomatik und Psychiatrie waren keine Ergänzungen erforderlich. Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Spitalfinanzierung gemäss KVG am 1. Januar 2012 bestanden bezüglich Spitalplanung bzw. der konkreten Umsetzung der neuen KVG-Bestimmungen Unklarheiten. Viele offene Fragen wurden in der Zwischenzeit durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und die Konkretisierung von Empfehlungen innerhalb der GDK geklärt. Mitte 2016 wurde deshalb zusammen mit der Firma socialdesign ag mit der Erarbeitung des Berichtes „Grundlagen Spitalplanung Akutsomatik 2012-2025“ begonnen. Eine Aktualisierung der Spitalliste Bereich Akutsomatik ist per 1. Januar 2018 geplant.

Gemäss KVG sind im Rahmen der seit 1. Januar 2012 gültigen neuen Spitalfinanzierung die Vergütungen für die stationären Leistungen von den Kantonen und den Krankenversicherern

anteilmässig zu übernehmen (zusammen 100%). Dies gilt für alle Spitäler, die auf der Spitalliste irgend eines Kantons aufgeführt sind und zudem unabhängig davon, ob es sich um öffentliche oder private Spitäler handelt. Da gemäss KVG der Kantonsanteil ab 1. Januar 2017 in allen Kantonen mindestens 55% betragen muss und die jährliche Anpassung höchstens 2 Prozentpunkte umfassen darf, ist der Kantonsanteil für 2016 auf 53% und für 2017 auf das bundesgesetzlich vorgeschriebene Minimum von 55% festgesetzt worden (RRB Nr. 2012/2347 vom 27. November 2012). Mit RRB Nr. 2017/180 vom 31. Januar 2017 wurde beschlossen, dass der Kantonsanteil auch ab 2018 weiterhin lediglich das Minimum betragen wird. Da die Kosten für die Spitalbehandlungen gemäss KVG in den kommenden Jahren über 300 Mio. Franken betragen werden, würde jede Erhöhung des Kantonsanteils um einen Prozentpunkt jährliche Zusatzkosten von rund 6 Mio. Franken bedeuten.

Der Kantonsrat hat am 16. November 2016 (KRB RG 0098a/2016) die zeitlich gestaffelte Übertragung des Eigentums an den Spitalimmobilien auf die soH beschlossen. Per 1. Januar 2017 wurden sämtliche kantonalen Spitalimmobilien der Standorte Kantonsspital Olten, Spital Dornach und Psychiatrische Dienste (Langendorf/Solothurn) übertragen. 2020 folgen der Neubau Haus 1 Bürgerspital Solothurn und 2023 der Neubau Haus 2 sowie sämtliche übrigen Liegenschaften Bürgerspital Solothurn. Die Spitalimmobilien wurden bzw. werden an die soH als Sacheinlage zu Eigentum übertragen mit Folge der Erhöhung des Aktienkapitals der soH. Ausgangswert ist jeweils der Wert der zu übertragenden Baute gemäss Anlagenbuchhaltung des Kantons Solothurn zum Zeitpunkt der Immobilienübertragung. Das Land wurde bzw. wird im Baurecht übertragen. Der Regierungsrat wurde mit dem Vollzug beauftragt und hat am 28. November 2016 (RRB Nr. 2016/2100) und am 13. Dezember 2016 (RRB Nr. 2016/2196) die erforderlichen Beschlüsse getroffen.

2. Soziale Sicherheit

Die Vorgaben des Legislaturplanes knüpfen an folgende politische Leitlinien an:

- Prävention und Integration verstärken;
- Armut bekämpfen;
- Strukturen bereinigen;
- Sozialkosten dämpfen.

Eine ausreichende Prävention ebenso wie eine gute Integration der Migrationsbevölkerung und derjenigen von Minderheiten sowie Randgruppen führen zu einer weiterhin tragfähigen und toleranten Gesellschaft. Zudem werden auf diesem Weg Sozialkosten verhindert. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, dass die Menschen ihre Ressourcen frühzeitig entfalten können und so zu einem eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Leben befähigt werden. Vor diesem Hintergrund sind

- Familien zu stärken, indem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und Kinder aus allen Schichten chancengleich die Gelegenheit haben, ihre Ressourcen zu entfalten;
- Schulen in der Präventionsarbeit zu unterstützen;
- Sucht, Gewalt und Probleme im Umgang mit Geld mit spezifischen Programmen zurückzudrängen;
- in Zusammenarbeit mit dem Bund, die spezifischen Integrationsangebote für die Migrationsbevölkerung vor allem in den Bereichen „Information und Beratung“, „Bildung und Arbeit“ sowie „Verständigung und gesellschaftliche Integration“ weiter zu entwickeln.

Der Sozialbericht 2013 zeigt, dass Armut im Kanton Solothurn häufiger geworden ist. Dieser Entwicklung ist mit einer optimierten gesamtkantonalen Strategie zu begegnen. Die knappe Finanzlage gebietet zudem, dass die vorhandenen Strukturen effizient organisiert und schlank gehalten sind. Zudem müssen sich die Behörden auf neue Problemlagen, ein komplexeres rechtliches Umfeld und veränderte Bedürfnisse in der Bevölkerung einstellen. Um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein, ist die bereits angegangene Organisationsentwicklung sowohl in den Sozialregionen wie auch bei den kantonalen Partnerbehörden weiter voranzutreiben. Die Informatikmittel, die Arbeitsgrundlagen sowie der Ausbildungsstand des Personals sind kontinuierlich zu verbessern. So kann nicht nur eine Strukturbereinigung erfolgen, sondern auch möglicher Missbrauch minimiert werden.

Die Ausgaben des Kantons für die Soziale Sicherheit sind in den vergangenen Jahren wohl weniger stark, aber dennoch gewachsen. Dieser Trend ist weiterhin mit gezielten und fairen Massnahmen positiv zu beeinflussen. Insbesondere die Steuerung über eine gesamtkantonale Sozialplanung - vor allem in Leistungsbereichen mit stationären Angeboten - aber auch über das Festlegen angemessener Taxen, die auf einer wirtschaftlichen Führung der Angebote beruhen, unterstützt diese Zielsetzung. Klare Verantwortlichkeiten und Lastenverteilung tragen zum sorgfältigen Umgang mit den vorhandenen Mitteln bei. Entsprechend ist eine weitere Entflechtung der Aufgaben insbesondere im Zusammenhang mit dem Verteilschlüssel zu den Ergänzungsleistungen koordiniert mit dem Neuen Finanzausgleich vorzunehmen. Gleichzeitig ist die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden so auszugestalten, dass die Gemeinden in der Lage sind, kommunale Leistungsfelder gesamtheitlich zu regeln und zu steuern.

3. Öffentliche Sicherheit

Kantonspolizei

Die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung ist das oberste Ziel. Mit einem Leistungspaket an präventiven und repressiven Massnahmen im Rahmen eines ganzjährigen 24-Stunden Betriebes soll dieses Ziel in objektiver und subjektiver Hinsicht erreicht werden.

Die auf den 1. Januar 2014 in Kraft getretenen Ergänzungen des Gesetzes über die Kantonspolizei (KapoG) und weiterer Erlasse (EG StGB; Gesundheitsgesetz) wirken mit ihrer präventiven Zielsetzung unterstützend bei der zunehmend wichtigen polizeilichen Hauptaufgabe der Gefahrenabwehr und Straftatenverhütung.

Eine zeitgemässe Sicherheitspolitik kann den Fokus nicht mehr alleine auf die objektive Sicherheit richten. Es ist auch Aufgabe des Staates, Massnahmen zu ergreifen, welche die subjektive Sicherheit stärken. Rasche Interventionen - mit Hilfe eines adäquaten Patrouillendispositivs unter Einbezug der Stadtpolizeien - und sichtbare Präsenz an Brennpunkten verhelfen zu einem guten Sicherheitsgefühl. Optimierte Organisationsstrukturen berücksichtigen die sich verändernden Sicherheitsbedürfnisse (u.a. zusätzlicher Posten Olten City, dynamische Einsatzplanung). Das Konzept der Sicherheit aus einer Hand erleichtert die Bewältigung der spezifischen Herausforderungen auf städtischem Gebiet.

Das kantonale Bedrohungsmanagement (KBM) unterstützt die Bemühungen, Gefahren frühzeitig zu erkennen und Betroffene, Verwaltungsangestellte und generell die Bevölkerung durch geeignete Massnahmen vor zielgerichteten, schweren Gewalttaten zu schützen.

Die veränderte Sicherheitslage erfordert in verstärktem Mass eine laufend vorzunehmende Lagebeurteilung sowie das Planen und Ergreifen von allfälligen Massnahmen. Unerlässlich ist die engere Zusammenarbeit zwischen den Polizeikörpern und den entsprechenden Stellen des Bundes sowie weiteren Partnern, um nötigenfalls aus dem Stand angemessen reagieren zu können.

Mit der konsequenten Bekämpfung von Kriminalitätsphänomenen, die das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigen (z.B. Einbruchdiebstahl, Jugendkriminalität, Gewaltdelikte), wird sowohl die objektive Sicherheit gewährleistet als auch ein Beitrag zur subjektiven Sicherheit geleistet. Das Entstehen von Sicherheitsdefiziten ist durch geeignete, nachhaltige Massnahmen zu verhindern. Die Bekämpfung des organisierten Menschen- und Drogenhandels sowie der Internetkriminalität mit starkem internationalem Bezug erfordert modernste technische Massnahmen und grosse Personalressourcen. Eine gewisse Priorisierung der Ermittlungsverfahren ist unumgänglich. Die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Polizeiarbeit nehmen stetig zu. Für eine erfolgreiche Polizeiarbeit bedarf es deshalb bestens aus- und weitergebildeter Korpsangehöriger. Insbesondere im technischen Bereich ist eine gewisse Spezialisierung unerlässlich.

Zur Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr liegt der Schwerpunkt der polizeilichen Massnahmen bei der Beeinflussung des gefährlichen (strafbaren) Fahrverhaltens. Zielgerichtete, flexible und unvorhersehbare Verkehrskontrollen sollen einerseits verhindern, dass Personen in fahrunfähigem Zustand am Strassenverkehr teilnehmen. Andererseits sind solche Kontrollen geeignet, um ein regelkonformes Verhalten auf allen Verkehrsträgern zu fördern. Mit dem Betrieb eines Schwerverkehrszentrums an zentraler Lage werden die Bemühungen, die Sicherheit im Strassenverkehr zu erhöhen und insbesondere die Risiken des zunehmenden (internationalen)

Schwerverkehrs zu reduzieren, optimal ergänzt. Der Bund/ASTRA unterstützt und beteiligt sich beim geplanten Bau und Betrieb eines Schwerverkehrszentrums in Oensingen. Die Inbetriebnahme ist für 2020/2021 geplant.

Die Verfügbarkeit sachgerechter und moderner Führungs- und Einsatzmittel ist eine Voraussetzung, dass die Polizeiaufgaben (Patrouillentätigkeit, Prävention und Kriminalitätsbekämpfung) effektiv und effizient erledigt werden können.

Um die steigenden Anforderungen und die Erwartungshaltung im Bereich der mobilen Datenkommunikation zu gewährleisten und das mobile Arbeiten mit den nötigen Systemzugriffen sowohl im Büro als auch von unterwegs sicher zu stellen, werden die Mitarbeitenden der Polizei mit dem Projekt Merkur mit mobilen Endgeräten und Smartphones ausgestattet. Die Sicherstellung einer raschen und taktisch richtigen Einsatzdisposition erfolgt durch die Ablösung der bisherigen und Implementierung einer neuen Kommunikations- und Dispositionslösung (ICASO) zwischen Einsatzfahrzeugen der Polizei und der Alarmzentrale. Mit dem neuen System werden die Mitarbeitenden der Polizei wesentlich bei der Ereignisbewältigung (u.a. Interventionen) unterstützt.

Eine neue Schiessanlage (Schliessung der alten Anlage infolge Lärmbelastung) schafft die Voraussetzung für die Gewährleistung der hohen Einsatzbereitschaft und einem der Risiken angepassten Ausbildungsstandard.

Justizvollzug

Die Justizvollzugsanstalt Solothurn (JVA Solothurn) ist die einzige geschlossene Institution für den Massnahmenvollzug im Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz. Sie hält sich für weitere Entwicklungen in diesem Bereich bereit und bleibt anpassungsfähig. Synergien zum geschlossenen Strafvollzug sollen noch besser genutzt werden.

Die Auslastung der Untersuchungsgefängnisse bewegt sich nach wie vor in einer kritischen Höhe. Im Hinblick auf den Neubau eines Zentralgefängnisses sind in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt die entsprechenden Abklärungen und Vorarbeiten zu leisten. Generell nimmt die Zahl der betreuungsintensiven Insassen und Klienten in allen Bereichen des Justizvollzuges zu.

Auf nationaler Ebene werden namentlich die Projekte in den Bereichen Electronic Monitoring, Risikoorientierter Sanktionenvollzug (ROS) und Schweizerisches Kompetenzzentrum für Justizvollzug weiterentwickelt mit entsprechendem Anpassungsbedarf in den Kantonen.

Ausweisschriften

Mit dem Bundesvorhaben „PA 19“ werden das Projekt „Rundumerneuerung von Pass und Identitätskarte“ realisiert. Ebenso wird im gleichen Projekt die Produktion des Ausländerausweises in Kreditkartenformat, als Ersatz für den bekannten Ausländerausweis (Ausweisbüchlein), aufgebaut. Dem „PA 19“ wird die Erneuerung der Systemplattform Biometriedatenerfassung (ESYSP) zu Grunde liegen. Die Realisierung der Bundesprojekte wird für das Jahr 2020 erwartet.

5.4 Massnahmen Departement des Innern

5397 Definitive Einführung Familien-Ergänzungsleistungen

Familien-Ergänzungsleistungen sind definitiv einzuführen; Ist Teil des LP 2013-17 'Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern'. VWD und FD sind in der Projektgruppe vertreten.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **1. Jan 2017** Ist-Termin **26. Apr 2016**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5680	B+E zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	31. Mrz 2016	26. Apr 2016	Erledigt, (B+E an KR, RRB Nr. 2016/744 vom 26. 4.2016), Zustimmung KR (RG 0068/2016 vom 28.6.2016)

5513 Totalrevision Gesundheitsgesetz

Totalrevision Gesundheitsgesetz unter Berücksichtigung der Änderungen auf Bundesebene.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Aug 2016** Soll-Termin **31. Dez 2018**

Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6110	Entwurf B+E ist vorhanden	30. Jun 2017		
6087	RRB öffentliche Vernehmlassung ist beschlossen	30. Sep 2017		
6111	B+E zuhanden KR ist beschlossen	30. Jun 2018		

5336 Neubau Bürgerspital Solothurn termingemäss realisieren (LP 2013 - 2017)

Ziel LP

B.3.2.3

Der Behandlungstrakt und das Bettenhaus sollen bis 2019 fertig sein, der Abbruch der zentralen Altbauten sowie der Neubau des Wirtschaftstraktes 2022.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Okt 2013** Soll-Termin **30. Jun 2015**

Ist-Termin

29. Apr 2015

Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5531	Baubeginn Behandlungstrakt und Bettenhaus ist erfolgt	31. Dez 2015	29. Apr 2015	Spatenstich: 29. April 2015.

5337 Zeitpunkt/Modalitäten der Immobilienübertragung auf soH festlegen (LP 13 - 17)

Ziel LP

B.3.2.4

In den kommenden Jahren ist die Entwicklung zu beobachten und bis Ende Legislaturperiode 2013 - 2017 sind im Rahmen der Eignerstrategie des Kantons Solothurn für die soH der Zeitpunkt und die Modalitäten für die Übertragung des Eigentums festzulegen.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Okt 2013** Soll-Termin **31. Jul 2017**

Ist-Termin

7. Jun 2016

Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5863	B+E Immobilienübertragung an soH zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	30. Jun 2016	7. Jun 2016	Eignerstrategie von RR am 22. Sep. 2015 beschlossen (RRB-Nr. 2015/1516)
5517	Zeitpunkt und Modalitäten im Rahmen der soH-Eignerstrategie sind festgelegt.	31. Jul 2017	7. Jun 2016	Erledigt (B+E an KR, RRB Nr. 2016/1004 vom 7. Juni 2016) Zustimmung KR 16. Nov. 2016 (RG 0098a/2016)

5499 Konzept Spitalplanung Kanton Solothurn

Inhalte Konzept:

Spitalplanungsprozess, Definition der Planungskriterien und deren Zielwerte bzgl.

Angebotsbestimmung, Bedarfsermittlung und -prognose, Wirtschaftlichkeitsvergleich

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Mai 2016** Soll-Termin **31. Dez 2017**

Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6050	1. Entwurf Bericht erstellt	3. Dez 2016	3. Dez 2016	Projekt auf Kurs
6048	Vernehmlassung Nachbarkantone durchgeführt	30. Apr 2017		
6053	Spitalplanung 2012 - 2025 von Regierungsrat genehmigt	6. Jun 2017		
6222	Aktualisierung Spitalliste beschlossen	31. Dez 2017		

5472 Beitritt Konkordat zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung

Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung gemäss GDK-Beschluss vom 20. November 2014.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Aug 2016** Soll-Termin **31. Dez 2017**

Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5913	B + E zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	10. Jan 2017	10. Jan 2017	RRB 2017/52 vom 10. Januar 2017.
5914	Volksabstimmung erfolgt	24. Sep 2017		

5204 Krebsregister

Einrichten Krebsregister

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Nov 2012** Soll-Termin **31. Dez 2022**Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5431	B + E Verpflichtungskredit zuhänden Kantonsrat ist beschlossen	30. Sep 2013		Kredit von KR im VA 2014 gestrichen. Sistierung bis Bundesgesetz.
6159	Rechtsgrundlagen im Gesundheitsgesetz vorhanden (siehe Projekt Nr. 5513)	30. Jun 2017		

5205 Mammografie-Screening

Einführen Mammografie-Screening

Status **Sistiert** Start-Datum **1. Nov 2012** Soll-Termin **31. Dez 2015**Amt **Gesundheitsamt**

5181	Spitalversorgung NWCH (Kt. AG, BL, BS, SO) evaluieren (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B3.2.2	
Ambulante und stationäre Patientenströme der Jahre 2011-2013 analysiert und dokumentiert. Überangebot und Versorgungsengpässe in den Versorgungsregionen dargestellt. Verschiebung von stationärer zu ambulanter Behandlung analysiert.							
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Feb 2012	Soll-Termin	30. Jun 2016	Ist-Termin	30. Apr 2016
Amt	Gesundheitsamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5191	2. Monitoringbericht ausgewertet	31. Mrz 2016	31. Jan 2016	Spitalliste Rehabilitation per 1.1.2016 mit Klinik Schönberg AG, aarReha und Klinik Bethesda ergänzt. Kein Handlungsbedarf Spitalliste Psychiatrie.			
5933	Spitalliste Akutsomatik überprüft und evtl. angepasst	30. Jun 2016	30. Apr 2016	Erledigt. Aufgrund der Situation Versorgungsplanung wird 2016 eine Spitalplanung Akutsomatik Kt. SO erarbeitet (vgl. entsprechendes Projekt). Output ist zudem die angepasste Spitalliste Akutsomatik.			

5228 Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern (LP 2013 - 2017)

Ziel LP

B.3.1.1

Eckwerte einer Kt. Sozialplanung erarbeiten (LP 2013-2017).

Im Rahmen der Sozialplanung sind folgende Teilprojekte zu bearbeiten: Entwicklung der Sozialkosten, Bekämpfung der sozialen Notlagen, familienergänzende Kinderbetreuung.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jul 2013** Soll-Termin **31. Dez 2017**Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5381	Grundlagenbericht familienergänzende Kinderbetreuung von EcoPlan liegt vor	31. Mrz 2015	30. Jun 2015	Auftrag an EcoPlan ist erfolgt. Verzögerung wegen Zusatzauftrag zur Studie.
5493	Kantonale Richtlinien für die Betreuung und Platzierung von Kindern sind überarbeitet	31. Jul 2015	31. Jul 2015	Erledigt.
5519	Steigerung der Platzzahl 2016 im Vergleich zu 2012 um 10%	31. Jul 2017		

5330 Integration von Personen mit ausländischer Nationalität intensivieren (LP 13 - 17)

Ziel LP

B 3.1.2

Massnahmen zur Integrationsförderung gemäss Integrationsprogramm sind umgesetzt.

Ausgestaltung 'Förderbereichs Erstinformation' ist in Zusammenarbeit mit Gemeinden systematisch erarbeitet + laufend umgesetzt. Praxis zum Abschluss von IVB's ist angepasst.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Dez 2013** Soll-Termin **31. Dez 2017**Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Kategorie

MP 2014

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5522	Programmvereinbarung mit Bund abgeschlossen	31. Okt 2013	31. Dez 2013	Erledigt.
5487	Neues Sprachförderkonzept umgesetzt	1. Jan 2017	1. Jan 2017	Erledigt.
5861	"start.intergration" im ganzen Kanton eingeführt	31. Dez 2017		
5862	Beratungskonzept liegt vor	31. Dez 2017		

5517 Kantonales Integrationsprogramm 2018 - 2021

Fortsetzung der Integrationsförderung. Programmvereinbarung mit Bund, in Anlehnung an das KIP 2014 - 2017 festgelegt.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Okt 2016** Soll-Termin **31. Dez 2021**
 Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6120	Entwurf erstellt, Vernehmlassung durchgeführt	31. Mai 2017		
6121	RRB Genehmigung KIP / Kreditgenehmigung beschlossen	30. Jun 2017		
6122	KIP bei Bund eingegeben	31. Jul 2017		
6123	Programmvereinbarung unterzeichnet	30. Nov 2017		

5250 Strategie gegen Armut und Armutsgefährdung optimieren (LP 2013 - 2017)

Ziel LP

B.3.1.4

Strategie und Massnahmenplan zur Bekämpfung der Armut. Die Ergebnisse des Teilprojektes 5249 sind aufzunehmen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jul 2014** Soll-Termin **31. Dez 2017**
 Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5455	Vorstudie liegt vor	31. Jan 2016	31. Jan 2016	Erledigt.
5458	Optimierte Strategie gegen Armut und Armutsbekämpfung liegt vor	31. Dez 2017		Wird in neuem Legislaturplan dargestellt.

5249 Sozialkosten dämpfen (LP 2013 - 2017)

Ziel LP

B.3.1.5

Konzept und Massnahmenplan zur bedarfsgerechten Sicherstellung der Sozialhilfe.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jul 2013** Soll-Termin **31. Dez 2018**
 Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5453	Massnahmenplan erstellt	31. Dez 2014	4. Feb 2014	RRB Nr. 2014/233 vom 4.2.14
5681	Anpassung Stellenschlüssel für Fachmitarbeitende und Administrativpersonal der Sozialregionen	30. Sep 2014	25. Aug 2014	RRB Nr. 2014/1469 vom 25. Aug. 2014
5682	Abweichungen zu den SKOS-Richtlinien beschlossen (KR-Auftrag A 101/2013 vom 18.3.14)	30. Sep 2014	16. Sep 2014	RRB Nr. 2014/1623 vom 16. September 2014
5521	Kosten pro Sozialhilfefall liegen auch 2016 unter dem schweizerischen Durchschnitt	31. Dez 2017		

5217 Eckwerte der kantonalen Sozialplanung vervollständigen (LP 2013 - 2017)

Ziel LP

B.3.1.6

Versorgungssicherheit im Bereich Menschen mit Behinderungen bedarfsgerecht gewährleisten. Planung stationäre und ambulante Angebote.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **30. Jun 2017**
 Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5377	Teilplan Heime und Werkstätten (Vernehmlassungsvorlage) durch RR beschlossen	31. Mrz 2017	28. Nov 2016	Vernehmlassung läuft
6124	B+E Teilplan Heime und Werkstätten zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	30. Jun 2017		

1425 Wirtschaftlichkeit Heime und Werkstätten

Wirtschaftlichkeit auf der Basis von Grundangebot und Basisqualität aller solothurnischer Heime und Werkstätten in Zusammenarbeit mit den Kantonen NWCH überprüfen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2017**
 Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
928	Vorstudie PwC liegt vor	31. Mrz 2012	31. Mrz 2012	Pilot mit Pflegeheimen 2011; Behindertenheimen 2012, Vorstudie PwC ist erstellt.
5278	Konzept liegt vor	30. Jun 2015	30. Jun 2015	Erledigt.
5935	Verabschiedung des Konzepts	31. Dez 2017		

5347	Langzeit-Pflegebedarf bewältigen (LP 2013 - 2017)					Ziel LP	B.3.1.3.
Umsetzung Pflegeheimplanung 2020 (SGB 125/2013 vom 6. November 2013)							
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Aug 2013	Soll-Termin	31. Jul 2017	Ist-Termin	31. Dez 2016
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5571	Zahl der zusätzlichen Pflegeheimplätze < 150	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Erledigt. Vorgaben werden umgesetzt.			

5557	Spitexorganisation und Restfinanzierung ambulante Pflege					
Umstellung auf Subjektfinanzierung, Vereinheitlichung der Leistungsaufträge, Regelung der Restfinanzierung nach KVG						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 0206	Soll-Termin	31. Dez 2017	
Amt	Amt für Soziale Sicherheit					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6284	Vereinbarung Spitexverband und VSEG abgeschlossen	30. Apr 2017				
6285	B+E Änderung Sozialgesetz zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	30. Apr 2017				
6287	Mustervereinbarung ist bekannt und eingeführt	31. Okt 2017				
6288	Höchsttaxen von RR festgelegt	30. Nov 2017				

5335	Prävention und Gesundheitsförderung weiterführen (LP 2013 - 2017)					Ziel LP	B.3.2.1
Das zweite 4-jährige kantonale Aktionsprogramm (2017-2020) Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit (KAP) ist erarbeitet. Es wird hälftig von der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz finanziert.							
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Okt 2013	Soll-Termin	31. Jul 2017	Ist-Termin	31. Mrz 2017
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5516	Eingabe Konzept bei Gesundheitsförderung Schweiz		18. Jan 2017	18. Jan 2017	Erledigt.		
6097	KAP genehmigt, Umsetzung gestartet		31. Mrz 2017	31. Mrz 2017	Erledigt.		

5341	EL-Verteilschlüssel und Aufgabenverteilung festlegen				
Festlegung eines neuen EL-Verteilschlüssels oder definitive Aufgabenverteilung zwischen Gemeinden und Kanton					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2013	Soll-Termin	31. Dez 2018
Amt	Amt für Soziale Sicherheit				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6096	Paritätische Arbeitsgruppe ist eingesetzt	31. Jan 2017	10. Jan 2017	RRB Nr. 2017/53 vom 10. Januar 2017	
5495	Vernehmlassungsentwurf für unbefristete Regelung ist beschlossen	31. Dez 2017			

5443	Finanzielle Unterstützung von Tagesstätten für betagte Menschen						
Ergänzung des Sozialgesetzes: Die Einwohnergemeinden sichern pflegebedürftigen Menschen finanziell den Besuch teilstationärer Einrichtungen							
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2015	Soll-Termin	31. Dez 2016	Ist-Termin	7. Jun 2016
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5886	B+E Gegenvorschlag zuhanden KR beschlossen	27. Mai 2016	7. Jun 2016	RRB Nr. 2016/1006 vom 7.6.2016. Zustimmung Kantonsrat zum Gegenvorschlag (KRB Nr. VI 0099/2016 vom 16. November 2016)			

5361	EL Freibetrag plafonieren						
EL Freibetrag für persönliche Auslagen für Heimbewohner an Vergleichskantone annähern.							
Status	Erledigt	Start-Datum	26. Feb 2014	Soll-Termin	31. Jul 2015	Ist-Termin	25. Aug 2015
Amt	Amt für Soziale Sicherheit					Kategorie	MP 2014
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5609	Verordnungsänderung durch RR beschlossen	31. Mrz 2015	25. Aug 2015	RRB Nr. 2015/1306 vom 25. August 2015.			

1427 "Schwelleneffekte" bei Sozialleistungen

"Schwelleneffekte" beim Erbringen von Sozialleistungen glätten, insbesondere bei der Alimentenbevorschussung.

Status **Sistiert** Start-Datum **4. Mrz 2010** Soll-Termin **31. Dez 2014**
 Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
563	Abschluss Vertrag Experte	30. Nov 2012	30. Nov 2012	Vertrag wurde mit der Firma "Interface" abgeschlossen
5264	Bericht liegt vor	30. Jun 2013	30. Jun 2013	Erledigt
5422	Weiteres Vorgehen klären	31. Dez 2013	31. Dez 2015	Bleibt sistiert.

5511 Zusätzlicher Auftrag im Rückkehrbereich für Bundesausreisezentrum "im Schachen"

Das Migrationsamt wird für den Rückkehrbereich des im Rahmen der Neustrukturierung des Asylverfahrens errichteten Bundeszentrums zuständig sein. Somit fallen zusätzlich die Aufgaben der Rückkehrberatung sowie des Wegweisungsvollzugs an.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2017** Soll-Termin **31. Dez 2018**
 Amt **Migrationsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6243	Grobkonzept ist erstellt	31. Dez 2017		
6244	Detaillkonzept ist erstellt	31. Aug 2018		
6245	RRB ist beschlossen	30. Sep 2018		
6246	Geschäftsprozesse sind implementiert	31. Dez 2018		

5523 Neubau Zentralgefängnis (ZG)

Das IAFP Projekt 1740 (Strategie Untersuchungsgefängnisse) ist weiterentwickelt. Das HBA ist in seinen Planungs- und Bauarbeiten unterstützt. Die betrieblichen Interessen sind intern geklärt und eingebracht.

Status **In Arbeit** Start-Datum **15. Nov 2016** Soll-Termin **1. Jan 2025**
 Amt **Amt für Justizvollzug**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6155	Ausschreibung Wettbewerb ist erstellt	31. Dez 2017		
6230	Wettbewerb ist durchgeführt; Auftragserteilung ist erfolgt	31. Dez 2018		
6231	Vorprojekt ist geplant	31. Dez 2019		
6232	Volksabstimmung ist durchgeführt	31. Dez 2020		
6233	Inbetriebnahme Zentralgefängnis ist abgeschlossen	1. Jan 2025		

3804 JVA 2014 Neubau

Neubau Justizvollzugsanstalt 2014

Status **Erledigt** Start-Datum **23. Mai 2011** Soll-Termin **31. Dez 2014** Ist-Termin **31. Dez 2014**
 Amt **Amt für Justizvollzug**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1243	Zusammenführung TZ im Schache und STA Schöngrün	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Publikumstag und Schlüsselübergabe im Mai 2014 erfolgreich durchgeführt. Neubau per 01.07.2014 mit Insassen bezogen und in Betrieb genommen. Umzug Schöngrün im November/Dezember 2014 erfolgt.

1740 Strategie Untersuchungsgefängnisse weiterentwickeln (LP 2013 - 2017)

Ziel LP

B3.3.5

Strategie Untersuchungsgefängnisse (UG) vom Regierungsrat genehmigt

Status **Erledigt** Start-Datum **24. Feb 2011** Soll-Termin **31. Jul 2017** Ist-Termin **1. Jul 2014**
 Amt **Amt für Justizvollzug**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5479	Standortentscheid von RR beschlossen	30. Jun 2014	1. Jul 2014	Erledigt mit RRB Nr. 2014/1242 vom 01. Juli 2014.

5342	Schwerverkehrszentrum Oensingen in Betrieb nehmen (LP 2013 - 2017)					Ziel LP	B 3.3.4
Die Polizei betreibt im Auftrag des Bundes ein Schwerverkehrszentrum. Mit dem SVKZ wird gewährleistet, dass die Emissionswerte der Luftreinhalteverordnung eingehalten und die Risiken des Schwerverkehrs minimiert werden können (Stichprobekontrollen).							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2013	Soll-Termin	31. Dez 2020		
Amt	Polizei						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5506	Variantenentscheid ist gefällt	30. Jun 2014	30. Jun 2014	Erledigt			
5513	Vorlage (B+E) zuhanden Kantonsrat ist beschlossen.	31. Dez 2017		Das ASTRA hat sich im Rahmen einer Gesamtplanung bereit erklärt, das Projekt zu unterstützen und voranzutreiben. Erste Schritte werden von der Abteilung Strasseninfrastruktur Ost (ASTRA), dem HBA und der Polizei eingeleitet. Termin ist nicht bestimmt.			

5340	Subjektive und objektive Sicherheit stärken (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B.3.3.3
Die Polizei orientiert sich in ihrer Organisation und ihrem Handeln an den Bedürfnissen und Herausforderungen der Gesellschaft, um unter Berücksichtigung der vorhandenen knappen Ressourcen eine hohe subjektive und objektive Sicherheit zu gewährleisten.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2013	Soll-Termin	30. Jun 2017	
Amt	Polizei					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5505	Schnittstellen zu den Stadtpolizeikorps sind bereinigt und die Organisationsstruktur bei der Krim-Abt. ist angepasst	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Organisationsstruktur bei der Krim-Abt angepasst.		
5499	Optimierungsmassnahmen aus Evaluationsbericht 2013 STAPO/KAPO sind umgesetzt	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Olten und Grenchen umgesetzt. Solothurn nur teilweise.		
5873	Nachevaluation (Solothurn, Grenchen) zusammen mit Evaluation Integration Polizei Olten	31. Dez 2016		Rückmeldung der Städte Grenchen und Solothurn vom 08.11.2016 (Email Kdt SO). Nachevaluation aus Sicht der Städte nicht nötig. Rückmeldung Kdt Kapo vom 30.11.2016, dass damit auf Durchführung verzichtet wird.		
6113	Fazit der Nachevaluation liegt vor	30. Jun 2017				

5091	Modernisierung Alarmzentrale / Interkantonale Redundanz AG/SO (IRAGSO)				
Modernisierung der Alarmzentrale (AZ) und Schaffen einer gegenseitigen Redundanz bei Überlast und Notfällen in den AZ der Kt. AG und SO.					
Status	In Arbeit	Start-Datum	19. Dez 2011	Soll-Termin	31. Dez 2017
Amt	Polizei				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5201	Hauptstudie liegt vor	30. Jun 2013	13. Aug 2013	Hauptstudie erarbeitet; Verzicht auf Redundanz	
5515	Umsetzungsentscheid durch Regierungsrat	30. Sep 2013	13. Aug 2013	Auftrag zur Erarbeitung von B+E zuhanden Kantonsrat erteilt (RRB Nr. 2013/1472 vom 13. Aug. 2013).	
5500	B+E zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	31. Mrz 2015	28. Apr 2015	RRB Nr. 2015/702 vom 28. Apr. 15. KRB SGB 0054/2015 vom 3. Nov. 2015 (ohne Redundanz Kt. AG).	
6046	Infrastruktur (Bau) abgeschlossen	31. Dez 2016	30. Nov 2016	Erledigt	
6047	90% der technischen Optimierung umgesetzt	30. Jun 2017			
5786	Erneuerte Alarmzentrale in Betrieb	31. Dez 2017			

5398

Ersatz Ausschiessanlage Leuental Oensingen					
Ersatz Ausschiessanlage Leuental Oensingen, da Lärmvorschriften der bisher verwendeten Ausschiessanlage Leuental in Oensingen nicht mehr eingehalten werden können (Messung AfU). Gemeinde Oensingen zieht Schliessung in Erwägung.					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mai 2014	Soll-Termin	31. Dez 2018
Amt	Polizei				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5685	Grobevaluation abgeschlossen	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Erledigt	
5884	Neukonzeption Projekt liegt vor	30. Nov 2016		Realisierung braucht eine Zonenplanänderung (Sport- und Freizeitzone in Zone für öffentliche Anlagen und Bauten). Behandlung durch Gemeinderat Zuchwil bis Ende 2016. Ein Baugesuch wird frühestens im 3./4.Quartal 2017 eingereicht werden können.	
5721	Antwort der Gemeinde zu Konzept liegt vor	30. Jun 2017			

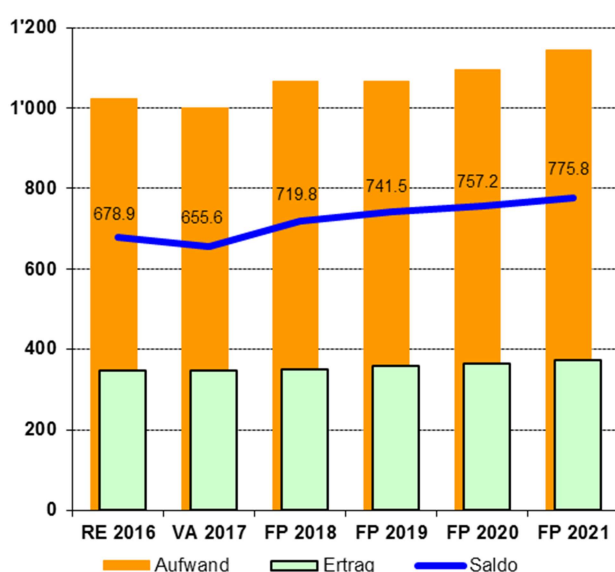
5339 Sicherheit im Strassenverkehr verbessern (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B.3.3.2
Die Verkehrssicherheitsarbeit erfolgt risiko- und unfallursachenorientiert und unter Verwendung moderner Technik. Die Anteile Unfälle mit Ursache FiaZ / Geschwindigkeit liegen im Durchschnitt der Jahre 2013-16 tiefer als im Durchschnitt der Jahre 2009-12.					
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Dez 2013	Soll-Termin	31. Jul 2017
Amt	Polizei	Ist-Termin	31. Mrz 2017		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5510	Indikator Anteil Unfälle FiaZ liegt vor (<7.8)	31. Mrz 2014	31. Mrz 2014	Erledigt	
5511	Indikator Anteil Unfälle Geschwindigkeit liegt vor (<12.4)	31. Mrz 2014	31. Mrz 2014	Erledigt	
5503	Neues Radarkonzept ist unter Einbezug der neuen semistationären Anlagen erarbeitet	30. Sep 2014	28. Aug 2014	Erledigt	
5678	Indikatoren evaluiert	31. Mrz 2017	31. Mrz 2017	Erledigt	

1215 Zusammenarbeit zwischen den städtischen und dem kantonalen Polizeikorps					
Grundlagen der Zusammenarbeit überprüfen unter Beizug externer Experten					
Status	Erledigt	Start-Datum	20. Jun 2011	Soll-Termin	31. Jul 2014
Amt	Polizei	Ist-Termin	30. Sep 2013		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
552	Ist-Zustand erhoben, allfällige Folgeaufträge - sofern Handlungsbedarf- erteilt	31. Jul 2009	30. Nov 2009	Zusammenarbeit ab 2010 vereinbart	
1230	Evaluation Zusammenarbeit der Stadtpolizeikorps mit der Kapo	31. Dez 2012	30. Apr 2013	Erledigt. Ergebnisbericht der Evaluation durch FHNW.	
569	Die enger ausgestaltete Zusammenarbeit der vier Polizeikorps ist evaluiert (PB 33,34)	31. Dez 2013	30. Sep 2013	Erledigt. Evaluation 2012 des neuen Zusammenarbeitsmodells.	
5121	Gemeinsamer Schalter Kapo/Stapo Solothurn			Stadt Solothurn aus dem Projekt "Gemeinsamer Schalter" ausgestiegen.	

5338 Prävention optimieren (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B 3.3.1
Der Präventionsgedanke soll insbesondere dort umgesetzt werden, wo ein wesentlicher Beitrag zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung sowie von Sachwerten geleistet werden kann (Prävention ist gesetzliche Kernaufgabe der Polizei).					
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Dez 2013	Soll-Termin	31. Jul 2017
Amt	Polizei	Ist-Termin	31. Mrz 2015		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5502	KBM (Kant. Bedrohungsmanagement) mit den entsprechenden Gesetzesbestimmungen ist umgesetzt; Amtsstellen sind vernetzt.	31. Mrz 2015	31. Mrz 2015	Amtsstellen sind vernetzt. KBM-Datenbank per 1. Januar 2015 bereitgestellt. Gesetzesbestimmungen grösstenteils umgesetzt.	
5720	Verordnung angepasst	31. Dez 2015	2. Nov 2015	RRB Nr. 2015/1723 vom 02. Nov. 2015.	

Finanzen in Mio. Franken Departement des Innern

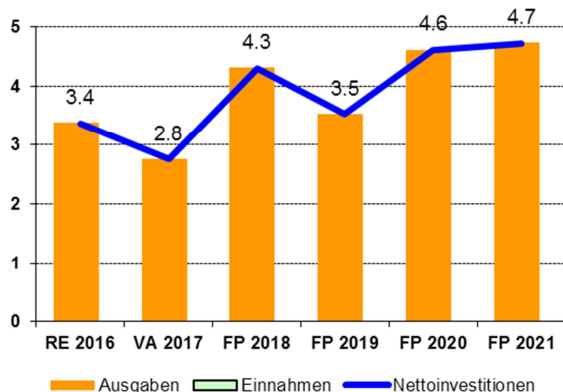
Erfolgsrechnung	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Globalbudgets						
Aufwand	184.4	182.4	192.4	193.9	192.5	193.9
Ertrag	-30.5	-29.8	-36.8	-37.6	-37.6	-37.6
Globalbudgetsaldo	153.9	152.6	155.5	156.3	154.9	156.3
Verrechnungen	28.6	26.9	29.7	29.7	29.9	30.4
Saldo	174.5	170.4	177.2	178.0	176.8	178.7
Finanzgrössen						
Aufwand	839.1	818.9	875.7	903.0	927.2	951.8
Ertrag	-316.3	-318.8	-314.0	-320.4	-327.8	-335.1
Verrechnungen	-26.4	-24.0	-27.0	-27.0	-27.0	-27.5
Saldo	504.4	485.2	542.6	563.5	580.3	597.1
Saldo total	678.9	655.6	719.8	741.5	757.2	775.8



Der Finanzplan 2018 weist gegenüber der Rechnung 2016 eine Aufwandsteigerung von 40,9 Mio. Fr. aus. Die Hauptgründe liegen bei der Gesundheitsversorgung +24,5 Mio. Fr. (Spitalbehandlungen gemäss KVG +27,6 Mio. Fr., Ärztliche Weiterbildung +2,2 Mio. Fr., GB Gesundheitsversorgung -5,3 Mio. Fr.), bei der Sozialen Sicherheit +12,9 Mio. Fr. (GB soziale Sicherheit +4,0 Mio. Fr., Behinderung +3,1 Mio. Fr., EL für AHV/IV/Familie +2,5 Mio. Fr., Prämienverbilligung +1,9 Mio. Fr.) und bei der Öffentlichen Sicherheit +3,6 Mio. Fr. (GB Polizei +2,8 Mio. Fr.).

Die hauptsächlichen Gründe der Aufwandsteigerung von 64,2 Mio. Fr. des Finanzplans 2018 gegenüber dem Voranschlag 2017 liegen bei der Gesundheitsversorgung +37,9 Mio. Fr. (Spitalbehandlungen gemäss KVG +38,0 Mio. Fr.), der Sozialen Sicherheit +20,4 Mio. Fr. (EL für AHV/IV +8,9 Mio. Fr., Behinderung +4,3 Mio. Fr., GB soziale Sicherheit +3,7 Mio. Fr., Prämienverbilligung +3,0 Mio. Fr.) und bei der öffentlichen Sicherheit +6,0 Mio. Fr. (Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug +3,0 Mio. Fr., Polizei +2,6 Mio. Fr.). Die Aufwandsteigerungen ab 2019 begründen sich durch höhere Kosten bei der Gesundheitsversorgung (Spitalbehandlungen gemäss KVG), der Sozialen Sicherheit (Prämienverbilligung, EL für Familien, Pflege und Betreuung) sowie bei der Polizei.

Investitionsrechnung	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Total						
Ausgaben	3.4	2.8	4.3	3.5	4.6	4.7
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	3.4	2.8	4.3	3.5	4.6	4.7



Die Nettoinvestitionen des DdI betreffen nur die Polizei Kanton Solothurn. Sie beinhalten im Finanzplan 2018 Investitionen in die elektronische Verkehrsüberwachung (0,7 Mio. Franken), die technische Infrastruktur (2,3 Mio. Franken), Material/Bauten (0,7 Mio. Franken) sowie Funkanlagen (0,6 Mio. Franken). Der Voranschlag 2017 enthält weniger Investitionen in den Bereichen elektronische Verkehrsüberwachung (-0,5 Mio. Franken) sowie Material/Bauten (-0,7 Mio. Franken). Die Erhöhung in den Jahren 2020 und 2021 betreffen Investitionen für die Erneuerung Polycom (1,5 Mio. Franken).

6 Volkswirtschaftsdepartement

6.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet des Volkswirtschaftsdepartements umfasst die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Energie; Gemeinden, Zivilstand und Finanzausgleich; Wald, Jagd und Fischerei; Landwirtschaft mit der Haus- und Landwirtschaftsschule Wallierhof und dem Veterinärdienst; Militär und Bevölkerungsschutz und als Koordinations- und Stabsstelle das Departementssekretariat mit dem Bereich Partnerschaft nach aussen.

Administrativ dem Volkswirtschaftsdepartement angegliedert sind die Ausgleichskasse, die IV-Stelle, die Solothurner Gebäudeversicherung, sowie die Stiftungsaufsicht als selbständige Anstalten.

6.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.5 Wirtschafts- und Arbeitsort stärken

- 1.5.1 Wirtschaftliches Wachstum fördern
- 1.5.2 Soziale Absicherung des strukturellen Wandels

1.7 Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren

- 1.7.1 Neugestaltung Finanzausgleich Kirchgemeinden nach NFA-Grundsätzen

2.1 Raumentwicklung nachhaltig fördern

- 2.1.2 Ökologische Ausgleichsflächen fördern

2.2 Energie: Effizienter Einsatz fördern

- 2.2.1 Versorgung sichern; Energieeffizienz und erneuerbare Energie fördern

6.3 Politische Ziele und Leistungen

Eine leistungsfähige und innovative Wirtschaft soll jedem Individuum unserer Gesellschaft die Möglichkeit bieten, seine Existenz mit einer seinen Neigungen und Fähigkeiten angemessenen Arbeit zu sichern. Der Wirtschafts- und Arbeitsstandort Solothurn will seine Innovationskraft und Nachhaltigkeit u.a. durch die Förderung von Synergien zwischen Bildung, Forschung und Wirtschaft stärken. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollen stetig verbessert und an die nationalen und internationalen Herausforderungen angepasst werden. Auf diese Weise soll die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gesichert und ausgebaut werden. Aktuelle Megatrends der Wirtschaft werden im Kanton Solothurn aufgenommen und adäquat verfolgt.

Die Energiefachstelle unterstützt Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien. Die Neuausrichtung der Schweizer Energiepolitik fordert eine konsequente Nutzung einheimischer Ressourcen zur Sicherstellung einer ausreichenden, wirtschaftlichen und umweltschonenden Energieversorgung unter gleichzeitiger Reduktion der Abhängigkeit von Importen. Nach einem kurzen Zwischenhalt zur Klärung der Auswirkungen auf die Finanzausgleichssteuer durch eine allfällige Umsetzung der USR III wird die Neugestaltung des Finanzausgleichs Kirchen in dieser Legislatur fortgeführt. Die Umsetzung dieser Reform, welche sich an der Logik des neuen Finanz- und Lastenausgleich Einwohnergemeinden orientieren wird, ist auf das Jahr 2019 / 2020 vorgesehen. Nach Abschluss der flächendeckenden Einführung des Rechnungslegungsmodells HRM2 bei den Einwohnergemeinden ist die Einführung von HRM2 bei den Bürger- und Kirchgemeinden bis 2021 anzugehen. Dazu wird vom Regierungsrat eine entsprechende Projektorganisation zwischen Kanton, Bürgergemeindeverband (BWSo) und Kirchenvertretern (SIKO, Kirchgemeinden) eingesetzt.

Der IAFP im Bereich Wald, Jagd und Fischerei basiert auf dem Globalbudget 2017 – 2019 und dieses wiederum auf den Programmvereinbarungen 2016 – 2019 mit dem Bund. Neue Aufgaben mit finanziellen Auswirkungen wurden keine aufgenommen. Als Folge der Änderungen der Waldgesetzgebung des Bundes drängt sich eine Aktualisierung der kantonalen Waldgesetzgebung auf. In der Legislatur 2018 – 2021 erfolgt die Neuverpachtung der Fischerei- und Jagdreviere.

Im Rahmen der Umsetzung der Agrarpolitik 2014/17 (AP 2014/17) des Bundes schafft das Amt für Landwirtschaft die Voraussetzungen, die in den Programmen mit finanzieller Beteiligung des Kantons verfügbaren Bundesmittel auszulösen (Vernetzung, Landschaftsqualität, Ressourcenprojekte). Im Bildungsbereich wird mit den Um- und Ersatzbauten im landwirtschaftlichen Ausbildungs- und Demonstrationsbetrieb (Federführung beim Hochbauamt) die Attraktivität der Aus- und Weiterbildung

weiter gesteigert. Die Nachfrage nach Beratungsleistungen und Weiterbildungskursen am Wallierhof bleibt aufgrund der AP 2014/17 und der angespannten wirtschaftlichen Situation im Bereich Landwirtschaft hoch.

Der IAFP im Amt für Militär und Bevölkerungsschutz basiert auf dem Globalbudget 2016 – 2018. Die Umsetzung der Gefahren- und Risikoanalyse läuft. Durch spezifische Einsatzplanungen, entsprechender Ausbildung sowie der Bereitstellung von Mitteln wird eine hohe Einsatzbereitschaft des Verbundsystems Bevölkerungsschutz sichergestellt.

Die Stiftungsaufsicht wurde aufgrund einer Vorgabe des Bundes 2012 in eine öffentlichrechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgegliedert. Ein seither mit dem Kanton Aargau ausgehandelter Anschlussvertrag zur Übertragung der Aufgaben der BVG-Aufsicht an die BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Aargau (BVSA) wurde vom Kantonsrat genehmigt. Der grosse Rat des Kantons Aargau wird das Geschäft im Juni 2017 behandeln. Nach Genehmigung des Geschäfts durch beide Räte geht die BVG-Aufsicht auf den 1. Januar 2018 an die BVSA über. Die Aufsicht über die klassischen Stiftungen wird ab dem 1. Januar 2018 durch die kantonale Verwaltung wahrgenommen. Die rechtlich selbständige Anstalt BVG- und Stiftungsaufsicht wird auf den 31. Dezember 2017 aufgelöst.

Die interkantonale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird mit angemessener Zurückhaltung im Raum Nordwestschweiz und Oberrhein gepflegt.

6.4 Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

5495 Teilrevision Gebäudeversicherungsgesetz: Brandverhütung und Feuerungsanlagen

Teilrevision des Gebäudeversicherungsgesetzes (GVG):

- Anpassen des Gesetzes an die Bundesgesetzgebung (Aufhebung des Kaminfegermonopols)
Inkraftsetzen per 01.01.2018

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2016** Soll-Termin **30. Jun 2018**

Amt **Departementssekretariat VWD**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6032	Schlussredaktion B+E für Vernehmlassung	2. Mai 2016	2. Mai 2016	
6031	Antrag an RR für Vernehmlassungsverfahren	30. Jun 2016	30. Jun 2016	
6033	Vernehmlassungsverfahren	30. Nov 2016	30. Sep 2016	
6034	Behandlung durch den Kantonsrat	30. Jun 2017		
6035	Inkrafttreten	1. Jan 2018		
6036	Nacharbeiten / Abschluss	30. Jun 2018		

5440 Totalrevision Gebäudeversicherungsgesetz (GVG)

Totalrevision des Gebäudeversicherungsgesetzes (GVG):- Strukturelle und sprachliche Vereinfachung des Gesetzestextes- Modernisierung des Gesetzestextes- Abdecken der Bereiche: Versicherung, Brandschutz, ESP und Feuerwehr- Inkraftsetzen per 01.01.2018

Status **Sistiert** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **30. Jun 2018**

Amt **Departementssekretariat VWD**

Kategorie **Planung
Gesetzgebung**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5840	Vorbereitung (Phase1)	24. Aug 2015	24. Aug 2015	
5841	Ausarbeiten 1. Entwurf (Phase 2)	31. Mai 2016		Projekt sistiert und in die zwei neuen Projekte 5494 und 5495 aufgeteilt.

5494 Revision Gebäudeversicherungsgesetz

Revision des Gebäudeversicherungsgesetzes (GVG):- Strukturelle und sprachliche Vereinfachung des Gesetzestextes- Abdecken der Bereiche: Versicherung, Brandschutz, Elementarschadenprävention und Feuerwehr- Inkraftsetzen per 01.01.2020

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2016** Soll-Termin **30. Jun 2020**

Amt **Departementssekretariat VWD**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6037	Projektauftrag verfassen (Phase 1)	8. Sep 2016	8. Sep 2016	
6038	Ausarbeiten 1. Entwurf (Phase 2)	25. Apr 2017		
6039	Mitberichtsverfahren (Phase 2)	15. Mai 2017		
6040	Schlussredaktion Entwurf (Phase 3)	26. Okt 2017		
6041	Vernehmlassungsverfahren (Phase 4)	31. Mai 2018		
6042	Behandlung durch den Kantonsrat (Phase 5)	30. Jun 2019		
6043	Inkrafttreten	1. Jan 2020		
6044	Nacharbeiten / Abschluss	30. Jun 2020		

90 Gesetzgebungsprojekt Volkswirtschaftsgesetz

Effizientere, kundenorientiertere und vereinheitlichte Gesetzgebung im Bereich Volkswirtschaft

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **30. Jun 2016** Ist-Termin **24. Mai 2016**

Amt **Amt für Wirtschaft und Arbeit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5717	Volksabstimmung	8. Mrz 2015	8. Mrz 2015	
5565	Inkraftsetzung	1. Jan 2016	24. Nov 2015	
5918	Inkraftsetzung Verfassungsänderung	30. Jun 2016	24. Mai 2016	

5411 Teilrevision Energiegesetz: MuKen 2014

Teilrevision Energiegesetz: Umsetzung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKen 2014). Wichtigstes Ziel ist, dass die Umsetzung der Energiepolitik in den Kantonen möglichst einheitlich erfolgt.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Okt 2015** Soll-Termin **19. Jan 2018**

Amt **Amt für Wirtschaft und Arbeit**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5745	Ausarbeitung 1. Entwurf	1. Aug 2016	31. Aug 2016	
5746	Mitberichtsverfahren	16. Sep 2016	27. Sep 2016	
5747	Vernehmlassungsverfahren	23. Dez 2016	31. Dez 2016	
5748	Auswertung Vernehmlassung	31. Mai 2017		
5749	Behandlung durch Kantonsrat	13. Sep 2017		
5750	Volksabstimmung	26. Nov 2017		
5751	Inkrafttreten	1. Jan 2018		
5752	Nacharbeiten / Abschluss	19. Jan 2018		

181 Neue Rechnungslegung HRM2 für Gemeinden

Neues Rechnungslegungssystem

Status **In Arbeit** Start-Datum **14. Dez 2010** Soll-Termin **31. Dez 2017**

Amt **Amt für Gemeinden**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
57	Projektorganisation implementieren	31. Dez 2010	31. Jan 2010	
674	Phase 1 - Umsetzungskonzept	30. Jun 2012	27. Aug 2012	
675	Phase 2 - Gesetzgebung	31. Dez 2014	31. Okt 2014	
676	Phase 3- Technik / Schulung	31. Dez 2016	31. Dez 2016	
5703	Phase 4 - Gemeindefinanzstatistik (HRM2-Gefin)	31. Dez 2017		
677	Phase 5 - Produktivsetzung	31. Dez 2017		

5350 Neugestaltung Finanzausgleich Kirchgemeinden

Anpassung an Funktionsweise des NFASO bei den Einwohnergemeinden; Deckelung der Zuweisung aus der Finanzausgleichssteuer; Festlegung des Verwendungszweckes.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Mrz 2015** Soll-Termin **1. Jan 2019**

Amt **Amt für Gemeinden**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5585	Vernehmlassung	31. Dez 2017		
5588	Behandlung durch Kantonsrat	31. Mrz 2018		
5589	Volksabstimmung	30. Sep 2018		
5586	Erarbeitung Verordnung und Umsetzung	31. Dez 2018		
5590	Inkrafttreten	1. Jan 2019		

5362 Totalrevision Jagdgesetz

Totalrevision des Jagdgesetzes aus dem Jahre 1988.

Status **In Arbeit** Start-Datum **15. Mrz 2014** Soll-Termin **1. Jan 2018**

Amt **Amt für Wald, Jagd und Fischerei**

Kategorie

**Planung
Gesetzgebung**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5612	Mitberichtsverfahren	26. Mai 2015	26. Mai 2015	
5614	Auswertung Vernehmlassung	15. Jan 2016	15. Jan 2016	
5615	Behandlung im RR mit Verabschiedung an KR	1. Jul 2016	11. Jul 2016	teilweise sistiert; vgl. dazu RRB 2016/357 vom 1. März 2016
5616	Vorberatung Sachkommission	1. Okt 2016	18. Aug 2016	
5617	Vorberatung Finanzkommission	1. Okt 2016	14. Sep 2016	
5618	Behandlung durch Kantonsrat	1. Nov 2016	9. Nov 2016	
5620	Inkrafttreten	1. Jan 2018		

159 Ausbau Führungsverbund Kanton Solothurn

Die Führungsfähigkeit der Kantonsregierung ist unter Einbezug des KFS und der RFS jederzeit und in allen Lagen sichergestellt. Der KFS verfügt über eine zeitgemässe und zur normalen Lage redundante Infrastruktur.

Status **Erledigt** Start-Datum **22. Nov 2011** Soll-Termin **31. Dez 2018** Ist-Termin **31. Dez 2016**

Amt **Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
616	Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO erstellt und vernehmlassst	30. Jun 2014	31. Okt 2014	.
617	Eingabe RRB zum Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO	30. Sep 2014	30. Sep 2014	Kein RRB notwendig.
621	Abindung der RFS in den Führungsverbund	31. Dez 2017	31. Dez 2016	.
623	Abschluss Führungsverbund Kanton Solothurn	31. Dez 2017	31. Dez 2016	.

5558 Evakuierung und Notkommunikation Kanton Solothurn

Erarbeitung eines Evakuierungs- und Notkommunikationskonzepts für den Kanton Solothurn und damit Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben.

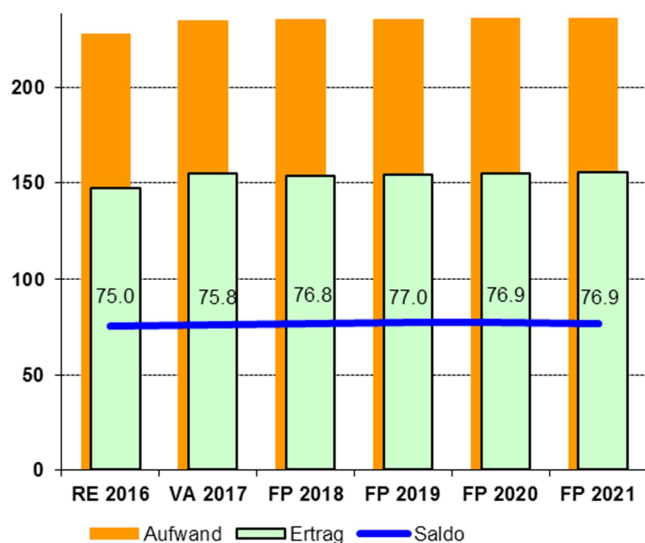
Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2017** Soll-Termin **31. Dez 2019**

Amt **Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6289	Initialisierung	31. Jan 2017		
6290	Voranalyse	1. Mrz 2017	1. Mrz 2017	
6291	Evaluation / Konzept / Projekt	31. Dez 2018		
6292	Implementation / Realisierung / Ausführung	30. Jun 2019		
6293	Einführung / Inbetriebnahme	30. Sep 2019		
6294	Abschluss	31. Dez 2019		

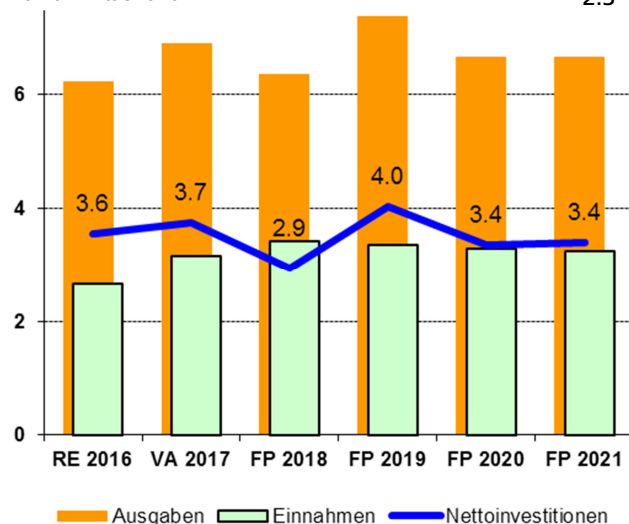
Finanzen in Mio. Franken Volkswirtschaftsdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2012	FP 2021
Globalbudgets						
Aufwand	130.4	137.0	140.9	141.3	141.4	141.3
Ertrag	-108.0	-113.0	-116.5	-116.8	-116.8	-116.8
Globalbudgetsaldo	22.4	23.9	24.4	24.5	24.6	24.5
Verrechnungen	7.6	7.9	7.5	7.5	7.6	7.6
Saldo	30.0	31.8	32.0	32.0	32.2	32.1
Finanzgrössen						
Aufwand	97.3	97.8	94.0	94.3	94.7	94.7
Ertrag	-39.2	-41.9	-37.2	-37.6	-38.3	-38.5
Verrechnungen	-13.0	-11.8	-12.0	-11.8	-11.6	-11.4
Saldo	45.0	44.0	44.8	45.0	44.7	44.7
Saldo total	75.0	75.8	76.8	77.0	76.9	76.9



Der Globalbudgetsaldo bleibt verglichen mit dem Voranschlag 2017 praktisch unverändert. In den Finanzgrössen steigt der Beitrag an die Umsetzung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG-Beitrag) ab 2018 um 0,7 Mio. Franken.

Investitionsrechnung	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021
Total						
Ausgaben	6.2	6.9	6.4	7.4	6.7	6.7
Einnahmen	-2.7	-3.2	-3.4	-3.3	-3.3	-3.3
Nettoinvestitionen	3.6	3.7	2.9	4.0	3.4	3.4
Einzelne Nettoinvestitionen						
Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.0	0.6	0.0	0.7	0.0	0.0
Zufahrten zu Berghöfen	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Wald	0.2	0.3	0.0	0.1	0.2	0.2
Landwirtschaft	2.3	2.2	2.3	2.6	2.6	2.6



Im IAFP 2018 – 2021 gibt es gegenüber dem Budget 2017 keine wesentlichen Abweichungen. Die Schwankungen bei den Investitionen kommen aufgrund von unregelmässig anfallenden Investitionsbeiträgen zustande. Beim Finanzausgleich Einwohnergemeinden sind dies altrechtlich gesprochene Subventionsbeiträge an Schulhausbauten. Bei der Landwirtschaft laufen befristete Kürzungen aus dem Massnahmenplan 2014 aus. Deshalb erhöhen sich die Investitionen ab 2019.

7 Gerichte

7.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Gerichte sorgen für den Rechtsfrieden: Sie beurteilen Streitigkeiten unter Privaten und Straftaten; im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüfen sie staatliche Akte. Schliesslich beurteilt das Versicherungsgericht sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten.

Die gerichtlichen Instanzen sind:

- Das Obergericht. Es übt die oberinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus, sowie die Verwaltungs- und Sozialversicherungsgerichtsbarkeit, letztere durch das Verwaltungs- und das Versicherungsgericht, welche in das Obergericht integriert sind.
- Das Kantonale Steuergericht entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide des Steueramts.
- Die fünf Richterämter (Solothurn-Lebern, Bucheggberg-Wasseramt, Thal-Gäu, Olten-Gösgen und Dorneck-Thierstein) üben die erstinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus.
- Das Haftgericht überprüft Verhaftungen und andere Zwangsmassnahmen sowie Haftentlassungsgesuche.
- Die Kantonale Schätzungskommission, als Spezialverwaltungsgericht, beurteilt Forderungen aus Enteignung und Beschwerden betreffend Grundeigentümerbeiträge.

7.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

0.0.0 Im Legislaturplan finden sich keine Vorgaben zur Justiz.

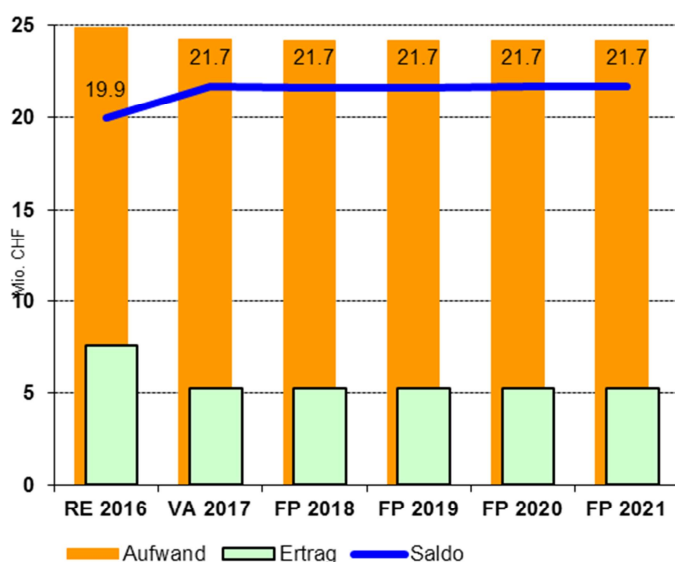
7.3 Politische Ziele und Leistungen

Die Organisation des Gerichtswesens ist durch Gesetz festgelegt. Ebenso wird die Arbeitsweise der Gerichte durch die Prozessordnungen detailliert geregelt. Der rechtssuchende Bürger hat Anspruch auf Einhaltung dieser gesetzlichen Regeln. Bei der Gestaltung ihrer Aufgabenerfüllung haben die Gerichte deshalb einen sehr engen Spielraum. Dieser beschränkt sich auf die effiziente Organisation der Abläufe. Ebenso eng ist der Spielraum im finanziellen Bereich. Die Gerichte sind zur effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben auf einen Mindestbestand an gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angewiesen. Die Besoldungen machen denn auch den weitaus grössten Teil der Aufwendungen aus. Die Höhe der gerichtlichen Einnahmen schliesslich bestimmt sich durch den gesetzlichen Gebührentarif.

Insgesamt haben die Gerichte somit einen geringen Gestaltungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Zur Erhaltung des Rechtsfriedens müssen sie dem rechtssuchenden Bürger oder der rechtssuchenden Bürgerin schnelle und qualitativ angemessene Entscheidungen bieten können.

Finanzen in Mio. Franken Gerichte

Erfolgsrechnung	RE 2016	VA 2017	FP 2018	FP 2019	FP 2012	FP 2021
Globalbudgets						
Aufwand	20.9	20.5	20.5	20.5	20.5	20.5
Ertrag	-7.2	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Globalbudgetsaldo	13.7	15.4	15.4	15.4	15.4	15.4
Verrechnungen	2.6	2.7	2.7	2.7	2.7	2.8
Saldo	16.3	18.1	18.1	18.1	18.1	18.1
Finanzgrössen						
Aufwand	4.0	3.8	3.8	3.8	3.8	3.8
Ertrag	-0.4	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	3.6	3.6	3.6	3.6	3.6	3.6
Saldo total	19.9	21.7	21.7	21.7	21.7	21.7



Die Budgetierung wurde mit Vorjahreswerten weitergeführt. Der Abschluss 2016 des Globalbudgets ist wegen eines hohen Sonderertrags nicht repräsentativ.

Amt für Finanzen

4509 Solothurn

Impressum und Bezugsquelle:

Amt für Finanzen

Rathaus

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 96

Telefax 032 627 22 71